

PAGESS

POLITIK

lbrecht: ntsorgung Dragahn

dos. Hannover e seit längerem diskutierte leraufarbeitungsanlage (WAA) abgebrannte Brennelemente in Dragahn (Landkreis Lii.-Dannenberg) errichtet werden. Diesen Beschluß faßte die nische Landesregierung gestrigen Kabinettsitzung. sterpräsident Ernst Albrecht te mehrere Gründe für diese echeidung. Neben energiespaen Gesichtspunkten sei die leresorgung davon überzeugt, von der WAA „keine Beeinträchtigung der Gesundheit der lkerung und Umwelt aus- Schließlich hätten wirtliche Überlegungen den Aus- gegeben: Die Errichtung Anlage stelle für den Land- „eine einmalige wirtschaftliche Chance dar“. Dadurch würden Dauerarbeitsplätze geschaf- und die Kaufkraft in dem turschwachen Gebiet ge- t. Albrecht rechnete sthestens mit der ersten Teilrich- gungsgenehmigung. Die Inbetrieb- ne der WAA mit einer Kapazi- von 350 t pro Jahr sei für An- der 90er Jahre vorgesehen.

ZITAT DES TAGES



Es sollte erreicht werden, daß der 17. Juni wieder oder endlich ein Tag der deutschen Freiheit für die Deutschen in Unfreiheit und unser seit nahezu vier Jahrzehnten gewaltsam ge- ltes Vaterland wird.

epu. Politiker Herbert Hupka ge- im Unionspresidium. FOTO: DIE WELT

stungsexport?

ms. Bonn e Haltung der neuen Bundesre- gierung in der Frage des Rüstungs- ausports wird Bundeskanzler Kohl in vertraulichen Gesprächen mit Parteivorsitzenden Strauß und eber festlegen. Angesichts der anz der Materie, so hieß es ge- in Bonn, habe sich der Bun- anzier für diesen Weg entschie- und darauf verzichtet. Einzel- in der großen Koalitionsstun- terörter. Im Hintergrund steht konkretes Projekt nach wie vor „Frage von Panzerlieferungen an 18. Arabien. CDU und CSU hat- teretts im Februar 1981 festge- daß Entscheidungen auch von „den Interessen“ der Bundesre- lik von der Erhaltung der wirtlichen Lebensfähigkeit sowie „Verteidigungssichtpunkten“ ingig gemacht werden müßten.

JB: Arbeit für alle

tr. Düsseldorf r. Deutsche Gewerkschaft- r hat die Forderungen nach beschäftigung und Ausbau der bestimmung in den Mittelpunkt es Auftrufes für die gewerk- trischen Kundgebungen zum 1. eitag. In dem gestern veröff- lichten DGB-Aufruf heißt es, eit für alle sei eine für jeden einnehmer sowie für den Staat die Gesellschaft wichtige For- ng.

ibeständig

DW. Essen n gesamten Bundesgebiet wech- de Bevölkerung und in der zwel- Tageshälfte einsetzender Rel- Temperaturen zwischen 4 und rad.

Heute in der WELT

einmengen: Wenn aus der Zweibahn- radische Sachgasse wird	S. 2
reichlich: Die Verteilung aus dem eich der sozialen Träume	S. 3
VRK-Präsident Turner fordert Re- rna des Bildungswesens	S. 4
trauß blieb es nur vergönnt, ande- zum König zu machen	S. 5
also drängt: Bonn soll sich endlich ntscheiden	S. 6
VELT-Report Österreich: Harmo- nische Partnerschaft	S. 7bis9

Vogel setzt sich nach Appell Brandts in der Fraktion durch

Der „rechte“ Flügel bleibt mit seinen Personalwünschen ohne Erfolg

STEFAN HEYDECK/DW. Bonn Nach zähem Ringen und nach einem leidenschaftlichen Appell des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt an die neue Bundestags- fraktion der Partei hat sich gestern die SPD-Fraktionsspitze gegen die SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel mit seinen Vorschlägen für die Besetzung der neuen Fraktionsspitze durchge- setzt: Die SPD-Abgeordneten wählten schon im ersten Wahlgang alle von Vogel vorgeschlagenen Kandidaten, nämlich Anke Fuchs, Jürgen Schmude, Horst Ehmke, Volker Hauff, Hans Apel, Alfred Emmerlich, Wolfgang Roth und Hertha Däubler-Gmelin zu stell- vertretenden Fraktionsvorsitzen- den. Die Abstimmung fand in ge- heimer Wahl statt.

Von den 188 anwesenden SPD- Abgeordneten stimmten 158 für Frau Fuchs, 137 für Schmude, 142 für Ehmke, 139 für Hauff, 138 für Apel, 137 für Emmerlich, 111 für Roth und 108 für Frau Däubler- Gmelin. Der frühere Arbeitsmin- ster Herbert Ehrenberg, den der sogenannte „rechte“ Flügel der Fraktion anstelle von Wolfgang Roth vorgeschlagen hatte, unterlag mit 74 Stimmen. Waltraud Steinhauer, die gegen Frau Däubler- Gmelin kandidierte, erhielt 80 Stimmen. Der frühere Parla- mentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Wilfried Penner, der ursprünglich gegen Emmerlich hatte antreten wollen, hat- te seine Bewerbung kurzfristig zurückgezogen.

Vor der Abstimmung hatte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt die Abgeordneten nachdrücklich auf- gefordert, Oppositionsführer Hans- Jochen Vogel voll zu unterstützen und die im Wahlkampf gefundene

SEITE 2: Ende des Kanals

Solidarität und Geschlossenheit der Partei nicht aufs Spiel zu set- zen. Brandt übte auch deutliche Kritik an den in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit bekannt ge- wordenen Flügelkämpfen. Der als Kanzlerkandidat „Geschätzte“ Ehmke hatte nur mögliche Unter- stützung erhalten, damit die SPD ihren politischen Führungsan- spruch neu begründen könne.

Mit seinem Hinweis auf Flügel- kämpfe dürfte sich Brandt insbe- sondere darauf bezogen haben, daß in der vergangenen Woche der

hat die FDP abgelehnt. Sie meint, das hätte sie auch in der Koalition mit der SPD haben können.

Blum soll Rentenkomprobiß vorlegen Koalitions-Unterhändler bemühten sich um Einvernehmen über Zwangsabgabe

PETER GILLIES, Bonn Auch ein verständiger Mei- nungsaustausch innerhalb der Koalitionsverhandlungen brachte noch keine Einigung über die un- strittene Investitionsabgabe. Gleichwohl näherten sich CDU/ CSU und FDP an. In der Renten- frage wird Bundesarbeitsminister Blum den Auftrag erteilt bekom- men, bis zur Regierungserklärung ein Konzept vorzulegen, das die Rentenfinanzen ins Lot bringt, aber ohne nochmalige Verschle- chung der nächsten Rentenerhö- hung auskommt.

An dem Expertengespräch über die Investitionsabgabe nahmen die Minister Stoltenberg, Graf Lambs- dorff und Geißler, die CSU-Politi- ker Ströbl, Waigel, Krelle sowie Cronenberg (FDP) teil. Unmittel- bar vor Schluß der Koalitionsge- spräche stellt sich folgende Lage dar: - Wer in diesem Jahr die fünfpro- zentige Sonderabgabe zahlt, darf sicher sein, daß er die eingezahlten Beträge zurückerhält. Das gelte- de Recht wird insofern nicht geän- dert. - Die rückzahlbare Abgabe 1984 in eine Ergänzungsabgabe umzuwan- deln, ohne daß man sich davon durch Investieren freikaufen kann,

SEITE 2: Die Bewährungsprobe

gänzungsabgabe zwischen drei und fünf Prozent einzuführen, für die Befreiung aber die zwanzigste Abgabe Investition zu fordern. Wer also 5000 Mark im Jahr als Sonderabge- be zahlt, müßte 100 000 Mark in- vestieren, damit er sie einspart. Dies freilich dürfte vor allem den Mittel- ständen zu Lasten der Großbetrie- be eher über entsprechende Inves- titionsanreize verfügen.

Diskutiert haben die Koaliti- onäre auch Anrechnungen zwischen dem Zehn- und Zwanzigfachen (im

CDU beantragt die Auflösung des Landtags

Neu Wiesbaden Mit einem Dringlichkeitsantrag wird die CDU-Fraktion des Hessi- schen Landtags heute die Auflösung des Parlaments und Neuwah- len innerhalb von 60 Tagen verlan- gen. Dies wurde gestern in der Frak- tionsstimmung beschlossen.

Vorher wollen die CDU-Abgeord- neten den von der geschäftsfüh- renden Landesregierung eingebrach- ten Etat 1983 allerdings im Plenum eingehend diskutieren und ihre Ab- lehnung bei jedem Einzelplan be- gründen. Im Haushaltsausschuss hatten CDU und Grüne ihren Frak- tionen die Ablehnung des Etats empfohlen. CDU (52 Sitze) und Grü- ne (49) haben im Landtag gegenüber der SPD (49) eine Mehrheit.

Sollte der CDU-Antrag auf Auf- lösung des Landtags scheitern (die SPD tritt für Neuwahlen erst im September ein, die Grünen sind grundsätzlich dagegen), wird ein offizieller Mißtrauensantrag gegen die Regierung Börner ins Auge ge- faßt. Welche juristischen Folgen ein Mißtrauensvotum gegen eine nur geschäftsführend amtierende Re- gierung haben könnte, ist strittig.

EG mahnt Israelis und Palästinenser

Brüsseler EG-Gipfel stellt sich hinter US-Friedensplan / Andere Probleme vertagt

W. HADLER/U. LÜKE, Brüssel In dem deutlichen Bemühen, keine neuen Spannungen zwi- schen den zehn EG-Staaten auf- kommen zu lassen, ist gestern aus- drücklich „keine neue Na- tosterklärung“ der Gemeinschaft dar. Getreu der neuen Bonner Li- nie wurde auch die Grundstän- deklärung der EG von Venedig zum Nahen Osten nicht erwähnt.

Beobachtern fiel auf, daß der Text in einigen Teilen schärfer als frühere Erklärungen formuliert wurde, ohne daß dies Änderungen in der Substanz bedeutete. Dies gilt zum Beispiel für die Frage des Existenzrechts Israels und des Ver- zichts auf die Gewaltanwendung. Die Erklärung der Zehn stellt sich voll hinter die Friedensmissionen der USA und fordert Israel auf, „von der Vergrößerung bestehen- der und der Gründung neuer Sied- lungen“ Abstand zu nehmen. Diese Siedlungen verstießen gegen das Völkerecht und behinderten die „Schlußfolgerungen“ aus

DER KOMMENTAR

Kein Strohfeuer

GERD BRÜGGEMANN

Es gehört seit dem überzeu- genden Wahlergebnis vom 6. März, das die Unions- parteien nicht zuletzt mit dem Slogan „den Aufschwung wählen“ erzielten, zum guten Ton bei den Verlierern, daran herumzumäkeln. Ein Ham- burger Nachrichtenmagazin, dem der Regierungswechsel und seine jetzige Bestätigung durch den Wähler besonders mißfällt, widmete dem Thema sogar einen Titel, dessen Sinn es offenbar war, darzutun, es handele sich dabei um eine Taschenspielerlei, eine Täuschung der Bürger, daß in Wirklichkeit von Aufschwung in Wirtschaft und Beschäfti- gung keineswegs die Rede sein könne.

Tatsächlich ist die deutsche Wirtschaft von guten Zeiten auch noch weit entfernt. Volle Nutzung der Kapazitäten und ein Abbau der außerordentlich hohen Arbeitslosigkeit sind nicht in Wochen und auch nicht in Monaten zu erwarten. Aber alle vorhandenen Daten weisen eindeutig darauf hin, daß die lange Talfahrt beendet ist und es nun wieder aufwärts- gehen kann.

Daß Bundeskanzler Helmut Kohl die Wirtschaftsfrage durchaus zutreffend gekenn- zeichnet hat, wird ihm gerade jetzt von einem Mann bestä- tigt, der nicht in den Verdacht kommen kann, den Regie-

rungsparteien nahestehen. Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl, der sich in seiner bisherigen Amtszeit als Mann von sicherem Urteil und Augenmaß erwiesen hat, sprach jetzt davon, daß die Wirt- schaftsbelebung in der Bundesrepublik „kein Strohfeuer“ sei. Die Voraussetzungen für eine Aufwärtsentwicklung hätten sich grundlegend gebessert. Die Bundesrepublik, so die Ansicht von Pöhl, habe den nach dem Ölpreisschock notwendigen Anpassungspro- zess praktisch abgeschlossen. Die Inflationsrate sei stark zu- rückgegangen, und die Zinsen hätten ein Niveau erreicht, auf dem sie kein Investitionshin- dernis mehr seien.

Dies alles bedeutet nicht, daß nun ein Boom vor der Tür stünde; dazu sind die Pro- bleme und Hypothesen der Vergangenheit, wie die über- mäßige Staatsverschuldung und das unkontrollierte Wuchern des Sozialstaates zu groß. Aber es bedeutet doch, daß die Menschen in der Bun- desrepublik wieder Hoffnung schöpfen können. Der Slogan, den Aufschwung wählen, meinte denn auch nichts ande- res, als denjenigen Politikern die Stimme zu geben, von denen die richtigen Maßnahmen erwartet werden können. Wie das Wahlergebnis zeigt, haben die Bürger das auch so verstan- den.

Norddeutsche CDU fühlt sich benachteiligt

MANFRED SCHELL, Bonn In der norddeutschen CDU herrscht eine gewisse Unzufrieden- heit darüber, daß sie bei der Be- setzung des neuen Bundeskabinetts nicht ihrem Gewicht und ihrem Wählerzuwachs entsprechend be- rücksichtigt wird. Der niedersäch- sische Ministerpräsident Ernst Albrecht und der Vorsitzende der CDU Niedersachsen, Wilfried Hasselmann, so hieß es gestern in Bonn, wollten deshalb aus Verär- gerung nicht an der heutigen Sit- zung des CDU-Bundesvorstandes teilnehmen.

Stein des Anstoßes ist offensicht- lich die Präsenz der CSU mit fünf Ministerposten, aber auch die stark personale Repräsentanz der CDU Nordrhein-Westfalens und Hessens in Regierung und Frak- tion, zumal sich Bundeskanzler Helmut Kohl entschlossen hat, mit Ausnahme der Neubesetzung des Bundesministeriums für inner- deutsche Beziehungen mit Hein- rich Windelen (CDU) ansonsten keine Veränderungen auf Minister- ebene vorzunehmen. Spielraum er- gibt sich allenfalls bei den parla- mentarischen Staatssekretären.

Aber darüber ist noch nicht ent- schieden. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg ist der einzige Minister, den die norddeutsche CDU stellt. Bauernpräsident Con- stantin Freiherr von Heereman, der erstmals im Bundestag ist und der fälschlicherweise der norddeut- schen CDU angerechnet wird, ob- wohl er aus Nordrhein-Westfalen kommt, ist als Bundesernährungs- minister deshalb nicht zum Zuge gekommen, weil Kohl aus einer gewissen Zwangssituation heraus der CSU dieses Ministeramt zuge-

• Fortsetzung Seite 12

Verzichtet Israel auf Präsenz in Südlibanon?

Jerusalems Antwort auf US-Konzept für Gemayel

AFF/AP/rtr. Beirut/Jerusalem Der amerikanische Nahost-Son- derbeauftragte Philip Habib hat gestern in Beirut den libanesischen Staatspräsidenten Amin Gemayel über die israelische Antwort auf die US-Vorschläge informiert.

Außerdem sprach Habib mit dem libanesischen Außenminister Elie Salem. Wie das israelische Fernsehen berichtete, ist die Re- gierung in Jerusalem bereit, die US-Vorschläge über den Abzug aller ausländischen Truppen aus Liba- non als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren.

In Beirut verlautete, Habib habe den Verzicht Israels auf seine For- derung überbracht, nach dem Truppenabzug noch eine kleine Streitmacht in Südlibanon zu be- halten. Dort sollte die UNO-Frie- denstruppe begrenzte Aufgaben übernehmen. Zu den US-Vorschlä- gen gehören gemeinsame Patrouil- len der israelischen und libanesi- schen Streitkräfte sowie eine ge- meinsame Militärkommission zur Überwachung der Sicherheit. Eine US-Militärpräsenz in Südlibanon sei nicht vorgesehen.

Strittig sei noch die Forderung Israels, daß der verbündete libe-

sische Ex-Major Haddad das Kom- mando über die dem Südlibanon kontrollierende Truppe behält. Li- banon lehne dies ab, doch könnten Haddads Verbände in die reguläre Armee integriert werden.

Die israelische Regierung hat be- schlossen, den USA ihre im Li- banon-Krieg gewonnen militärischen Erkenntnisse „ohne Gegenlei- stung“ weiterzugeben, teilte Ver- teidigungsminister Arens mit. Vor der Presse äußerte Arens die Vor- nahme, daß dieser Schritt die seit der israelischen Libanon-Invasion gespannten Beziehungen zu Wa- shington verbessern werde.

Die meisten dieser Erkenntnisse rühren von den Siegen der israeli- schen Truppen über die sowjetisch ausgerüsteten syrischen Verbände her. Nach Angaben des Ministers wird ein Ausschuß der US-Luft- waffe im April in Israel mit zustän- digen Militärs über die Abwehr so- wjetischer Flugzeuge und Boden- luft-Raketen diskutieren, die von Syrien in Libanon eingesetzt wur- den. Die USA interessieren sich ferner für die Bekämpfung der we- gen ihrer starken Panzerung ge- rühmten sowjetischen T-72-Pan- zer.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ende des Kanals

Von Herbert Kremp

Nach einem mühsamen Take-off hat Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel Luft bekommen. Er hat sich mit allen seinen Personalvorschlägen durchgesetzt und damit die einst mächtige Kanalarbeiter-Riege um die früheren Minister Franke und Apel auf die Plätze verwiesen. Die Abstimmungen in der Fraktion brachten es an den Tag: Gerade ein gutes Drittel gehört zum rechten Flügel, während zwei Drittel einer schwer definierbaren Linken zuzurechnen sind.

Ob das organisatorische Ergebnis als „Integration“ der beiden Willensströme in der SPD-Fraktion bezeichnet werden darf, wird die Praxis der Legislaturperiode ergeben. Sicher scheint aber jetzt schon zu sein, daß es den Sozialdemokraten nicht gelungen ist, jene starke „Schattenmannschaft“ zu bilden, die der ressortmäßig aufgefächerten Regierungsequipe entgegenzutreten könnte. Das gilt vor allem für die Außenpolitik, für Wirtschaft, Finanzen und Inneres, wo in den nächsten Jahren „die Musik spielen“ wird. Auf diesen Gebieten wirken die sozialdemokratischen Vornamen, denen gestern der Zuschlag gegeben wurde, blaß und unerfahren.

Die innere Unsicherheit, mit der die SPD-Fraktion ihre Arbeit aufnahm, die Niederlage, die Vogel im alten Fraktionsvorstand noch hatte hinnehmen müssen, kennzeichnen den inneren Zustand der Opposition nach langen Regierungsjahren, inneren Konflikten und der Wahlschlappe am Ende. Die Autorität des Oppositionsführers ist nicht unbestritten, sie mußte von Willy Brandt mühevoll aufgebracht werden. Daß nach der Partei selbst nun auch die Bundestagsfraktion, einst Schmidts letzte Truppe, nach links driftet, gehört zu den Konsequenzen einer jahrelangen Entwicklung.

Links, wohin sie driftet, stehen nach den Wahlanalysen keine Arbeiter und Arbeitnehmer mehr, die sehnstüchtig der Botschaft Vogels harrten. Die Richtung, in die der Oppositionsführer „integriert“, verweist auf Minderheiten. Die Abgrenzung von den Grünen wird für die SPD schwierig werden.

Kürze ohne Würze

Von Ulrich Lücke

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs hat in Brüssel einen wegweisenden Beschluß gefaßt: Beim nächsten Gipfel in Stuttgart soll gearbeitet werden – zwei ganze Tage lang. Bisher pfliegten Gipfeltreffen nur zwei halbe Tage zu dauern. Nun soll man solche Treffen gewiß nicht nur nach ihrer Länge beurteilen. Und Helmut Kohl hat sicher recht in seinem Bemühen, langatmige Ausschweifungen jedes Regierungschefs zu vermeiden; aber auch in der Brüsseler Kürze dieses Gipfels lag keine Würze. Die Regierungschefs haben es geschafft, in weniger als vier Stunden ein Dutzend EG-Probleme abzuhandeln, was pro Thema und Redner rund zwei Minuten übrigließ. Auf diese Weise macht man Gipfel überflüssig.

Wenn die Treffen der Staats- und Regierungschefs mehr sein wollen als eine Aktivitätsschau für den Bildschirm, so müssen sich die Teilnehmer künftig auch in der Sache konzentrieren – auf einige wenige Themen, die dann wirklich gründlich diskutiert werden können.

Der ursprüngliche Sinn des Gipfels – die vertrauliche Aussprache – gerät ohnehin immer mehr ins Wanken. Helmut Kohl hat dafür in Brüssel einen weiteren Beweis erbracht, als er seine Rede im Kreis der zehn Amtskollegen sogar vorher veröffentlichte. Es fragt sich auch, ob zwei Gipfel pro Jahr, einer in jeder Präsidentschaft, nicht genug wären.

Für sie gälte dann, was für den Stuttgarter Gipfel im Juni seit gestern ohnehin gilt: Sie produzieren im Vorfeld einen Erwartungsdruck, der sie zum Erfolg verdammt. Denn die Regierungschefs sind nicht in ihre Ämter berufen, damit sie unverbindlich miteinander plaudern, sondern damit sie Entscheidungen treffen.

Selbstschuß

Von Peter Philipps

Die „DDR“ versucht wieder einmal mit allen Feinheiten der Dialektik von der eigenen Verantwortung abzulenkten. Sie scheut sich nicht, dem Bundesgrenzschutz vorzuwerfen, daß er mit seinen Informationen über die innerdeutsche Grenze „Menschen- und Völkerhetze“ betreibe. Mit seinen Führungen an der Todeslinie versuche der Bundesgrenzschutz vor allem junge Bundesbürger und „schlechtinformierte ausländische Politiker und Touristen aufzuputzen“ und damit „gegen die völkerrechtlich anerkannte Staatsgrenze der DDR Hetze zu betreiben“.

Es ist offensichtlich: Die unmenschliche Wunde an der westlichen Flanke schmerzt die so sehr auf Welt-niveau bedachte Ostberliner Führung. Vor allem stört es sie, daß junge Menschen, die man zum Beispiel in Teilen der Friedensbewegung so gern fördert, diese Kehrseite der „DDR“-Medaille zu sehen bekommen. Und es stört, daß ausländischen Besuchern vom Westen her ein Blick hinter die biedermännische Maske geboten wird.

Doch dies ist nichts, was den Bundesgrenzschutz anzulasten wäre. Wer da einmal an der Demarkationslinie die Selbstschußanlagen, Bluthunde, den Todesstreifen, die Minen und die mit Hochspannung geladenen Todeszäune gesehen hat, der könnte sogar auf jedes erklärende Wort verzichten. Die mörderische Wirklichkeit spricht für sich selbst.

Drastisch vergleicht die „DDR“ die Aufklärungsarbeit des Bundesgrenzschutzes mit der „alt bekannten faschistischen Methode“, mit der einst die Nationalsozialisten vor 1939 den Polenhaß angestachelt hätten.

Wird, wenn überhaupt, nicht erst umgekehrt ein Schuh daraus? Wer hat denn die Selbstschußanlagen installiert, und wer predigt denn der eigenen Jugend Tag für Tag in schlimmster Manier das Feindbild von den bösen Revanchisten jenseits der „Staatsgrenze“?



Die Bewährungsprobe

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Seit Montag kann man sagen, daß die zweite Regierung Kohl steht. Dafür war die Entscheidung von Franz Josef Strauß in eigener Sache, genauer: in Sachen der CSU, das Signal. Auch das Regierungsprogramm liegt in den Grundzügen fest. In den Koalitionsverhandlungen ist der Fehler vermieden worden, dem Kanzler und seinem Kabinett mit einer allzu sehr in die Einzelheiten gehenden Festschreibung der Regierungspolitik Fesseln anzulegen. Es spricht für die außergewöhnlich starke Position Helmut Kohls, daß er dieses Ergebnis in den denkbar kürzesten Koalitionsverhandlungen durchgesetzt hat. Er brauchte dazu knapp acht Tage.

Ungeachtet seiner aus den drei Wahlen dieses Monats März gewonnenen Stärke weiß Kohl, daß seine Bewährungsprobe als der Vermächtnis Konrad Adenauers stehende Staatsmann erst jetzt beginnt. Im letzten Jahr der Kanzlerschaft Helmut Kohls versuchten SPD und DGB – Schmidt voran – die sich abzeichnende Wende in Bonn mit einer ideologischen Kampagne gegen den Neokonservatismus abzuwehren. Die Impulse des Neokonservatismus in den USA und Großbritannien wurden den deutschen Bürgern grob verkürzt als Restauration einer durch und durch unsozialen Marktwirtschaft, eine „Eliten-Geheimgesellschaft“ dargeboten. Kohl wurde zum unkritisch gläubigen Mitläufer Reagans degradiert, wobei die besondere Infamie dieser Rollenzuweisung darin lag, daß sich prominente SPD-Politiker vom politischen Modell und damit von der politischen Kultur Amerikas distanzieren. Dies war die bisher subtilste Form eines unterschwelligen Antiamerikanismus in der Bundesrepublik.

Man muß sich diese ideologischen Startbedingungen der Kanzlerschaft Kohls ins Gedächtnis zurückrufen, wenn es darum geht, das Fundament einer bürgerlich-liberalen Ära zu legen, nicht nur für eine Legislaturperiode, sondern voraussichtlich für acht oder mehr Jahre (Wehner sprach von 15 Jahren). In der Bundesrepublik Deutschland wird es den Neokonservatismus weder in der reinen amerikanischen noch britischen Lesart geben. Aber als Idee ist er auch für uns richtig. Er bedeutet nichts anderes als die Rückbesinnung auf die Marktwirtschaft als unserer freiheitlichen Lebensordnung und zugleich als Instrumentarium des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Für die Bonner Regierungspolitik ergeben sich daraus zwei- und dreifache Aufgaben:

1. Die ideale Übereinstimmung mit den Amerikanern muß zur tragenden Säule unserer Außen- und Sicherheitspolitik werden.

2. Diese ideale Übereinstimmung würde an der Wurzel zerstört, wenn wir uns aus bequemer Anpassung an eine konsequente Politik der sozialen Marktwirtschaft abbringen ließen.

Wenn es zutrifft, daß Kohl seine glänzende Bestätigung durch die Wähler vor allem einem keimenden wirtschaftlichen Optimismus verdankt, so kann er sich nichts weniger erlauben, als diese Erwartungen zu enttäuschen. Die äußeren Gegebenheiten sind günstig. Die künftigen einen allmählichen Aufschwung an. Die in den Koalitionsverhandlungen festgelegten Rahmendaten der Finanz- und Wirtschaftspolitik tragen dem Rechnung; aber gerade hier steckt der Teufel in den noch nicht vereinbarten Details. Die Gefahr einer zu schmalen Sparpolitik der öffentlichen Haushalte und einer fahrlässigen Suche nach verdeckten Erhöhungen der Staatsentnahmen ist keineswegs gebannt. Da müssen sich die Bürger gern auf Kohl, Stoltenberg und Lambsdorff verlassen können.

Mit der richtigen Wirtschafts- und Finanzpolitik kann die zweite Regierung Kohl nicht nur den sozialen, sondern im weitesten Sinn den inneren Frieden be-

wahren. Fragen der Sozial-, Innen- und Rechtspolitik werden sich dann in einem entspannten Klima beantworten lassen. Auch dafür bieten die Koalitionsverhandlungen, soweit sie bisher bekannt geworden sind, einen vernünftigen Rahmen.

Eigene wirtschaftliche Stärke ist zugleich die Voraussetzung für eine doppelte Bewährung nach außen. Die dramatische Dynamik der soeben mühsam überstandenen Kraftprobe zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland im europäischen Währungssystem besteht darin, daß hier die Probe aus Exempel gemacht wird, welche Wirtschaftsordnung unter den Bedingungen der westlichen Demokratie die bessere sei, die sozialistische oder unsere freie soziale Marktwirtschaft. Es kann sehr wohl sein, daß diese nachbarschaftliche Idealkonkurrenz zu beiden Seiten des Rheins auch darüber entscheidet, wie in Zukunft der im großen und ganzen marktwirtschaftlichen Westen mit dem staatswirtschaftlichen Osten zurechtkommt. Schon jetzt, so möchte man meinen, fällt ins Auge, um wieviel effektiver und damit auch sozialer die deutsche Wirtschaftspolitik gegenüber derjenigen Mitterrands ist. Aber der Beweis wird erst geführt sein, wenn die französische Regierung sich zu schmerzhaften Korrekturen im Sinn wirtschaftlicher und finanzpolitischer Stabilität veranlaßt sieht. Dazu kann, wie sich bei der engen wirtschaftlichen Verflechtung beider Länder zeigt, eine erfolgreiche Politik konsequenter Marktwirtschaft in der Bundesrepublik einen heilsamen Zwang schaffen. Es wäre nur hilfreich, würde die Bundesrepublik von ebensolchen marktwirtschaftlichen Erfolgen in den USA und in Großbritannien begleitet.

Alle Erfahrung lehrt, daß wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Westens, nicht zuletzt der Bundesrepublik Deutschland, am ehesten den Osten zu einer entgegenkommenden Politik veranlassen kann. Dies ist die innere Gesetz einer Ost-West-Politik, die sich auf Leistung und Gegenleistung gründet. Damit wäre zugleich der Rahmen einer bestmöglichen Deutschlandpolitik abgesteckt.

So weit bisher erkennbar, liegt die vereinbarte Regierungspolitik der bürgerlich-liberalen Koalition auf diesem Generalnenner. Man möchte Helmut Kohl bei der Abgabe seiner Regierungserklärung einen großen Wurf wünschen.



Fundament für eine Ära: Bundeskanzler Helmut Kohl. FOTO: AP/PP DARCHINGER

Wenn aus der Zweibahnstraße eine Sackgasse wird...

Die Rüstungs-Kooperation zwischen der Bundesrepublik und den USA ist so gut wie tot / Von Rüdiger Moniac

Die Erschütterungen, die der amerikanische Kongreß der atlantischen Sicherheitspartnerschaft mit seinen Schlägen gegen bestimmte gemeinsame Programme zufügte, wirken nach. Besonders betroffen ist die Bundesrepublik. Der Kongreß sperrt vorerst die Gelder zur Realisierung des deutsch-amerikanischen Projekts zur Unterstützung der Gaststreitkräfte im Einsatzfall (Wartime Host Nation Support Program). Er verweigert zudem, wie erinnerlich, die Zulieferung besonderer Metalle aus dem Ausland für den Bau von Waffen und Ausrüstung für die amerikanischen Streitkräfte (Specialty Metals Clause). Damit ist die berühmte „Zweibahnstraße“, die Rüstungscooperation zwischen Verbündeten in der NATO über den Atlantik hinweg, so gut wie tot.

Die Atmosphäre zwischen beiden Kontinenten droht in dieser Beziehung zu vereisen. Zwar bemühen sich vor allem die Regierungen in Bonn und Washington, das Klima zu verbessern. Doch

der Kongreß verweigert sich dem Wunsch der US-Administration, der sicherheitspolitischen Harmonisierung mit den Europäern die Hand zu leihen. Auf dem Hügel des Capitols schlagen die partikularen Interessen der sehr auf Eigenständigkeit bedachten amerikanischen Teilstreitkräfte und die Regionalinteressen der am Rüstungsetat partizipierenden Industrieunternehmen voll durch. Abgeordnete und Senatoren, die verständlicherweise sehr genau darauf achten, wie ihr Auftreten in Washington auf die eigene „constituency“, die eigene Wählerschaft, zu Hause wirkt, glauben es sich nicht leisten zu können, handfeste Produktionsaufträge für die Armee der amerikanischen europäischen Partnerschaft wegen halbieren zu lassen oder womöglich zu dulden, daß sie ganz aus dem Ausland vergebend werden. Sie kämpfen wie die leibhaftigen Industriemagnaten selbst.

Angesichts dieses Washingtoner Kräfteparallelogramms dürfen sich die westeuropäischen

Regierungen nicht wundern, wenn die Versprechungen aus den USA zur tatsächlichen Etablierung der atlantischen „Zweibahnstraße“ eng zusammenarbeiten bis auf geringfügige Zugeständnisse nur schöner Schein bleiben. Ein schlagendes Beispiel dafür war der fast bis auf Messer geführte „Panzerkampf“ zwischen Bonn und Washington um den besseren Beschaffungsweg, den deutschen Leopard 2 oder den amerikanischen M 1 Abrams. Gewonnen hatte ihn am Ende mit vereinten Kräften die amerikanische Rüstungs- und Heereslobby, die sich nicht scheute, den Festversich zwischen beiden Panzern auf unachtmalige Weise zugunsten des eigenen Produkts auszurichten.

Ein ganz junges Beispiel ist in diesen Tagen zu beobachten. Bonns Rüstungsminister, der kürzlich in Washington war, um wieder um gut Wetter zu bitten, brachte sogar etwas mit nach Hause: einen sogenannten „Letter of Intent“, eine Absichtserklärung zwischen den beiden

IM GESPRÄCH Chaim Herzog

Soldat, Diplomat, Präsident

Von Rafael Seligmann

Menschen Begin, von Freund und Gegner als gewiegter Taktiker geschätzt oder gefürchtet, hat eine empfindliche Niederlage hinnehmen müssen. Israels Parlament, die Knesset, in dem Begin Likud-Block und seine Koalitionspartner über eine absolute Mehrheit gebieten, hat in geheimer Abstimmung den Kandidaten der oppositionellen Arbeiterpartei, Chaim Herzog, zum neuen Staatspräsidenten gewählt.

Das heißt, daß auch Mitglieder des Regierungslagers für Herzog gestimmt haben müssen. Dies aber weist nicht nur auf die Beliebtheit des neuen israelischen Staatspräsidenten hin, es offenbart wohl auch die potentielle Bereitschaft eines Teils der Koalitionspartner, Beginn zu einem Flirt mit der Arbeiterpartei – Herzog wird einer Vertiefung dieser Beziehungen gewiß nicht im Weg stehen.

Chaim Herzog verkörpert in seiner Person den dramatischen Wandel in der Ausrichtung des jüdischen Lebens im Verlauf der letzten hundert Jahre. Von der Vertreibung der Juden aus dem Lande Israel im Jahre 70 nach Christus bis zum Beginn des politischen Zionismus, Ende des vergangenen Jahrhunderts, waren Rabbinder und Thora-Gelehrte die „Helden“, also die Leitfiguren des Judentums – nur durch ihr Wirken wurde die Substanz dieser Religion und der Wunsch zur Rückkehr in die biblische Heimat gewahrt. Als dieser Rückkehr tatsächlich um die Jahrhundertwende begann, ging sie nicht immer friedlich vonstatten. Physische Gewalt war am Ende nötig, den jüdischen Staat zu errichten und zu verteidigen. So ist ganz natürlich der Soldat zum neuen „Helden“ des Judentums geworden.

Der Vater Chaim Herzogs war Oberabbinder in Irland, dann, nach seiner Einwanderung in den 30er Jahren, religiöser Oberhaupt der jüdischen Gemeinschaft in Palästina. Chaim (wörtlich: Leben) 1918 in Belfast geboren, wurde General der israelischen Armee. Der schneidbärtige Herr mit den stets ironisch gekrümmten Mundwinkeln wirkt allerdings eher britisch



Israel mit britischem Touch: Chaim Herzog. FOTO: SVEN SIMON

nicht von ungefähr. Herzog ist Absolvent der britischen Militärakademie Sandhurst. Im Zweiten Weltkrieg diente er in der Nachschubabteilung der Streitkräfte seiner britischen Majestät – zuletzt als Oberleutnant.

Schließlich kehrte er nach Palästina zurück und wurde Leiter des Sicherheitsdienstes der „Hagana“, der jüdischen Selbstwehrgesellschaft. Von 1959 bis 1962 war Herzog Chef der militärischen Abwehr Israels. Nach einem Intermezzo in London wurde er 1967 am Vorabend des Sechstagekriegs Chefkommandant der israelischen Armee. Danach wirkte er als erster Militärgouverneur in den besetzten Gebieten Judäa und Samaria.

Jahre später bat ihn der damalige israelische Außenminister Ailon, Israels lädiertes Image in den Vereinten Nationen aufzupolieren. Von 1975 bis 78 leitete Herzog also die israelische UN-Delegation. Die Delegierten der Dritten Welt und des Ostblocks konnten er nicht umstimmen – aber sein vehementes Eintreten für das Existenzrecht seiner Heimat brachte Israel viel Sympathien, vor allem in den Vereinigten Staaten, ein. Herzog, seit 1981 Mitglied der Knesset, tritt nun ein Amt an, das vor ihm bedeutende Männer innehatten: Chaim Weizmann etwa oder zuletzt Yitzhak Navon.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OSNABRÜCKER OZ ZEITUNG

Hier heißt es über Strauß:

Bonns starker Mann heißt jetzt eindeutig Helmut Kohl. Erst der triumphale Wahlsieg, dann der Erfolg im Pokerspiel mit Franz Josef Strauß – der Fäzler hat alle, die ihn als einen Provinzpolitiker mildernden Ranges einstufen wollten, zur Korrektur ihres Urteils gezwungen. Helmut Schmidt mußte sein Lehrgeld schon früher zahlen, jetzt war Franz Josef Strauß an der Reihe.

SALZBURGER NACHRICHTEN

Das Bild behält sich mit dem Strauß-Katzenbild, in Bayern so beliebt:

Nachdem er offensichtlich in vielen politischen Bereichen der Regierung Kohl die Grenzen abgesteckt hat, innerhalb derer sie sich in den kommenden vier Jahren bewegen soll, kann er darauf verzichten, persönlich am Bonner Kabinettsitz Platz zu nehmen. Der Verzicht bedeutet aber keineswegs, daß künftig ohne oder gegen ihn regiert werden könnte.

LA STAMPA

Die Neuordnung des europäischen Währungssystems wurde abschließend positiv aufgenommen:

Wenn man das Europäische Währungssystem am Leben erhalten wollte, das einzige politische Band von großer Bedeutung, das in den letzten 15 Jahren aus der EWG hervorgegangen ist, dann dürfte man nicht zu sehr auf egoistische Nationalinteressen achten. Es kann sein, daß Frank-

reich einen falschen Weg eingeschlagen hat, indem es mit gezeigten Klugheit seinen Franc verteidigt hat. Was die Lira angeht, so ist der französische Franc für sie wertvoll gewesen, weil sie dadurch vor massiven Spekulationsflüssen geschützt wurde. Zum Schluß hat Deutschland nachgeben müssen, aber dieses Land hätte auch den größten Schaden von einer Zerstörung des EWS davongetragen. (Turin)

Le Quotidien de Paris

Die sozialistischen Führer machen uns weiß, daß es sich weniger um eine Abwertung des Franc als um eine Anpassung der europäischen Währungen handle. Sie machen uns weiß, daß diese Währungsanpassung der Preis sei, den Frankreich zahlen muß, um europäisch zu bleiben, während sie ein Teil des Preises ist, den man zahlen muß, um das Schlimmste zu verhindern. Sie machen uns weiß, daß die Bedingungen des in Brüssel geschlossenen Abkommens ein Sieg für Frankreich seien, während sie nur ein Sieg für Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors sind. Sie machen uns weiß, daß, vorausgesetzt die Franzosen willigen in Opfer ein, das Land aus dem Schlamassel gezogen sei, während nur drakonische Heilmittel es ermöglichen würden, eine vierte Abwertung zu vermeiden. Sie machen uns weiß, es sei die Schuld der Rechten – oder der Krise, während die Rechte ihnen zumindest eine solide Währung hinterlassen hätte. Wenn sie wenigstens künftige Schamgefühl bei dem zeigten, was sie sagen. Sie sind seit kaum zwei Jahren an der Macht, und sie sind schon bankrott.

Die Vertreibung aus dem Reich der sozialen Träume

von A. GRAF KAGENECK

François Mitterrand ruht im Auge des Orkans, und er denkt, wie während ein deutscher Dichter in der Pariser Emigration, an Deutschland in der Nacht. Stürme ziehen sich über dem kontinentalen Europa zusammen, und der Wunsch des französischen Mannes, der in der Welt der sozialen Träume lebte, wird in der Nacht der Realität verwandelt. Er muß sich mit dem Adoxon abfinden, daß ein Überleben seines Sozialismus à la française vom guten Willen des konservativen deutschen Bundeskanzlers abhängt, der die marktwirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik läßt.

Die französischen Wähler haben in Präsidenten am 6. und 13. März gezeigt, daß sie die Resultate beider ersten Jahre seines Regimes nicht akzeptieren. Sie wollen eine andere Politik. Mitterrand, der als Vorkämpfer des Sozialismus, ein „sein, aber“ in die Reihe der Sozialisten. Im ersten Wahlgang hätten die Wähler in zu ihrer Politik gesagt, im zweiten aber ein „aber“ hinzugefügt, das ihnen eine Chance zum Umdenken einräumen sollte. Heute Abend wird der Präsident dem Volk im Fernsehen die neuen Absichten seiner Politik vorstellen. Diese Absichten können in die Richtung weisen, die Frankreich aus jenem Engpaß herausführt, der am Wochenende von den Anzweiflern der Gemeinschaft für die Zukunft des Sozialismus in Frankreich geschildert wurde. Das bedeutet Abkehr von den Ideen, die seit 1981 eingeschlagen wurden, und deren Markenzeichen Unflexibilität, Verschuldung und Frankreich waren. Die Strategie des Präsidenten ist um drei Achsen: eine wirtschaftlich-monetäre, eine strategisch und eine innenpolitisch-ideologische. Sie alle werden bestimmt vom Verhältnis zum deutschen Nachbarn, auf den sich das gesamte Frankreich politisch in den kommenden Monaten und Jahren richten wird. Welche Rolle die Bundesrepublik im Denken François Mitterrands spielt, hat er selber in seiner Rede vor dem Bundestag am 20. Januar 1983 eindrucksvoll dokumentiert. Die Rede war der bisher ernsteste Appell aus dem Munde eines Franzosen zur Zusammenarbeit mit den Deutschen auf wirtschaftlichem, industriellen, militärischem und kulturellem Gebiet. Die Tragik ist, daß dieser Appell auf dem vorerst wichtigsten Gebiet, dem der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, ohne Antwort bleiben muß, solange auf der einen Seite des Rheins Sozialismus und auf der anderen marktorientierter Kapitalismus betrieben wird.

Daß dieser Sozialismus westlich des Rheins vorerst weiter betrieben wird, haben maßgebliche Führer der Sozialistischen Partei, wie Jean Popere oder Pierre Joxe schon nach den entscheidenden Gemeinderatswahlen gefordert und mitten in der Brüsseler Krise erneut bekräftigt. Wenn immer eine neue Austeritätspolitik geben müsse, um den Sozialismus zu retten, so sagten sie, daß dies nicht wieder auf dem Rücken der Arbeiter, sondern auf dem der Besessenen geschehen müsse.

Dieselbe Ansicht vertrat in den Brüsseler Kulissen der Mann, der sich am vergangenen Wochenende als der neue Hauptverantwortliche für die kommende französische Politik in den Vordergrund schob: Jacques Delors, bisher Wirtschafts- und Finanzminister, hochgradig verdächtig als neuer Regierungschef. Er ist jetzt für Mitterrand der

Mann der Stunde. Der Mann, der auf seinen eher schmalen Schultern die Last einer unpopulären Politik tragen muß und das linke Regierungslager zum Sieg in den Parlamentswahlen des Frühjahr 1986 führen soll. Diese Aufgabe traut Mitterrand offenbar dem eher jovialen, aber wirtschaftlich unversändigen Ministerpräsidenten Mauroy nicht mehr zu.

Niemand wäre für den schwierigen Job besser geeignet als Delors, der gleichwohl heftig dementierte, daß er der neue Regierungschef sein werde. Der Mann kommt von der christlichen Gewerkschaft und ist ein praktizierender Katholik. Er hat sich aus kleinstem Milieu selber nach oben gearbeitet, und er vertritt vor allem wie der zurückgetretene Außenhandelsminister Jomard im Kabinett die Kräfte der Mitte, die Giscard 1981 davonliefen und ihre Hoffnungen auf Mitterrand setzten. Der Präsident kann nicht auf diese Wählerschicht verzichten, wenn sein Experiment gelingen soll.

Delors ist außerdem, wie er in Brüssel sagte, ein überzeugter Europäer, und er ist weniger deutschfeindlich, als seine harschen Worte über die „arroganten“ Deutschen vermuten lassen. Da ist dem eher schweigsamen Südfrenzen der Gaul durchgegangen, und er wurde auch von der französischen Presse dafür unansatz zurechtgewiesen. Denn keiner, Mitterrand als letzter, hat ein Interesse an einer dauerhaften Verstärkung mit den Deutschen, die immer noch Frankreichs wichtigster Handelspartner sind.

Die fundamentalen strukturellen Unterschiede zwischen beiden Wirtschaftssystemen datieren nicht von der Einführung des Sozialismus in Frankreich. Aber der Sozialismus hat sie verstärkt, und dem er dirigistische Tendenzen, die im Zentralstaat Frankreich seit Colbert die Freiheit der Unternehmer einschränken, mit einer Verstaatlichungswelle ohnegleichen zum Dogma erhoben hat. Mitterrand weiß heute, daß dies ebenso ein Fehler war wie die Überlastung der Unternehmen durch soziale Auflagen und die Aufblähung des Beamtenapparats.

Eine Zeitlang wurde das durch die Politiker verurteilt. Eine Zeitlang wurde dem Volk auch erklärt, das Schlimmste läge hinter ihm. Inflation und Arbeitslosigkeit wären bewältigt, der Unterschied zum deutschen Vorsprung im Außenhandel verringerte sich, die Indizes der französischen und der deutschen Wirtschaft näherten sich einander an, es bedürfte nur eines deutschen Opfers, um das Verhältnis zwischen beiden Partnern wieder dauerhaft ins Lot zu bringen. Der Kompromiß, zu dem man sich schließlich in Brüssel bereit finden mußte, enthielt den wahren Sachverhalt.

Mitterrand wird den originären Struktur-Unterschied der beiden Wirtschaften, welcher Ursache der ständigen Misere des Franzosen ist, in seiner Amtszeit ebensowenig beheben können wie seine Vorgänger. Seine flehentlichen Appelle an die Unternehmer, zu investieren, zu reaktivieren, ihre Betriebe konkurrenzfähiger zu machen, zeigen, daß er in die richtige Richtung denkt, aber diese Richtung ist unvereinbar mit seinem Dogma, und deshalb verhalten sie ebenso ungeheuer wie der Ruf an die deutsche Industrie, mit den Franzosen enger zusammenzuarbeiten. Das Scheitern der Thomsons-Grundig-Fusion steht als Menetekel dafür.

Um die dritte Franc-Abwertung



Am Scheidepunkt seiner Politik: François Mitterrand

FOTO: GAMMA/STUDIO X

nicht wieder zum Schlag ins Wasser werden zu lassen und innenpolitisch ein neues Eingeständnis der Ohnmacht des Systems hinnehmen zu müssen, bleibt ihm nur der Rückgriff auf ein neues Austeritätsprogramm, das zweite in zwei Jahren. Der Präsident steht vor der Quadratur des Kreises. Um sein Experiment außenwirtschaftlich einigermaßen über die Bühne bringen zu können, muß er binnenwirtschaftlich Dinge tun, die es immer unpopulärer machen: Entfrieren der Löhne und Gehälter, Zwangssparen, Streichung von Sozialleistungen, künstliche Konsumeinschränkung nach dem verhängnisvollen Irrtum der künstlichen Konsumaufblähung.

Zu anderen Zeiten und unter anderen Regierungen hätten die Franzosen einen patriotischen Aufruf, den Gürtel enger zu schnallen, vielleicht noch hingenommen, wenn die Aussicht bestanden hätte, daß es wieder aufwärts geht. Diese Aussicht besteht, ist sehr zweifelhaft. Sie hängt vom guten Willen der Partner und dem Glauben der französischen Unternehmer ab, auch unter einem sozialistischen Regime profitabel produzieren zu können. Dieser Glaube ist weitgehend verlorengegangen.

Der Präsident wird versuchen, ihn wiederherzustellen. Das stellt die Frage nach der wahren Substanz seines Sozialismus. Ist er ein Dogmatiker oder ein Romantiker, der eher an die missionarische Kraft des Sozialismus als humanitäre Funktion glaubt als an seine Fähigkeit, wirtschaftliche Prozesse im Sinne größerer sozialer Gerechtigkeit zu beeinflussen. Liest man die Schriften des spätklassischen Großbürgersohns, neigt man zum letzteren. Der Philosoph wird mit Verbitterung bemerkt haben, daß die Zwingen der ökonomischen Verflechtung der Industriestaaten stärker sind als alle sozialen Wunschvorstellungen. Bei der erwarteten Regierungsumbildung werden Technokraten die Ideolo-

gen ersetzen. Das sollte den deutschen Partner hinsichtlich der zweiten Phase des Mitterrand-Sozialismus mit etwas mehr Zuversicht erfüllen. Die unmittelbare Zukunft wird zeigen, ob solche Zuversicht auf wirtschaftlichem Feld berechtigt ist.

In Bonn hat Mitterrand noch mehr angeboten: französische Rückendeckung in der schwersten Prüfung des deutschen Kanzlers, dem möglichen Zwang, den Nachrüstungsbeschluss der NATO zu erfüllen. Die strategische Achse im Denken des französischen Präsidenten ist ebenfalls ganz auf Deutschland ausgerichtet. Das strategische Gleichgewicht zwischen Russen und Amerikanern, zwischen Ost und West muß auf dem Kontinent wiederhergestellt werden, koste es, was es wolle. Frankreich tut dazu das seine, indem es seine atomare Rüstung auf dem höchstmöglichen Stand hält. Mehr, etwa eine französische Atomgarantie für die Bundesrepublik oder eine Teilung der Pershing-Lasten auf deutschen und französischen Schultern, ist in absehbarer Zeit nicht denkbar, da es den nationalen französischen Konsens in der Verteidigungspolitik zerstören würde.

Berechtigten deutschen Ärger über diese französische „doppelte Moral“ nimmt der Präsident in der Erwartung hin, daß der augenblickliche Zustand Europas nicht von Dauer ist. Er ist überzeugt, daß dieser Vorteile hat freilich die Klinik, in der ambulant operiert wird, eine größere Anziehungskraft. Obwohl der Aufenthalt des Patienten im Krankenhaus von 10 bis 14 Tagen auf ein bis zwei Tage reduziert ist, entsteht doch eine Warteliste mit all ihren enttäuschenden Widrigkeiten.

Auf einen großen Zustrom von Patienten sind die Kliniken nicht eingestellt. Das gilt für die Verteilung der Ärzte ebenso wie der Schwestern und der Betten. Dem Fortschritt ist mit der herkömmlichen Administration nicht Geltung zu verschaffen.

Engpässe in der Medizin: Beispiel Augenchirurgie

Von ALBERT MÜLLER

Wo Tausende auf Wartelisten für Operationen stehen und die Listen immer länger werden, hat man es offenbar mit Engpässen der Medizin zu tun. Die Patientenstaus können nicht so abgebaut werden, wie es dem Grundsatz der Humanität entsprechen würde. Oder soll man sich damit abfinden, daß oft Patienten sogar sterben, ehe sie mit der Operation an der Reihe sind?

Wir greifen hier einmal das Beispiel der Augenchirurgie heraus. Insbesondere der Einpflanzung von Kunststofflinsen nach Staroperation. Die Vorteile für den Patienten liegen auf der Hand. Die getriebene Linse wird neuerdings immer mehr mit Hilfe des Ultraschall-Verfahrens entfernt, und im gleichen Operationsgang wird die neue Linse in der Kapsel „aufgehängt“. Dies geschieht in kürzester Zeit.

Als neue Sehhilfe wird dann nur selten noch die Starbrille zugemutet, die das Sehvermögen nur unvollkommen restauriert. Auch lassen sich schon Erbsenmilch und Komplikationen vermeiden, die mit Kontaktlinsen verbunden sein können. Nach Linseneinpflanzung sind unter Umständen sogar Zusatzbrillen entbehrlich. Der Patient kann zum Beispiel ohne weiteres an das Steuer seines Autos zurückkehren.

Man sollte nun denken, daß die insoweit zweifelslos erzielte wissenschaftliche und technische Errungenschaft allen Menschen zugute kommen könnte, für die sie gedacht ist. Und die Zahl der Interessierten wächst schon relativ hoch angesetzt werden, da grauer Star auch altersbedingt sein kann, also zu den normalen Lebensrisiken zu zählen ist. Konsequenterweise werden die Kosten denn auch von den gesetzlichen Kassen erstattet.

Dennoch scheint der Fortschritt sich selber im Wege zu stehen. Dieser Eindruck kommt auf, seit es möglich wurde, die Staroperation plus Einpflanzung einer Kunststofflinse ambulant durchzuführen. Der Patient wird schon am Tage der Operation am nächsten Tag darauf nach Hause geschickt. Der Operateur läßt ihn noch zu einer oder zwei Kontrolluntersuchungen vor, und stellen sich keine Komplikationen ein, so überweist er den Operierten zur weiteren Betreuung an seinen Augenarzt zurück.

Lange Wartelisten trotz ambulanter Operation

Für den Patienten hat das zusätzliche Vorteile: Selbsthaltung der häuslichen Umgebung und der gewohnten Kost, die Fortsetzung der täglichen Aktivitäten. Eben wegen dieser Vorteile hat freilich die Klinik, in der ambulant operiert wird, eine größere Anziehungskraft. Obwohl der Aufenthalt des Patienten im Krankenhaus von 10 bis 14 Tagen auf ein bis zwei Tage reduziert ist, entsteht doch eine Warteliste mit all ihren enttäuschenden Widrigkeiten.

Auf einen großen Zustrom von Patienten sind die Kliniken nicht eingestellt. Das gilt für die Verteilung der Ärzte ebenso wie der Schwestern und der Betten. Dem Fortschritt ist mit der herkömmlichen Administration nicht Geltung zu verschaffen.

Nehmen wir beispielsweise eine rheumatische Universitäts-Augenklinik. Hier wurden bereits an rund 10 000 Fällen Erfahrungen mit der neuartigen Staroperation und in Verbindung damit, an rund 5000 Fällen mit der Einpflanzung einer künstlichen Linse gesammelt. Auf der Basis dieser Erfahrungen sind Urteile über die Qualität und Verlässlichkeit des neuen Vorgehens möglich. Das Verfahren hat, von tüchtigen Chirurgen angewandt, eine minimale Komplikationsrate.

Unsere Beispiel-Klinik hält ambulantes Operieren nicht nur aus Erfahrung für vertretbar, sie kann sich die früher bei Operation des grauen Stars übliche Verweildauer auch gar nicht leisten. Denn es stehen nur 22 Betten zur Verfügung, und mehr als einen Operationstag hat die Klinik bisher für diese moderne und vielgefragte Mikrokirurgie des Auges nicht freimachen können. Der leitende Operateur stützt sich auf drei Assistenten und allenfalls zwei OP-Schwester. Ersatzdienstleistende, die einfache Arbeiten übernehmen könnten, hat er nicht bekommen.

Eine Zumutung für Patienten und Ärzte

Das schlägt auf die Warteliste zurück. Zur Zeit umfaßt sie rund 3000 Namen allein an dieser Klinik. Neue Operationstermine können nicht vor April nächsten Jahres in Aussicht gestellt werden. Und das, obwohl jeder Tag mit neuem Sehvermögen ein Stück gewonnenen Lebens ist. Aber sehr viel mehr als zehn Operationen an einem Tag schafft auch der beste Operateur nicht.

Zwar hat es an Hilfszusagen nicht gefehlt. An den politisch in erster Linie zuständigen Landes-Wissenschaftsminister wandte sich der (jetzt aus dem Bundestag ausgeschiedene) FDP-Sozial- und Gesundheitspolitiker Hansheirich Schmidt. Er hatte sich ebenfalls einer Star-Operation unterzogen. Darauf schilderte er in seinem Schreiben an die NRW-Landesregierung nicht nur seine positiven Erfahrungen, sondern auch die objektiv unabweisbaren Gründe für jene Warteliste, die immer länger wird.

Wissenschaftsminister Hans Schwiur zeigte in seiner Antwort Verständnis für das Anliegen und versprach, prüfen zu lassen, „wie die Arbeitsbedingungen für die Abteilung für klinische Mikrokirurgie des Auges verbessert werden können“. Das war vor einem Jahr. Nichts bewegte sich seitdem. Im Gegenteil, es wurden die Arbeitsbedingungen im Zuge von Sparmaßnahmen weiter erschwert. Wartelisten von der genannten Länge sollte es nicht mehr geben. Sie sind bei einem jährlichen Gesamtaufwand für die Gesundheit von 200 Milliarden Mark nicht als unvermeidbar darzustellen. Vielmehr demonstrieren sie die Notwendigkeit der Umschichtung des echten Bedarfs. Unter humanem Aspekt sind sie eine nicht länger hinnehmbare Zumutung sowohl für Patienten als auch für die Ärzte. Denn eines darf zu allem Überfluß nicht auch noch riskiert werden: daß hochqualifizierte, engagierte Ärzte aus Frustration von den Stellen abwandern, wo sie am dringendsten gebraucht werden.



Minister Jacques Delors - auf dem Weg zur Regierungsspitze? FOTO: CAMERA PRESS

Herb Gruber erbte vor einigen Jahren eine Baulücke. Warum kann er sie jetzt schließen?



Verkauften wollten die Grubers das Grundstück nicht, aber zum Bau eines Hauses fehlte ihnen damals noch das Geld.

Da wir frühzeitig zum Abschluß eines Bausparvertrages bei unserer Bausparkasse Schwäbisch Hall geraten hatten, war der erste Baustein für die Finanzierung schon gelegt. Jetzt wurde der Bausparvertrag zugeteilt - damit steht Familie Gruber billiges Baugeld mit festen Zinsen zur Verfügung.

Dieses Bauspardarlehen kombinierten wir mit der Hypothek einer unserer beiden Hypothekenbanken, der DG HYP oder der Münchener Hypothekenbank. Für die notwendige Absicherung des Bauvorhabens sorgten wir mit einer Bauherren-Vollschutz-Versicherung unserer R+V Versicherung.

So bekam Familie Gruber durch unseren Beratungsservice ihren maßgeschneiderten Finanzierungsplan mit allen Steuervorteilen ohne viel Laufen und Schreiben und konnte sich ganz den Bauvorbereitungen widmen.

Wir bieten auch Ihnen den umfassenden Finanz-Service aus einer Hand: unser Verbundangebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank.

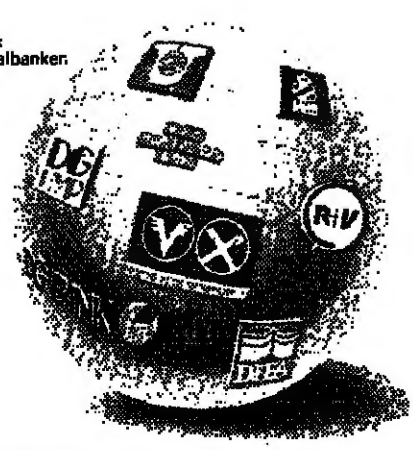
Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft.*

Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Gelddinge bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen - und dies bei jeder der 20.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,5 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Das macht Partnerschaft zu unserem Prinzip und ist einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

- DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank und 8 regionale Zentralbanken
- Bausparkasse Schwäbisch Hall
- DG HYP Deutsche Genossenschaftsbank Hypothekenbank
- DIFA Deutsche Immobilienfonds AG
- Münchener Hypothekenbank eG
- R+V Versicherung
- Union-Investment-Gesellschaft



Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

„Amnesty“ ruft zu Protesten gegen Mord auf

Amnesty International hat zu einer weltweiten Kampagne gegen Mord aufgerufen, die von Regierungen zu verantworten sind. Gleichzeitig veröffentlichte die Londoner Hilfsorganisation heute einen umfangreichen Bericht, in dem Zeugenaussagen und Beweise für Hinrichtungen und Gerichtsverfahren in aller Welt zusammengetragen wurden.

Diese Mord haben, wie detaillierte Aussagen aus mehr als 25 Ländern seit 1980 zeigen, die unterschiedlichsten Formen. Regierungen setzen in Form von Todesurteilen, Massakern an Dorfbewohnern in Guatemala gehören dazu und Anschläge auf oppositionelle Politiker, die in anderen Ländern leben. Manche Regierungen haben nach Angaben von Amnesty in den letzten 20 Jahren ihre Politik darauf gestützt, die gesamte politische Opposition zu liquidieren. Zu den Staaten gehören Indonesien, Kambodscha, Uganda, Äthiopien und Surinam.

In allen Fällen sei den Opfern der Rechtsschutz verweigert worden. Sie wurden wegen ihrer politischen oder tatsächlichen Überzeugungen oder Aktivitäten, die auch wegen ihrer Herkunft erzwungen, getötet. Für die internationale Gemeinschaft sei es oft außerordentlich schwer, die Verantwortung für solche Mord nachzuweisen, meint Amnesty.

In über 100 Staaten wollen Mitglieder von Amnesty in den kommenden Monaten mit öffentlichen Aktionen und Petitionen an Regierungen auf das Problem ungesetzlicher Tötungen aufmerksam machen. Amnesty will mit der Kampagne mehr erreichen als ein kurzfristiges Aufheben der Weltöffentlichkeit. Der Generalsekretär der Sektion der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Frenz, erklärte, Fernziel sei es, daß politische Mord, für die Regierungen die indirekte oder direkte Verantwortung tragen, von den Vereinten Nationen zu „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ erklärt würden. Dann werde es möglich sein, die verantwortlichen Politiker zu verhaften, anzuklagen und zu verurteilen, sobald sie ihr Land verlassen.

Die Armee war eine Schule für Mord, erklärte in dem Amnesty-Bericht ein Wehrpflichtiger aus Guatemala. Auf die Frage: „Hatten Sie die Erlaubnis zum Töten?“ sagte er: „Nur verdächtige Charaktere.“ In El Salvador töteten Angehörige der Streitkräfte seit dem Militärputsch vom Oktober 1979 Tausende verdächtige Oppositionelle ebenso wie unbewaffnete Bauern. Erbschaft Arturo Rivera y Damas bezifferte im Januar vergangenen Jahres die Zahl nicht bewaffneter Todesopfer im Jahr 1981 auf 11 723.

Nach der Mordwelle während der achtjährigen Herrschaft des Diktators Idi Amin in Uganda gingen die Hinrichtungen Amnesty zufolge auch nach dessen Sturz weiter. In Iran sind nach dem Machtwechsel zum großen Zähl der offiziell angekündigten Exekutionen Menschen hingerichtet worden, die nach den Amnesty-Informationen vermutlich oft nicht vor Gericht gestellt wurden. In Argentinien sind, so heißt es, seit dem Militärputsch vom März 1976 zwischen 7000 und 10 000 Menschen verschwunden oder getötet worden.

Einstellung von Lehrern behindert

dpa, Essen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat dem Bundespräsidenten in Nordrhein-Westfalen vorgeworfen, die Neueinstellung von Lehrern zu behindern. Anträge von Lehrern auf längerfristigen Urlaub wurden von den nachgeordneten Behörden „nur sehr schleppend und widerwillig“ bearbeitet, heißt es in der gestern veröffentlichten GEW-Mitteilung in Essen. Die Landesregierung hatte zur Behebung der Lehrermangelprobleme die Pädagogen die Möglichkeit eingeräumt, bis zu drei Jahren unbezahlten Urlaub zu nehmen. So frei werdende Stellen sollten mit arbeitslosen Lehrern neu besetzt werden. Der Aufforderung der Landesregierung, die Anträge großzügig zu genehmigen, kommen die Behörden, so die GEW, bisher nicht nach.

Der Kanzler als EG-Ratspräsident: Freundlich, aber entschieden

Nach der Einigung im Währungsstreit herrschte beim Europagipfel eine gelöste Stimmung

BERNT CONRAD, Brüssel. Als der Bundeskanzler am Montag um 13.00 Uhr seine europäischen Amtskollegen im Brüsseler Charlemagne-Gebäude zum Essen bat, lag spürbare Erleichterung in der Luft. Der Währungsstreit mit Frankreich war gerade noch rechtzeitig zum Europagipfel beigelegt worden. „Nach den Gewitterwolken der letzten Tage herrschte ein besonders gelöstes und angenehmes Klima“, berichtete Helmut Kohl.

Kohlerte es nicht doch noch etwas im Gebälk? „Nur anfangs“, meinte der Kanzler. „Wenn man gerade aus den Bonner Koalitionsverhandlungen kommt – da hat man mehr geknirscht. Hier war man sehr freundlich.“

Dazu bestand auf Grund der deutschen Großzügigkeit bei der Festsetzung der Währungsparitäten ja auch aller Anlaß. „Ob man auf uns bei den EWS-Verhandlungen allerdings so feuchtnäsig einreden mußte, ist die Frage“, bemerkte ein Bonner Delegationsmitglied ironisch und fügte lächelnd hinzu: „Wir haben jedenfalls lateinisch reagiert.“

Auf deutsch hingegen leitete Kohl als Ratspräsident die Gipfelgespräche. Freundlich aber entschieden, wie auch im Bundeskabinett, sorgte er ohne jemanden das Wort abzusprechen für einen straffen Diskussionsverlauf. Langatmige Klagen über nationale Probleme suchte er – nach seinem 17seitigen Einleitungsreferat – zu vermeiden. „Was können wir tun?“ fragte er die Kollegen.

Staatspräsident François Mitterrand vermachte darauf am Montagmittag kaum zu antworten, denn er hielt sich meist außerhalb des Sitzungssaales auf, konferierte separat mit seinen Finanzminister Jacques Delors und stimmte telefonisch mit Parteifreunden in Paris die bevorstehende Kabinettsbildung ab.

Diese Sorgen hatte Helmut Kohl schon hinter sich. Als am Montagmittag die Nachricht eintraf, Franz Josef Strauß habe auf den Eintritt ins Bundeskabinett verzichtet, schien der Kanzler nicht

überrascht. Mit der gleichen Gelassenheit, die er zur Verblüffung mancher Teilnehmer im gesamten Verlauf der Bonner Partei- und Koalitionsberatungen bewiesen hatte, legte er die Meldung aus München, die er für endgültig hält, zu den Akten. Auf psychologische Spielereien ließ sich der Kanzler nicht ein.

Hans-Dietrich Genscher jedoch, der sich nun ohne Abstrich als Bundesaußenminister bestätigt fühlen konnte, mochte den Verzicht des bayerischen Landesvertrags als zusätzliches Geschenk zum 56. Geburtstag empfinden, den er in echt Genscher'scher Manier bei der Arbeit verbrachte. Schon vor der Abreise nach Brüssel war ihm die Information, daß er jetzt als „Mister sieben Prozent“ angetreten werden könne (weil das endgültige Bundestagswahlresultat die FDP von 6,9 auf 7 Prozent hinaufdrückte), ein willkommener Beleg der Genscher'schen Serviertendenz.

Der FDP-Chef wird es auch nicht ungern gehört haben, daß Kohl zu mitternächtlicher Stunde im 26. Stock des Hilton-Hotels eindringlich erläuterte, weshalb die christlichen Demokraten auf längere Sicht den liberalen Koalitionspartner für stabile Regierungen mehrheitlich im Bund und in den Ländern brauchen.

So umspülten die innenpolitischen Wellen aus Paris wie aus Bonn den Brüsseler Gipfel, dessen Hauptthemen – Jugendarbeitslosigkeit, saurer Regen, Protektionismus und (inoffiziell) die Genfer Abrüstungsverhandlungen – ja auch ausgesprochen innenpolitische Relevanz hatten. Darüber konsultierte sich, wie schon seit den Zeiten des ungleichen Freundespaars Genscher-Schmidt üblich, der Kanzler und der französische Staatspräsident gestern morgen eine Stunde lang beim Frühstück. Denn Kohl ist zwar der Überzeugung, daß sich in Europa „das Prinzip Qualität“ durchsetzen solle, im Klartext: Daß es keine Vorherrschaft der Großen über die Kleinen geben dürfe. Aber ohne deutsch-französische Absprache läuft in der EG nun einmal nichts.

Sehr produktiv im Sinne konkreter Beschlüsse waren die diesmal etwas rußig wirkenden europäischen Gipfelstürmer trotz der anfeuernden Zitate des Bergführers Kohl allerdings keineswegs. Die Aufträge des Kopenhagener Gipfels vom letzten Dezember hatten sich in der Zwischenzeit nur höchst unvollständig realisiert (Kohl). Das geht sehr zähflüssig. Deshalb konnte die Brüsseler Tagung in den Augen des Kanzlers und Ratsvorsitzenden auch nicht viel mehr sein als eine „Zwischenphase“ auf dem Wege zum Stuttgarter Europäischen Rat im Juni.

In Schwaben soll dann wirklich etwas geschafft werden. Zwei volle Tage lang – und nicht zwei halbe Tage wie sonst üblich – will Kohl die Regierungschefs und Außenminister wirken lassen und auf diese Weise konkrete Ergebnisse herbeizwingen. Vor allem zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, zum Schutz der Wälder und zur Sicherung eines europäischen Binnenmarktes. „Dafür ist das Atmosphärische sehr wichtig“, kommentierte Genscher.

In dieser Hinsicht ist Kohl wirklich ein Spezialist. Deshalb schätzte er Gipfeltreffen – die er als Neuling noch mit unbefangenen Augen betrachtete – hoch ein. „Ihr Nutzen liegt im Gespräch. Es ist sonst kaum möglich, Leute solchen Kalibers in derart entspannter Atmosphäre zusammenzubringen und, fast normal miteinander zu diskutieren, voneinander zu lernen. Auf diese Weise kann man auch Sachthemen vorantreiben“, resümierte der Kanzler. Das „Brimborium drumherum“ allerdings hält er für gefährlich.

Am Ende der Brüsseler Beratungen dankte der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreu dem Kanzler ausdrücklich „für die sehr fähige Leitung des Europäischen Rates“. Das war ein persönlicher Erfolgserlebnis. Um so nachdrücklicher versprach Kohl: „In unserer Regierungserklärung werden wir europäische Initiativen ankündigen. Wir bleiben am Ball.“

Pharmaindustrie unter schwerem Beschuß

Heute beginnt Konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen

PETER JENTSCH, Bonn. Erstmals seit 1978 haben sich die Spitzenverbände des Medizinbetriebs, also Ärzte, Zahnärzte, Pharmaindustrie, Krankenhäuser und Krankenkassen, im Vorfeld der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen nicht auf eine Empfehlung über die Ausgabensteigerungen im Bereich der Krankenversicherung einigen können.

Wie gestern, einen Tag vor dem heute beginnenden „Konzert in Weiß“, aus Kreisen der Gesetzlichen Krankenversicherung verlautete, sei dies eine Folge insbesondere der geringen Preisdiziplin der Pharmaindustrie, deren Preisindex jetzt gegenüber dem März 1982 um 5,8 Prozent zugenommen habe. Damit sei das Preisstabilisierungsabkommen zwischen Kassen und Pharmaindustrie als offensichtlicher Bluff entlarvt; die durch das Abkommen eingesparten 800 Millionen Mark wolle die Pharmaindustrie in diesem Jahr wieder einfahren.

Die Spitzenverbände der Gesetzlichen Krankenversicherung wollen heute mit folgender Strategie in die Verhandlungen mit den übrigen Gesundheitsanbietern im Rahmen des Konzerts gehen:

● Im Krankenhausbereich soll entweder an die Empfehlung des vergangenen Jahres angeknüpft werden, wonach die Kostenentwicklung in den Kliniken der Entwicklung der Grundlohnschritte angepaßt werden soll. Dies soll über einen Zeitraum bis etwa 1985 geschehen. Nach einer alternativen, härteren Linie soll den Krankenhäusern vorgeschrieben werden, die Pflegesätze nicht mehr als 3,5 Prozent steigen zu lassen. Wobei die Kassen davon ausgehen, diese harte Linie wohl kaum durchsetzen zu können.

Eindeutige Absicht sei es aber, die beiden Bereiche, zu denen die Kassen keine Vertragsbeziehungen besitzen, nämlich Pharmaindustrie und Krankenhäuser, „an den Pranger zu stellen“.

● Bei den niedergelassenen Ärzten wollen die Krankenkassen nur Honorarsteigerungen im Rahmen der wirtschaftlichen Entwick-

lungsdaten zulassen. Dabei soll aber durchaus der Grundsatz berücksichtigt werden: „soviel ambulant wie medizinisch möglich und soviel stationär wie medizinisch nötig“. Dies bedeute, daß man den niedergelassenen Ärzten weiterhin auch die Möglichkeit geben muß, in ihren Praxen zu investieren. Wobei es Aufgabe der Verhandlungspartner sei, den Konflikt zwischen den Investitionen in ambulanten und stationären Bereich zu lösen.

● Gegenüber den anderen Gesundheitsanbietern wollen, wie es heißt, die Kassen keine Honorarsteigerungen zulassen. Die Krankenkassen gehen mit dem Ziel in die Konzentrierte Aktion, die Beitragssätze 1983 weiter stabil zu halten, ja nach Möglichkeit sogar senken zu können. Voraussetzung dafür sei aber bei dem relativ geringen Finanzvolumen der Kassen, die für Preissteigerungen angesichts des Mengenwachstums nur ein ganz geringer Spielraum vorhanden ist und daß damit nicht jeder Gesundheitsanbieter in gleichem Umfang Preiserhöhungen realisieren könne.

Unentschieden sind die Kassen noch, ob sie für die einzelnen Bereiche des Medizinbetriebs, also etwa für die Ärzte und die Krankenhäuser, jeweils gesonderte Empfehlungen über die Höhe der zukünftigen Zuwachsraten geben sollen. Alternativ wird diskutiert – und in diese Richtung geht auch die Intention von Bundesarbeitsminister Norbert Blum –, nur im Rahmen einer allgemein gehaltenen Empfehlung den Finanzspielraum der Gesetzlichen Krankenversicherung festzuschreiben. Bei den ab 1. Juli zu treffenden Vereinbarungen mit den Leistungsbringern müßte dann dieser Rahmen realisiert werden.

Letztere Lösung halten die Kassen aber für wenig gangbar. Sie verweisen unter anderem auf die Haushaltsbegrenzungen der Bundesregierung, in deren Folge die Krankenversicherung 1,2 Milliarden Mark an die Rentenversicherung abzuführen hat. Die Refinanzierung weise aber bereits jetzt ein Loch von etwa 300 Millionen Mark auf.

Polnischer Innenminister warnt Widerstand

dpa/KNA/APP, Warschau. Der polnische Innenminister General Czeslaw Kiszczak hat gestern vor der Störung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche durch „westliche Zentren“ gewarnt und den amerikanischen Geheimdienst beschuldigt, „Koordinator“ oppositioneller Aktionen in Polen zu sein.

In seinem Bericht über die öffentliche Sicherheit versicherte Kiszczak vor dem Parlament in Warschau, die Situation im Land habe sich in den 15 Monaten seit Verhängung des Kriegsrechts verbessert. Das Zwischenfazit der polnischen Regierung zum Thema „Normalisierung“ lautet, daß die „Anarchie“ in Polen zwar gesoppt worden sei, doch die „Widerstandsfrente“ noch nicht die Waffen gestreckt habe.

Auf der Tagesordnung der zweitägigen „Sejm“-Sitzung standen neben zwei Regierungsberichten zum „Stand der inneren Sicherheit“ und zur Rechtsprechung auch Debatten über die für 1983-84 vorgesehene Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie über ein neues Programm zur Bekämpfung der Inflation.

Papst Johannes Paul II. ist von der polnischen Regierung offiziell eingeladen worden, vom 16. bis 22. Juni seinem Heimatland einen Besuch abzustatten. In einem von der polnischen Nachrichtenagentur PAP veröffentlichten Schreiben an Johannes Paul II. heißt es, daß der zweite Besuch des Papstes in Polen „dem Wohl des Landes und dem Wohl des sozialistischen Staates“ dienen werde.

Dritte Runde vereinbart

Die Sowjetunion und die Volksrepublik China haben nach den Worten des stellvertretenden chinesischen Außenministers Qian Qichen die Fortsetzung ihrer Gespräche zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen vereinbart. Der Politiker teilte am Montagabend vor seinem Abflug nach China auf dem Moskauer Flughafen vor Journalisten mit, die dritte chinesisch-sowjetische Gesprächsrunde werde in Peking stattfinden.

Unterhaus billigt Etat 1983

AP, London. Das britische Unterhaus hat am Montagabend den gestern vom Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe eingebrachten Haushaltsentwurf für 1983 mit 397 gegen 225 Stimmen gebilligt. Der Haushalt sieht unter anderem Steuererleichterungen vor, um die Wirtschaft zu beleben. Er kommt in Höhe von 1,6 Milliarden Pfund und Investitionsanreize für die Industrie in Höhe von 215 Millionen Pfund vor.

„Ariana“-Chef in Kabul ermordet

dpa, Neu-Delhi. Der Präsident der afghanischen Luftfahrtgesellschaft „Ariana“ fiel in der Hauptstadt Kabul einem Anschlag zum Opfer. Westliche Diplomaten berichteten gestern in Neu-Delhi, „Ariana“-Chef Sayyed Rehman sei am 18. März in oder in unmittelbarer Nähe seiner Wohnung erschossen worden. Einen Tag später wurde er bestätigt.

Athen: Zum Mord bekannt

AP, Athen. Die griechische Organisation „Antimilitärischer Kampf“ hat sich zur Ermordung des Athener Zeitungsverlegers Georgios Athanasiadis bekannt. Wie die Polizei in Athen gestern mitteilte, wurde am Montag in einem Altbauwerk im Zentrum der Stadt eine entsprechende Erklärung gefunden. Darin wurde dem am Samstag in seinem Büro erschossenen 77-jährigen Herausgeber der als rechts geltenden Zeitung „Vrydyni“ vorgeworfen, nicht auf Warnungen gehört zu haben, keine Artikel über politische Richtungskämpfe im Militär zu veröffentlichen.

Die Präsidenten fordern sodann den Abbau der „in erheblichem Umfang“ gewachsenen Aufgabenverflechtung zwischen Bund und Ländern. Durch sie sei es zu einer „Verwässerung“ der Verantwortlichkeiten und einer „weitgehenden Entmachtung“ der Volksvertretungen in den Ländern gekommen. So sei im Bereich der Mischfinanzierungen eine Begrenzung auf „enge Ausnahmefälle“ zu überprüfen. Die Parlamente sollten künftig über die Gesetzgebung hinaus an allen wichtigen Entscheidungen beteiligt werden, fordern die Landespräsidenten.

Grüne müssen mit AL-Abgeordneten Fraktion bilden

hey, Bonn. Die konstituierende Sitzung des 10. Deutschen Bundestages soll um 11.00 Uhr am kommenden Dienstag stattfinden. Nachdem Werner Vogel von den Grünen und Egon Franke (SPD) verzichtet hatten, wird der SPD-Vorsitzende Willy Brandt als Alterspräsident die neue Legislaturperiode eröffnen. Zur Vorbereitung traf Brandt gestern zu einem vertraulichen Gespräch mit Bundestagspräsident Richard Stücklen (CSU) zusammen.

Stücklen empfing ebenfalls die Fraktionsführer der Grünen, Otto Schily und Peter Kelly sowie die beiden parlamentarischen Geschäftsführer Joschka Fischer. In dem fast einstündigen Gespräch brachten sie ihre Wünsche und Vorstellungen über ihre Arbeit im Bundestag zum Ausdruck. Mit Blick auf die finanziellen Zuschüsse erklärte er, daß sie den Status einer Fraktion anstreben wollten. Weil sie dazu jedoch mindestens 26 parteigebundene Abgeordnete haben müssen, erklärte Stücklen ihnen, daß sie eine Fraktionsgemeinschaft mit den Berliner Dirk Schneider von der Alternativen Liste schließen müßten. Weiter meldeten sie den Anspruch an, einen der Vizepräsidenten zu stellen. Darauf haben sie aber nach dem bisherigen Verteilungsverfahren keinen Anspruch. Noch offen ist, wo sie ihren Fraktionsitzungsraum erhalten werden. Gegen ihre Absicht, den Tagungsraum des Altersrates zu übernehmen, gibt es Widerstände.

Vor dem Treffen mit Stücklen hatte Schily beim Fraktionsvorsitzenden der FDP einen Antrittsbesuch nach parlamentarischem Brauch gemacht. Für heute hat er einen Termin beim Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger. Folgen soll außerdem eine Begegnung mit dem SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel.

Mehr Kompetenzen für die Landtage gefordert

Präsidenten schlagen Reform des Grundgesetzes vor

KING-HU KUO, Stuttgart

Die Präsidenten aller Landesparlamente in der Bundesrepublik haben einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der eine Überprüfung der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern bei der Gesetzgebung gefordert wird. Sie fordern deshalb eine „Durchführung des Kompetenzkatalogs“ des Grundgesetzes. Der Präsident des Baden-Württembergischen Landtages, Erich Schneider (CDU), der diese Denkschrift gestern vorstellte, erklärte, daß jetzt die Verwirklichung dieser Forderungen – bereits 1973 hatten die Landesparlamente einen ähnlichen Forderungskatalog aufgestellt – etwas leichter geworden sei. Unter Hinweis darauf, daß sowohl Bundeskanzler Kohl als auch Finanzminister Stoltenberg selber ehemalige Landesregierungsleiter waren, sagte Schneider: „Die Schranken sind jetzt niedriger.“ Gleichzeitig warnte er jedoch vor allzu großem Optimismus.

In der Resolution der Landtagspräsidenten wird darauf hingewiesen, daß die verfassungsrechtliche Ordnung der Bundesrepublik entscheidend auf der „Eigenstaatlichkeit der Länder“ beruhe. In der Praxis sei diese Selbstständigkeit immer mehr eingeschränkt worden. Die Gewichte hätten sich „erheblich zugunsten des Bundes“ verlagert. „Diese „schleichende Ausbreitung“ wiederum treffe in erster Linie die Gesetzgebungsgänge der Bundesländer. Hauptursachen für diesen Trend sind nach Auffassung der Landesparlamente die Kompetenzverlagerung von den Ländern auf den Bund und auf die EG sowie der „Kompetenzwuchs“ der Landesregierungen unter Umgehung der Landtagspräsidenten. So sei auch der Einfluß der

Landesregierungen „deutlich gestiegen“, über den Bundesrat an der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mitzuwirken, heißt es in der Resolution.

Die Präsidenten, die diese Entwicklung „mit großer Sorge“ beobachteten, schlagen deshalb zahlreiche Maßnahmen vor, um das vom Grundgesetz geforderte „ausgewogene Verhältnis“ zwischen den Gesetzgebungskompetenzen von Bund und Ländern wiederherzustellen. So sollen diese Kompetenzen wieder auf die Länder verlagert werden, sofern sie nicht aus zwingenden Gründen dem Bund belassen werden müßten. Den Ländern sei ein „ausfüllungsfähiger Spielraum“ durch eine Einschränkung der Rahmenkompetenz des Bundes zu gewähren. Ferner soll der „Aushöhlung“ der Gesetzgebungsbefugnis der Landtage durch die Erteilung bundesgesetzlicher „Verordnungsmaßnahmen“ entgegengetreten werden. Die Landesparlamente müßten an den Grundgesetzänderungen beteiligt werden, die das Kompetenzgefüge der Verfassung und die Finanzverfassung betreffen.

Die Präsidenten fordern sodann den Abbau der „in erheblichem Umfang“ gewachsenen Aufgabenverflechtung zwischen Bund und Ländern. Durch sie sei es zu einer „Verwässerung“ der Verantwortlichkeiten und einer „weitgehenden Entmachtung“ der Volksvertretungen in den Ländern gekommen. So sei im Bereich der Mischfinanzierungen eine Begrenzung auf „enge Ausnahmefälle“ zu überprüfen. Die Parlamente sollten künftig über die Gesetzgebung hinaus an allen wichtigen Entscheidungen beteiligt werden, fordern die Landespräsidenten.

Pioniere der Energie- und Regeltechnik

GESTRA: Zukunftsorientiert, weltweit

Seit 1902 spricht GESTRA in der Wärmewirtschaft ein gewichtiges Wort mit. Devise: Die Vergeudung wertvoller Energie ausschalten. Die Mittel: Eine breite Palette hochspezialisierter Armaturen für die Energiewirtschaft und eine Regelungs- und Steuerungstechnik, auch für die Aufgaben von morgen. Immer hat GESTRA entwicklungstechnisch Fortschrittliches geleistet. Immer waren da der Mut zum Neuen und Zielstrebigkeit. Dazu die Qualitätstreue. Internationale Lizenzvergabe und Kooperation – auch dies ist ein Beweis für innovative Unternehmenspolitik. GESTRA bleibt seiner Pionierrolle treu. Und sichert nicht zuletzt damit die starke Position auf den Weltmärkten. Auch künftig. GESTRA Aktiengesellschaft · Bremen

Wir machen mehr aus Energie

Bei der CSU „allseits zufriedene Gesichter“

Bayerns Ministerpräsident behält Bonn im Visier

Von PETER SCHMALZ
Franz Josef Strauß ist aus der Bonner Kutsche ausgestiegen, wird aber aus der Münchner Atskanzlei, über der ein steinerner Freudenadler noch von kaiserlicher Zeit kündet, als der heutige Regierungssitz das Haus des preußischen Gesandten am bayerischen Hof war, mit scharfem Auge über wachen, wohnen und mit cher Geschwindigkeit Kutter steuert. Es werden die nstige sein, an denen der Kanzler mit besonderer Aufmerksamkeit die Berichte aus der fernen wiesbadener Landeshauptstadt studiert wird.

Landesbericht Bayern

Nachdem am Montag der CSU-Landesvorstand die Entscheidung von Strauß mit Beifall gutgeheißen und Stöiber bei der CSU „allseits zufriedene Gesichter“ ausgemacht hat, wird Max Streibl den Ausgang mit dem Ziel wartender Journalisten und wählte eine freie Nebenbühne. Er war zumindest im Augenblick um die größte Chance seines bisherigen Politikerlebens gebracht: Der Finanzminister und Vorsitzende des mitgliederstärksten CSU-Bezirks Oberbayern galt als Kronprinz für den Fall, daß Strauß nach Bonn wechselt. In der CSU wurde aber auch offen die Möglichkeit diskutiert, anstelle von Streibl den früheren Justiz- und jetzigen Innenminister Karl Hillmeier zum Regierungschef zu wählen.

Der 60jährige Protestant mit reduzierter Ausstrahlung wurde als Übergangskandidat genannt, der gegenüber dem erst 51jährigen Streibl zumindest für zwei der nachdrängenden Führungsmänner der CSU, Tandler und Stöiber, den Vorzug hätte, nach ein bis zwei Amtsperioden den Regierungssessel wieder freizumachen. Bei einem Ministerpräsidenten Streibl aber müßte der nur fünf Jahre jüngere Tandler, der die CSU-Landtagsfraktion sichtlich fester in der Hand hat als sein Vorgänger Gusti Lang, weitere Karrierepläne auf unabsehbare Zeit begraben.

Seit Montag aber ist das bayerische Nachfolge-Puzzle wieder offen. Sollte Strauß, der sich auch als 67jähriger einer robusten Gesundheit erfreut, sein bayerisches Amt in diesem Jahrzeit behalten, dann haben noch zahlreiche potentielle Nachfolger die Chance, sich zu profilieren. Und an Nachwuchs hat die CSU bei knapp 200 000 Mitgliedern ja auch keinen Mangel.

Schon dreimal stand Franz Josef Strauß vor der für ihn qualvollen Entscheidung: Bonn oder München

Ihm blieb es nur vergönnt, andere zum König zu machen

Von GEORG SCHRÖDER

Viele Jahre hindurch hat Franz Josef Strauß nicht daran gezweifelt, daß er eines Tages auf dem Kanzlerstuhl in Bonn Platz nehmen würde. Hat der Siebenundsechzigjährige, der einst das jüngste Mitglied im Kabinett Adenauer war, mit seinem Entschluß, als Ministerpräsident in München zu bleiben, uns wirklich sagen wollen, daß er sich von diesem Vorsatz verabschiedet hat?

Dreimal stand der Bayer vor der Entscheidung, ob er das Schlachtfeld in Bonn räumen und als ungekrönter König in seinem Heimatland nervenschneller in die Bundespolitik hineinwirken sollte. Das erste Mal war einige Monate vor der „Spiegel“-Affäre. Unter dem vom „Spiegel“ angeführten Trommelfeuer litt Franz Josef Strauß. Die Stichworte „Schützenpanzerwagen“, „FIBAG“ und „Onkel Alois“ genigten zur Erinnerung daran, daß nie bewiesene Korruptions-Unterstellungen an die Rockschöße des Bundesverteidigungsministers geklebt werden sollten. In jenen Tagen zeigte sich, wie sehr der äußere Anschein täuscht: Strauß hat eine dünne Haut, er ist sehr empfindlich.

Damals hat er mich wie mit Sicherheit noch den einen oder anderen ihm Vertrauten zu sich, um unter vier Augen sein Leid zu klagen und um Rat einzuholen, ob er Bonn verlassen und das Amt des Ministerpräsidenten in München anstreben sollte. Soweit ich weiß, hat ihm damals niemand zugehört, seine Flagge in Bonn einzuziehen.

Sechzehn Jahre später, am 29. November 1978, war es dann so weit. Strauß legte sein Bundestagsmandat nieder, wurde Ministerpräsident des Freistaates Bayern. Der Grund: Ihn wurmte es tief drinnen in seinem Herzen, nur zweiter Mann in der Fraktionsführung unter Helmut Kohl sein zu können.

Zum dritten Mal mußte Strauß sich in der Wahlkampf vom 6. März entscheiden, als er wußte, daß ohne die FDP in Bonn nicht zu regieren sein würde, daß sein Traum von einem Bundesaußenminister Strauß damit verfliegen sei. Ob gern oder ungern, weiß wohl nur Marianne Strauß. Sicher aber ist, daß er schon in jener Nacht für sich entschied, in München zu bleiben.

Ändert das etwas an der Bedeutung, welche die Historiker einst dem Bonner Wirken von Franz Jo-



Die deutsche Nachkriegsgeschichte hat „Adenauers junger Mann“ entscheidend mitgestaltet. Wohl niemand, der FJS kennt, zweifelt daran, daß er auch von München aus weiter deutsche Geschichte schreiben wird. FOTO: WOLFGANG STECHENHUBER

sef Strauß zumessen werden? Wir glauben das nicht. Konrad Adenauer, der so spröde mit Lob für seine Mitarbeiter umging, zeichnete 1961 bei seinem 85. Geburtstag den Verteidigungsminister ungewöhnlich aus: „Ihre Tätigkeit wird einmal von der Geschichtsschreibung mit an erster Stelle gewürdigt werden.“ Er rühmte damit den Mann, der ihm und seiner Politik den schwersten und zugleich bedeutendsten Dienst erwiesen hatte: den Aufbau der Bundeswehr und zugleich ihre Integration in die NATO, wobei er deutsches Interesse und deutsches Gewicht in der Formung der Strategie zur Geltung zu bringen verstand.

Schon fünf Jahre früher, im Oktober 1956, sagte Adenauer bei einem Abendessen im Palais Schaumburg über den frischgebackenen Verteidigungsminister zu Eleanor Dulles, der Schwester des amerikanischen Außenministers: „Sehen Sie den jungen Mann da? Er ist ein sehr fähiger Mann mit einer vielversprechenden Zukunft, aber ich wünsche, er würde ruhiger. Ich wünsche, er würde besonnener. Er sollte nicht nur die Stimmen seiner ergebenen Anhänger hören, sondern auch die der anderen zu gewinnen lernen. Er braucht diese Stimmen, um eine Führungsposition in Deutschland zu erringen, und er hat viel zu bieten.“ Eleanor Dulles erzählte vor Jahren, daß sie Adenauer bei-gepflichtet habe: „Ich hatte Strauß

in meinen Gesprächen als außergewöhnlich brillant erlebt.“ Außergewöhnlich brillant, von ungewöhnlicher Intelligenz, ein hervorragender Redner, ein vorwärtstreibender Motor, aber mit unzureichenden Bremsen – das sind die Charakteristika, die man schon in den frühen fünfziger Jahren allgemein in Bonn über den vorwärtsdrängenden jungen Mann aus Bayern hören konnte. Er sei ein Genie der Ellbogen, wurde hinzugefügt.

Wie das zu nutzen sei, erkannte Konrad Adenauer 1952, als der 36jährige Strauß in einer stürmischen Wehrdebatte den im Hagel von Oppositions-Angriffen stehenden Bundeskanzler mit einer massiven Gegenattacke auf die SPD herausboxte. Aus dem Vorsitzenden des Jugendausschusses des Bundestages wurde nun der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses. Strauß wurde, wie Schumacher ironisierte, des Kanzlers „junger Mann“. Er war es auch in seinem Einsatz.

Das öffnete ihm schon 1953 den Weg in das Kabinett. Erst als Sonderminister ohne Geschäftsbereich, dann zwei Jahre später als Minister des neu geschaffenen Ministeriums für Atomfragen und noch ein Jahr später als Verteidigungsminister auf dem erstrebten Gipfel in der Erckeilekaserne.

Spätestens 1957 war Fritz Schäfer nicht mehr der bedeutendste Mann der CSU in Bonn. Er verlor

das Finanzministerium, konnte sich nur noch mit Mühe und Not vier Jahre als Justizminister halten. Strauß war nun schon der unbestrittene König der CSU in der Bundeshauptstadt.

Als Bundesverteidigungsminister war er auch zu einer internationalen Figur geworden. Er war damals Atlantiker mit Haut und Haaren. Er meinte, der Nordatlantik habe heute strategisch gesehen die gleiche Bedeutung wie das Mittelmeer für die Antike. Der Mann, den die Opposition zum kriegs- und atomstumpften Buhmann abzustempeln versuchte, sprach klipp und klar aus: „Wir können nie wieder Großmacht sein.“ Er sagte auch, die Möglichkeit, daß Europa die dritte Kraft werde, sei vorbei. Das erste Ziel jeder Verteidigung müsse es sein, in einem globalen Verteidigungssystem den Ausbruch eines Krieges zu verhindern.

All das wurde in West und Ost sehr aufmerksam verfolgt. Damals errang Strauß eine internationale Position, die für ihn bis zum heutigen Tag Früchte getragen hat. Erinnert sei nur an die ungewöhnliche Aufmerksamkeit, mit der Brezhnev Strauß nach einer Unterredung 1981 in Garmisch zu seinem Wagen geleitete. Erinnert auch an seine China-Reise, während der Strauß sogar von Mao Zedong und auch von dem erkrankten Regierungschef Zhou Enlai empfangen wurde.

War dies ein Nachfolger Konrad Adenauers? Je öfter Anfang der 60er Jahre diese Frage auftauchte, um so massiver wurden die Angriffe der Linken gegen Strauß. Sie trugen nur dazu bei, dessen Position in Bayern zu stärken. Im Frühjahr 1961 war es soweit, daß er dort als Vorsitzender an die Spitze der CSU gewählt wurde. 1961 war aber auch das Jahr, in dem Strauß die Ablösung des uralten Konrad Adenauer durch Ludwig Erhard anstrebte, in der Erwartung, daß er später dessen Nachfolge antreten könnte.

In der Villa Herten in Düsseldorf trafen sich Strauß, Mende und dessen Stellvertreter Weyer. Sie waren sich einig darin, daß der nächste Bundeskanzler Erhard heißen sollte. Allerdings stellte Strauß die Frage, ob es zweckmäßig sei, Adenauer eine Übergangslösung von einem Jahr Kanzlerschaft anzubieten. Man weiß, daß Adenauer sie alle überspielt und noch einmal Bundeskanzler wurde. Man erinnert sich, daß im Jahr darauf der so schnell und so hoch gestiegene

Bayer seinen tiefsten Fall erlebte. Über die „Spiegel“-Affäre kam es zum Auszug der FDP aus der Koalition. Strauß mußte sich von Adenauer sagen lassen, daß er zurücktreten müsse, weil sonst weder mit der FDP noch mit der SPD eine Koalition zu bilden sei.

Ein neuer Abschnitt im Leben des Politikers Strauß begann. Aus der „Spiegel“-Affäre verblieb ihm bis zum heutigen Tag die wechselseitige Feindschaft mit der FDP. Verblieb ihm auch die persönliche Gegnerschaft gegenüber dem damaligen Außenminister Gerhard Schröder. Seine Rolle in der Gruppe der FDP-Geschädigten – Adenauer, Brentano, Barzel und Strauß – war bedeutend. Ludwig Erhard bekam das zu spüren, als Strauß und Barzel sich 1968 daran machten, die Koalition mit der FDP zu sprengen, mit dem Blick auf die Bildung einer großen Koalition mit der SPD.

Als es daran ging, den Nachfolger Erhards zu küren, wußte Strauß, daß er keine Chancen hatte. Er vorhehlte das auch nicht in vertraulichen Gesprächen. Zugleich wußte er, daß angesichts der Fülle der Anwärter – Schröder, Gerstenmaier, Barzel, Kiesinger – die CDU-Abgeordneten unter sich gespalten waren und damit seiner CSU die Rolle des Königsmaniers zuziel.

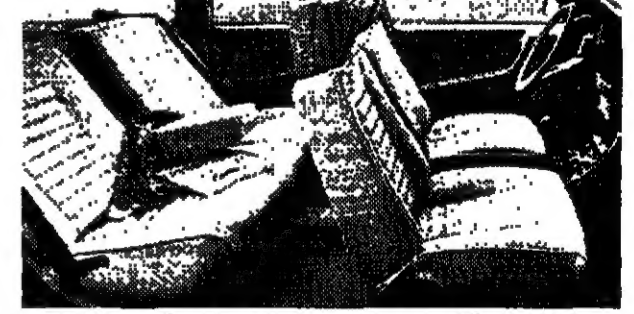
Strauß entschied sich für Kiesinger. Nun kehrte er als Bundesfinanzminister an die Regierung zurück: als ein guter Finanzminister, der in überraschend reibungslosem Zusammenspiel mit Professor Schiller große Erfolge bei der Sanierung des Haushalts vorweisen konnte. Verblüfft haben Freund und Gegner damals diesen Bundesfinanzminister Strauß lobend anerkannt.

Was blieb nach dem Ende der Großen Koalition? Die massiven Versuche von Strauß, sich an die Spitze der Opposition als Kanzlerkandidat zu setzen, sind in aller Erinnerung. Straußens Versuch, seine CSU zur selbständigen vierten Partei zu machen, führte zu mühsam vernarbenden Wunden – der CDU, aber auch des Mannes Strauß. Seine Kandidatur für das Kanzleramt 1980 endete mit einer Niederlage, die ihn schwer getroffen hat. Aber trotz allem bleibt Franz Josef Strauß, wie gerade die letzten Tage gezeigt haben, heute und wohl auch morgen eine deutsche Figur von einem Gewicht, das niemand unterschätzen sollte.

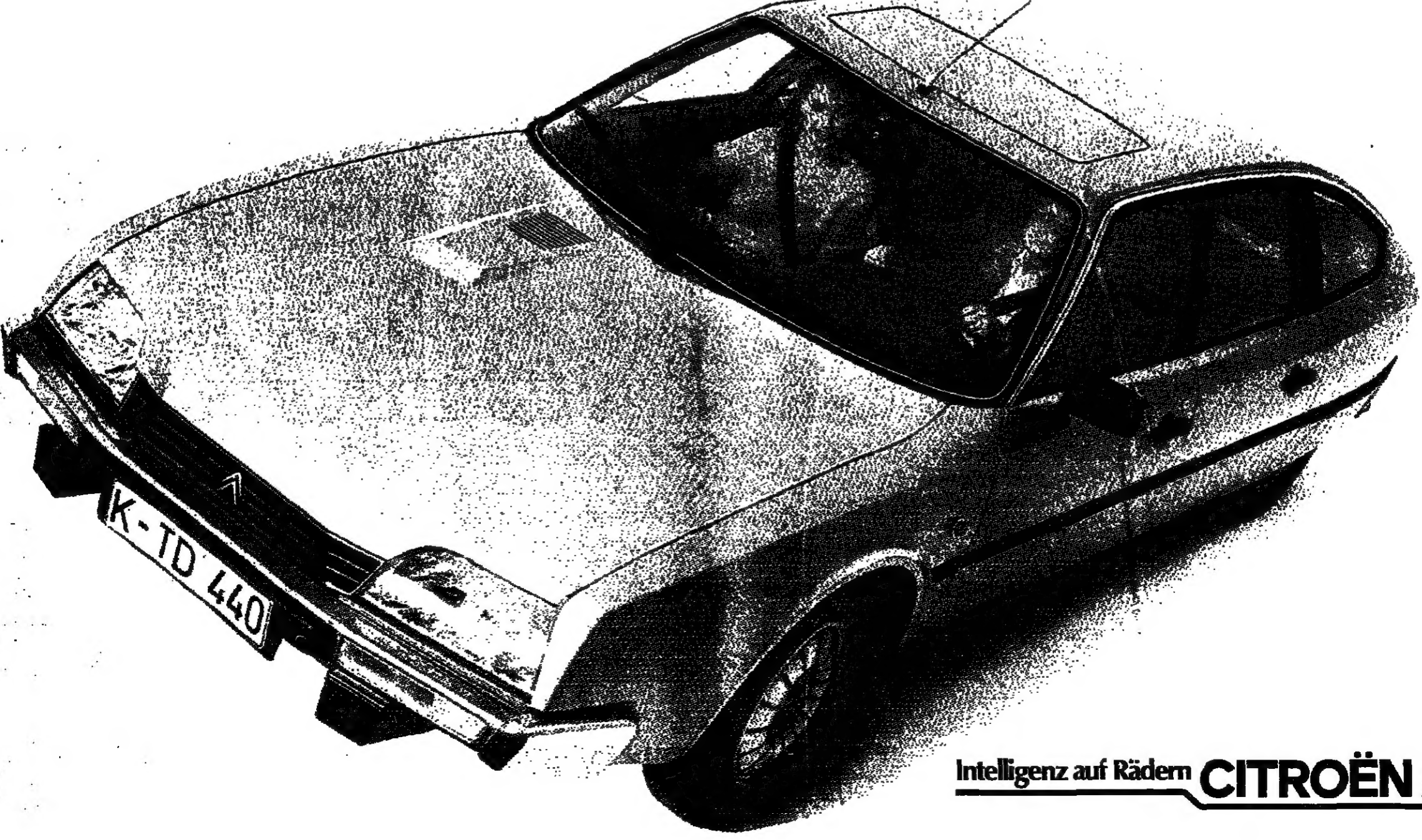
DIE SCHÖNSTE FORM VERMÖGENSBILDENDER LEISTUNG. DER CITROËN CX.

Wir möchten Ihnen ein besonders lohnendes Anlageobjekt empfehlen. Den Citroën CX. Mit einer luxuriösen Komplettausstattung, die bei manch anderen kräftige Aufpreise kostet. Wer sonst hat schon ab Grundmodell elektrische Fensterheber vorn oder geschwindigkeitsabhängige Servolenkung. Am meisten werden Sie von seiner zukunftsweisenden Sparsamkeit profitieren. Dahinter steht ein komplettes Energiesparprogramm. Erstens die aerodynamische Form zur bestmöglichen Überwindung des Luftwiderstandes. Zweitens die Idee, mit der Aerodynamik ohne Leistungsverlust Motorkraft zu sparen. Denn mit seinem wirtschaftlichen 4-Zylinder-Einspritzmotor ist der CX so schnell wie manches andere Auto mit verbrauchsreichem 6-Zylinder. Und drittens der hohe Fahrkomfort, der einen souveränen Fahrstil ohne nervöses Gasgeben und

hektisches Bremsen bewirkt. Weil die Bedienungsblöcke in Fingertipp-Anordnung und das hydropneumatische Fahrwerkssystem, „Das Denkende Fahr-



werk“, den Fahrer in allen Situationen spürbar entlasten. Das alles bekommen Sie schon ab 22.690,- DM (unverbindl. Preisempfehlung ohne Überführung). In 14 CX-Modellen von 75-128 PS, mit Benzin- und Dieselmotoren, als Limousine, Break und Familie.



Intelligenz auf Rädern CITROËN

Citroën bevorzugt TOTAL

Finnland steht vor langen Koalitions-Gesprächen

Linke Mitte behauptet sich / Grüne erstmals im Parlament

R. GATERMANN, Helsinki
„Meine Befürchtungen sind noch übertroffen worden, die Veränderungen sind größer als erwartet“, so kommentierte der Vorsitzende der Sozialdemokraten und Ministerpräsident Kalevi Sorsa das Ergebnis der finnischen Reichstagswahl. Dabei kann er mit dem Abschneiden seiner Partei durchaus zufrieden sein. Sie baute ihre Position als stärkste Kraft aus. Was Sorsa beunruhigt, sind die teilweise beachtlichen Verschiebungen bei den meisten übrigen Parteien, die die Kabinettsbildung erheblich erschweren.

Die Abstimmung kam einer Protestwahl sehr nahe. Davon zeugt vor allem der sensationelle Aufstieg der Landpartei, eine Ansammlung von Querulanten unter dem Fouljeden Veikko Vennamo und seinem Sohn Pekka. Im neuen Reichstag werden neun Parteien vertreten sein; hinzugekommen sind die Konstitutionelle Rechtspartei und erstmals auch die Grünen.

Wahlgewinner Landpartei

Die Meinungsforscher hatten der konservativen Sammlungspartei einen steilen Aufstieg prophezeit, sie sollte zumindest in den Sozialdemokraten gleichziehen. Zwar stockten die Konservativen ihren Stimmenanteil um 0,5 auf 22,2 Prozent auf, verloren jedoch mit 24 Mandaten (von insgesamt 200) zwei Sitze. Die Sozialdemokraten verstärkten ihre Fraktion um fünf auf 57 Abgeordnete, bei einem Stimmenzuwachs um 2,9 auf 26,8 Prozent. Die Zentrumspartei behielt zwar ihre 38 Mandate; die durch die Fusion mit den Liberalen hinzugekommenen drei Sitze verschwanden jedoch wieder. Der prozentuale Rückgang lag bei 3,3 auf 17,7 Prozent. Der Verlust der Volksdemokraten (Kommunisten und Linksozialisten) war größer als erwartet, um vier auf 14 Prozent, die Fraktion schrumpfte um acht auf 27 Sitze. Die Schwedische Volkspartei verteidigte ihre Position: Sie kam auf 4,6 Prozent (plus 0,4) und gewann 11 Mandate (plus eins). Die Christliche Union dagegen erlitt mit einem Stimmenrückgang um 1,7 auf 3,1 Prozent eine schwere Niederlage, statt neun kann sie nur noch drei Abgeordnete in den Reichstag schicken. Aufgrund einer Wahlgemeinschaft bekam auch die Konstitutionelle Rechtspartei ein Mandat, bei ei-

nem Stimmenanteil von 0,4 Prozent (minus 0,8). Die Grünen, die sich weigern, als Partei aufzutreten, und ihren Wahlkampf auf Umweltschutz und Körperbehinderte konzentrierten, sicherten sich 1,5 Prozent der Stimmen und belegten damit zwei Sitze.
Der große Wahlgewinner, die Landpartei, hatte einen Zulauf von fast allen übrigen Parteien zu verzeichnen, insbesondere aber vom Zentrum, den Volksdemokraten und der Christlichen Union. Ihr Vormarsch ist nur noch mit ihrem großen parlamentarischen Durchbruch von 1970 zu vergleichen. 1979 lag sie bei 4,6 Prozent, noch im Januar 1983 waren es nur 2,7 und jetzt kletterte sie auf 9,7 Prozent und verstärkte ihre Fraktion von sechs auf 17 Mandate.

Protest gegen Etablierte

Die Reichstagswahl gilt in erster Linie dem Kandidaten, erst dann folgt die Partei. Deshalb konkurrieren auch die Anwärter derselben Partei gegeneinander um die Wahlgunst. Eine Absicherung wie in der Bundesrepublik über die Landesliste gibt es in Finnland nicht. Das hatte diesmal zur Folge, daß ein Drittel der 200 Abgeordneten kein neues Vertrauen erhielt, darunter vier bisherige Minister.
Diese Tatsache und der Ansturm auf die Landpartei sind die deutlichsten Protestzeichen gegen die in den letzten Monaten aufgedeckten Spieskandale einiger Parlamentarier, ihre Verwicklung in Bestechungsaffären und den sich allgemein ausbreitenden Mißmut über die etablierten Politiker. Diesem Trend fiel allerdings auch Johannes Virolainen, bisher Parlamentspräsident und vor einem Jahr noch der Kandidat der Zentrumspartei für den Posten des Staatsoberhauptes, zum Opfer. Er mußte nach 38jähriger Reichstagszugehörigkeit seine politische Karriere mit einer bitteren Niederlage beenden.
Niemand vermag heute zu sagen, wie das neue Kabinett aussehen wird. Finnland wurde bisher von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und der Schwedischen Volkspartei regiert; bis Ende 1982 saßen auch die Volksdemokraten im Kabinett. Sowohl das Zentrum als auch die Volksdemokraten ziehen derzeit allerdings die Oppositionsrolle vor und von einer rot-blauen sozialdemokratisch-konservativen Koalition verspricht sich Sorsa keinen größeren Erfolg.

„Afghanen erleben durch Folter buchstäblich die Hölle auf Erden“

Betroffene über sowjetische Verhörmethoden / Hunderttausende ohne Prozeß hingerichtet

Von WALTER H. RUEB

Im großen Saal des Osloer Gewerkschaftshauses hielten zweihundert Menschen den Atem an. Nur das Surren der Fernsehkameras war zu hören, Journalisten saßen mit versteinten Gesichtern da, weinende Frauen und Männer vergruben ihre Gesichter in den Händen: der ehemalige Oberst der afghanischen Polizei, Mohammad Ayroub Assil, sagte im Internationalen Afghanistan-Bearing über die Schreckensherrschaft der Sowjets in Kabul aus.

„Nach der Invasion sowjetischer Truppen änderten sich Form und Ziel der afghanischen Polizei“, sagte Assil. „Die Sowjets allein sind nun die Chefs. Sie geben die Befehle im Innenministerium ebenso wie bei der Verkehrsregelung. Die Polizei dient nur noch zur Realisierung der sowjetischen Ziele. Konfiszierung von Eigentum ist normal und geschieht laufend, Verfolgung, Plünderung und Folter sind an der Tagesordnung. Um das ungestört tun zu können, wurden viele alte Polizeibeamte versetzt, pensioniert und getötet. Die alten Rechtsgriffe wurden umgekehrt oder außer Kraft gesetzt. Alles, was dem Interesse des kommunistischen Staates schadet, wird als Verbrechen betrachtet. Wehe dem, der als Verbrecher abgestempelt ist. 12 000 Menschen wurden allein im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums zu Tode gefoltert. 10 000 gelten als vermisst. Hunderttausende wurden hingerichtet – ohne Prozeß, Verteidiger und Urteil.“

Tod als Gnade

Ehe die vermeintlichen oder wirklichen Regimegegner der Gnade des Todes teilhaftig würden, erleben sie nach Angaben von Assil bei schrecklichen Folterungen buchstäblich die Hölle auf Erden. Unter Befehl des KGB und mit Hilfe von Spezialisten aus der „DDR“ sei ein komplettes Instrumentarium der Gewalt und Qualerei entstanden.
Gefoltert wird oft mit Elektrostäben“, sagte Assil. „Sie gleichen Fahrradpumpen. Bei Männern sind die Genitalien, bei Frauen die Brüste die hauptsächlichen Ziele. Ein beliebtes Foltermittel ist es, den Häftlingen die Verrichtung der Notdurft zu verbieten oder diese nur vor Augenzeugen zuzulassen. Das demütigt und ist eine beachtliche psychologische Maßnah-

me. Beliebt ist es auch, den Häftlingen Holzstücke in den After zu stoßen, an Bärten die Haare büschelweise auszureißen, in den Mund zu urinieren oder die Häftlinge kopfüber an die Decke zu hängen. Oft werden Gefangene in feuchte oder infernalisch laute Verliese gesperrt. Es gibt auch Fälle, wo scharfe Schäferhunde auf die Häftlinge gehetzt werden – mit der Drohung, entweder zu gestehen oder zerrissen zu werden.“

Oberst Assil nannte die Schauplätze der Folterungen: „Die wichtigsten befinden sich im Zimmer des Gefängnis-Direktors und im schallgedichteten Saal 66 des Innenministeriums... Im Saal 66 wohnte ich im März 1980 der Folterung einer im achten Monat schwangeren Frau bei. Auf einen Spezialstuhl geschmalt, wurden ihr Holzstücke und Nägel in die Vagina gestoßen... Nie werde ich ihr Schreien vergessen... Auf einem zweiten Stuhl mußte ihr Ehemann die entsetzliche Tortur mit ansehen...“

Über die grausamen Aktivitäten der Folterknechte im Gefängnis Pol-e-Charki sagte auch der 18jährige Student Tamim Ahmad Tayyeb aus. Er hatte sie wegen seiner Kontakte zum Widerstand am eigenen Leib erfahren. „Bei der Geheimpolizei sind Beweise erwünscht, deshalb wird zu Folterungen gegriffen“, sagte Tayyeb. Er zählte weitere Foltermethoden auf: Hinderung am Schlaf während 10 bis 14 Tagen, Ausreißen von Fingernägeln, Brechen von Armen und Beinen.

„Schlimm waren im Pol-e-Charki die Raumverhältnisse. In einer Zelle für 10 Personen drängten sich 30 Menschen, für 300 Personen gab es nur zwei Toiletten, und im Block 2 waren statt 300 Personen deren 4500 zusammengepfercht... Und unter den Häftlingen wimmelte es von Spionen...“

Der Student Mohammed Seddig Mosadeq sah im Gefängnis zwölfjährige Häftlinge, einmal gar eine inhaftierte Familie mit Kindern von 5 und 7 Jahren. „Ich selbst war sieben Monate im Gefängnis. Zwei Monate lang wurde ich verhört und gefoltert, einmal mit brühendem Wasser überschüttet...“

„Allein in Kabul haben KGB und afghanische Geheimpolizei sechs Verhör-Stationen. Im ganzen Land sind es 17. Es gibt niemals Freisprüche, doch ab und zu Freilassungen. Die Urteile reichen von

zwei bis 18 Jahren Gefängnis. Viele bekommen lebenslang oder die Todesstrafe...“, sagte Mosadeq.

Erschütternd war auch die Aussage der 23jährigen Studentin Farida Ahmad, Mitglied der „Revolutionären Liga der Frauen Afghanistans“. Sie landete im Gefängnis, weil sie auf dem Universitätsgelände ein Protestflugblatt gegen den sowjetischen Terror aufgehoben hatte...

Sie sagte, daß Spezialisten aus der „DDR“ die afghanischen Polizisten mit wirksamen Verhörmethoden bekanntmachten. Die Deutschen folterten nicht persönlich, würden aber stets die empfehlenswerte Foltermethode nennen...

Tagelanges Stehen

Nach Angaben von Farida Ahmad gibt es im Gefängnis Pol-e-Charki berüchtigte Räume des Schreckens. Da hängen in dunklen Fluren, welche die Häftlinge auf dem Weg zum Verhör passieren müssen, Vorhänge voll Blut, und da stehen Tische mit abgehakten Fingern, Händen, Armen und Beinen sowie ausgestochenen Augen...

„Ich hatte davor keine Angst“, sagte Farida. „Als Medizinstudentin hatte ich Derradiges schon mal gesehen. Andere aber verloren buchstäblich den Verstand... Dennoch erlebte auch ich Grausames: Ich mußte zuschauen, wie Bäuerinnen mit Elektroschocks gequält wurden, um ihnen Gegenstände zu entlocken. In meiner Gegenwart wurde einem Häftling zu Musik ein Auge ausgerissen, schließlich ein Säugling erwürgt. Ich selbst bekam Elektroschocks und wurde zum dauernden Stehen verurteilt. Tagelang durfte ich mich nicht von der Stelle rühren. Nach fünf Tagen konnte ich nicht mehr stehen. Ich fiel dauernd hin. Dann platzen meine Venen...“

Nach vier Monaten wurde Farida überraschend aus dem Gefängnis entlassen. „Das geschah in der Hoffnung, daß ich die Polizei auf die Spur meiner Widerstandsorganisation führen werde“, vermutet sie. „Dafür wanderten mehrere Mitglieder meiner Familie ins Gefängnis. Ich aber ging nach Herat, wo sich die Frauen mit der Waffe in der Hand am Kampf gegen die sowjetischen Unterdrücker beteiligen. Denn eines habe ich erkannt: Weinen ist eine schlechte Waffe gegen die Russen.“

Falin drängt: Bonn soll sich endlich entscheiden

Raketenfrage entscheidet über Verhältnis zu Moskau

C. GUSTAF STRÖHM, Wien
Mit einem Kommentar zur Lage der Bundesrepublik Deutschland nach den Wahlen hat sich Valentin Falin, Ex-Botschafter Moskaus in Bonn und jetziger politischer Beobachter der sowjetischen Regierung, „Iswestija“, in seinem neuen Medium zu Wort gemeldet. Falin wurde vom neuen sowjetischen Parteichef Andropow als stellvertretender Leiter der Abteilung für Informationen des ZK der KPdSU abgesetzt. Anders als sein unmittelbarer Vorgesetzter Leonid Samjatin, der als Botschafter nach Algerien abgeschoben wurde, ist er zwar offenkundig degradiert, aber nicht ganz aus dem Verkehr gezogen worden. Er darf in der sowjetischen Regierungszeitung die Deutschlandpolitik des Kreml interpretieren.

Falin beginnt, wie es der Moskauer Linie nach dem 6. März entspricht, mit einem Lob auf die „Grünen“. Er bezeichnet diese Gruppierung als „Partei, welche gegen den atomaren Rüstungswettlauf antritt“.

Für die SPD, deren Spitzenpolitiker einst von Falin während seiner Bonner Botschafterjahre umworben wurden, hat der „Iswestija“-Autor nicht mehr viel übrig. Er räumt sogar ein, die CDU/CSU hätte den „ökonomischen Faktor“ im Kampf um die Macht zielstrebig ausgenutzt als die Sozialdemokraten.

Falin läßt es nicht an düsteren Drohungen gegen die Bundesregierung fehlen. Die Geschichte habe gelehrt, so sinniert er, daß es Fälle gebe, in denen die Wähler, motiviert von „egoistischen Interessen“, den bourgeoisien Regierungen einen „Blankoscheck“ ausstellen, ohne sich über die Folgen Gedanken zu machen – „sogar, wenn diese Folgen Krieg oder erhöhte Kriegsgefahr bedeuten“.

„Friedliebende Macht“

Wer nun aber glaubt, Falin werde im Namen der großen Sowjetunion die neue Bonner Bundesregierung als „Kriegskabinet“ verdammten, der irrt sich. Im Gegenteil: Der sowjetische politische Beobachter nimmt die Kurve und erklärt plötzlich, daß die Sowjetmächte der Regierung Kohl Erfolg bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme wünschen...

Dieser Erfolg, so schränkt Falin allerdings sofort ein, sei aber keineswegs garantiert. Die Schaffung

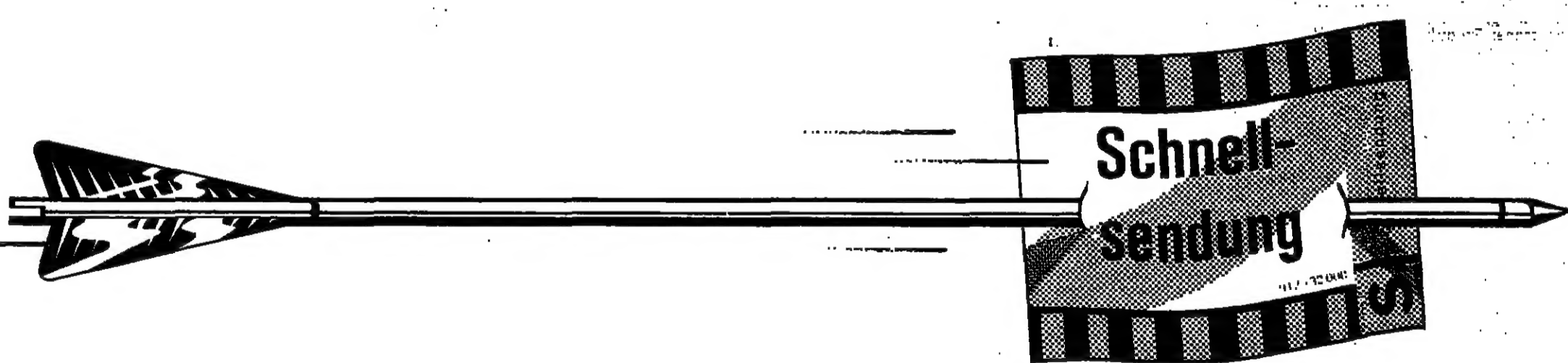
eines einzigen neuen Arbeitsplatzes koste 40 000 bis 50 000 Mark – und dieses Geld sei nur zu verdienen, wenn die internationale Situation dem nicht entgegenstehe. Anders gesagt: Wenn die Regierung Kohl sich nicht gegenüber den sowjetischen Wünschen konform verhält, könnte Moskau das internationale Klima so verschlechtern, daß aus der Sanierung der bundesdeutschen Wirtschaft und einem Erfolg Helmut Kohls nichts wird.

Damit kommt Falin zum sowjetischen Hauptthema, zur Nachrüstung mit den amerikanischen Pershing-Raketen. Auch Konrad Adenauer habe seinerzeit einsehen müssen, daß in den fünfziger Jahren stürmische Proteste der westdeutschen Bevölkerung gegen die Installation von Waffen einsetzten, welche auf Moskau gerichtet waren. Adenauer, so Falin, habe sich dann dazu durchgerungen, die Sowjetunion als „friedliebende Macht“ zu bezeichnen.

Kurs deutlich festgelegt

Die Westdeutschen, so meint Falin, hätten auch jetzt noch die Wahl – „zwischen guter Nachbarschaft und Gegendern, zwischen Übereinstimmung und Streit“. Es gehe darum, ob sie den Amerikanern bei der „Sabotage“ der Abrüstung helfen oder durch Taten ihrer Sorge um den europäischen Frieden Ausdruck verleihen wollten. Auch wenn die Unionsparteien ihre SPD-Gegenspieler in der Raketenfrage taktisch überspielt hätten – das Problem sei auch für die neue Bundesregierung nicht zu umgehen. Schicksalsschwer verkündet Falin: „Die Frage der Raketen, der künftigen europäischen Sicherheit und damit der Sicherheit der BRD klopft ohne Aufschub an die Bonner Tür.“

Somit hat Falin – der seinen Artikel sicher nicht ohne genaue Abstimmung mit der Kreml-Führung verfaßte – den Moskauer Kurs gegenüber der Kohl-Regierung recht deutlich festgelegt. Der Kreml wird, mit außerparlamentarischen Mitteln (Demonstrationen, Friedensmärsche) auf Bonn Druck ausüben – und gleichzeitig ist Moskau auf der Suche nach „realistischen“ Kräften innerhalb der Unionsparteien, die sich von Amerika distanzieren und eine sowjetfreundlichere Politik propagieren können. Ein Falin mit doppeltem Boden hat sich da seinen Lesern präsentiert.



Schnell, schneller, Schnellpaket.

Wenn Ihre Pakete oder Päckchen schneller als schnell sein sollen: Schnellsendung! Dann sind Ihre Sendungen im allgemeinen am nächsten Tag da. An Werktagen – also auch samstags – werden sie sogar bis 21 Uhr

zugestellt! Und an Sonn- und Feiertagen bis 12 Uhr mittags. Sprechen Sie doch mal mit dem Fachmann – Ihrem Kundenberater beim Postamt. Die Rufnummer steht im Telefonbuch unter Post.



... und ab geht die Post.

فارسيا من القبول

ÖSTERREICH

Die Weltwirtschaftskrise ist auch an Österreich nicht spurlos vorbeigegangen. Der Markt für ausländische Produkte wurde schwieriger. Aber für den deutschen Export blieben die Chancen gut. Die geographische Nähe, die gemeinsame Sprache und die Qualität zählen sich aus. Wiens Negativsaldo im Handel mit der Bundesrepublik wird durch den deutschen Touristenstrom weitgehend wettgemacht. Denn Österreich bemüht sich mit Erfolg, das Reiseland par excellence zu sein.

Eine Partnerschaft, die stets harmonisch bleibt

von ROLF SCHÄFER

Die Bundesrepublik Deutschland ist für Österreich nach wie vor der bedeutendste Handelspartner. Der deutsche Anteil an den österreichischen Gesamteinfuhren liegt seit Jahren bei 40 Prozent. Wie exponiert die Wirtschaftsbeziehungen sind, zeigt der Abstand zwischen Deutschland und Italien, dem zweitgrößten Handelspartner Österreichs. Italien war 1982 mit 30 Prozent an den österreichischen Gesamteinfuhren beteiligt.

Das große Engagement von deutschen Unternehmen beschränkt sich nicht nur auf die Lieferung von Waren. So existieren in Österreich ungefähr 1000 deutsche Tochterunternehmen mit eigener Personalität. Bei 300 bis 400 österreichischen Firmen üben diese Unternehmen maßgeblichen Einfluss aus.

Die Weltwirtschaftskrise ist auch Österreich nicht spurlos vorbeigegangen. In ihrem Gefolge ist der Markt für ausländische Produkte schwieriger geworden. So wird auch der Arbeitsmarkt zunehmend gegenüber dem inländischen Verbraucher belastet. Einheimischen Produkten Vorzug zu geben. Dies ist sicherlich ein Hemmnis, mit dem die österreichische Exportwirtschaft zurecht kommen muß.

Allerdings hat sich Qualitätssicherung immer noch durchgesetzt. Ansonsten bietet der österreichische Markt dem deutschen Exporteur nicht zu verkennende Vorteile. Dazu zählen der große Bekanntheitsgrad deutscher Produkte, die geographische Nähe, die gemeinsame Sprache und ziemlich kostenlose Einfuhrmodalitäten, die den mittelständischen Betrieben das Wagnis des Exportgeschäfts auf sich nehmen wollen, in Österreich als anders möglich, ihre Waren absetzen.

Die Ausfuhr ist nicht problematisch.

Dem Exportwilligen steht eine große Palette von Vertriebsformen zur Verfügung. Direkte Ausfuhrleistungen an einen österreichischen Unternehmer lassen sich recht problemlos abwickeln, wenn alle Vorschriften des Zoll- und Ursprungsrechts eingehalten werden. Aus der Abgrenzung des Österreichischen Exportes ergeben sich allerdings gewisse Schwierigkeiten im Agrarbereich und bei Drittlandware. Ein Kennzeichen ist auch auf das österreichische Umsatzsteuerrecht zu achten. Grundsätzlich ist nur der österreichische Abnehmer bei direkter Lieferung an ihn zum Zug der Einfuhrumsatzsteuer schuldig, und zwar unabhängig davon, wer sie entrichtet hat. Ebenso muß beachtet werden, daß bei einem Ausfuhrgeschäft als

weitere Eingangsabgabe ein Ausfuhrumsatzsteuerbeitrag von 3 Promille vom Warenwert vom österreichischen Zollamt erhoben wird. Es kann daher einem potentiellen Exporteur geraten werden, möglichst nicht „frei Haus“ zu liefern. Hieran ändert sich auch nichts, wenn das deutsche Unternehmen zum Vertrieb seiner Produkte Importeure/Eigenhändler oder Handelsvertreter einschaltet und diese direkt beliefert. Sie sind dann die Abnehmer der Lieferung.

Von den deutschen Lieferfirmen wird im allgemeinen der Vertriebsweg über einen Importeur/Eigenhändler bevorzugt. Vielfach wird dem österreichischen Händler dabei die Führung des Firmennamens und eines Markenzeichens gestattet. Diese Vertriebsform ist ein beliebtes Mittel, um die Reaktion des Marktes auf die Einführung des Produktes zu beobachten, bevor später eine eigene Vertriebsgesellschaft (in der Regel eine GmbH) gegründet wird. Da der deutsche Unternehmer bei Einschaltung eines Eigenhändlers keinen Einfluss auf die Marktbearbeitung hat, sollte eventuell eine Mindestabnahme oder ein Verkaufsziel als Vertragspflicht vereinbart werden.

Bei der Einschaltung eines Handelsvertreters gestaltet sich die Geschäftsbeziehung sowohl für den Geschäftsführer als auch für seinen Auslandsvertreter ertragreicher, je reibungsloser sie funktioniert. Die gesetzliche Rechtsgrundlage, das Handelsvertreterrecht, ist in beiden Ländern vielfach gleich, zumindest aber wesensverwandt.

Allerdings sollte im Interesse einer gedeihlichen Zusammenarbeit der Unternehmer nicht auf den vorherigen Ausschluß des Auslandsanwärters drängen, den der Handelsvertreter nach Beendigung des Handelsvertreterverhältnisses hat. Im Gegensatz zum österreichischen Recht ist dies nämlich nach deutschem Recht möglich. An und für sich empfiehlt es sich, wegen der jeweiligen Besonderheiten einer jeden Geschäftsbeziehung einen schriftlichen Individualvertrag abzuschließen. Darin sollte zunächst die maßgebliche Rechtsordnung und der Gerichtsstand vereinbart werden.

Eine Vereinbarung über die Anwendung der maßgeblichen Rechtsordnung sollte auch bei der Anstellung eines Reisenden erfolgen. Die Einschaltung eines Reisenden gehört zu den Vertriebsformen mit firmeneigenem Apparat; hierdurch wird besonders der persönliche Verkehr mit dem Abnehmer gepflegt. Der Reisende ist Angestellter eines deutschen Unternehmens, der seine Tätigkeit von einem in Österreich gelegenen Wohnsitz ausübt und den österreichischen Steuer- und Sozialversicherungsgesetzen unterliegt.

An Vorschriften des österreichischen Arbeitsrechts, die zwingend zur Anwendung kommen, sind vor allem Schutzbestimmungen sozialpolitischer Art, z. B. solche des

Angestelltengesetzes und des Urlaubsgesetzes zu nennen. Bei der Ausübung seiner Tätigkeit sind insbesondere gewerberechtliche Schranken zu beachten. Der Reisende benötigt so lange keine Gewerbeberechtigung, wie er nur Bestellungen für seinen deutschen Arbeitgeber sammelt und entgegennimmt.

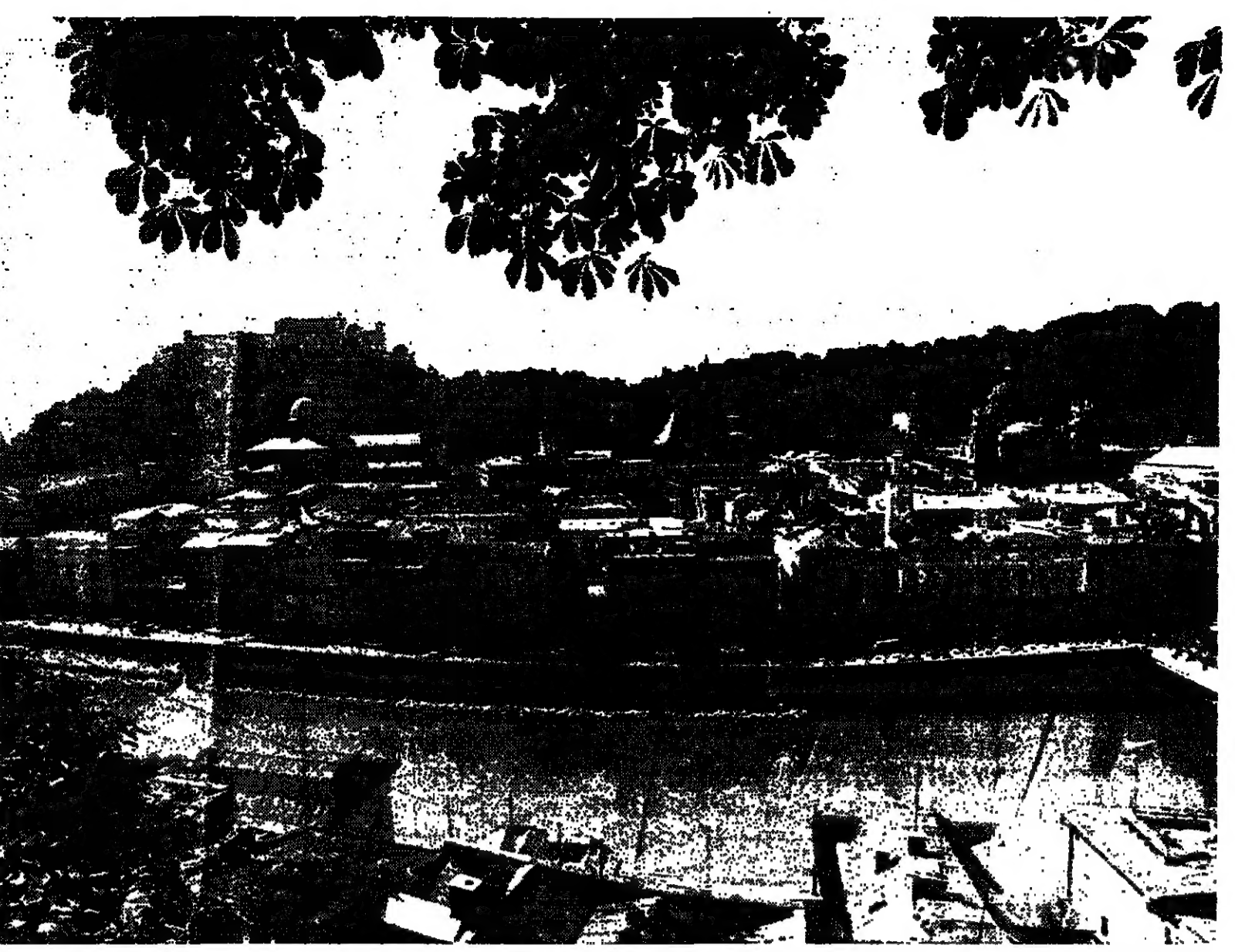
Gewerberechtliche Besonderheiten treten auch dann auf, wenn das deutsche Unternehmen Liefergeschäfte über ein österreichisches Auslieferungslager abwickelt. Sobald rechtliche und/oder wirtschaftliche Verfügungen über die gelagerte Ware nicht mehr vom Ausland aus, sondern in Österreich durch einen Lagerhalter, Handelsvertreter oder Angestellten getroffen werden, ist das Lager im gewerberechtlichen Sinne eine Betriebsstätte.

Dies hätte u. a. zur Folge, daß ein gewerberechtlicher Geschäftsführer mit Wohnsitz in Österreich bestellt werden müßte, der über die entsprechenden Branchkenntnisse in Form eines Befähigungsnachweises verfügt, und daß dieses Lager in Österreich ertragssteuerpflichtig wird.

Leichter Weg zu eigener Tochter

Die Gründung einer Tochtergesellschaft in Österreich ist in allen Formen des Handelsrechts problemlos möglich. Deutsche Unternehmen dürfen zu 100 Prozent eine österreichische Kapitalgesellschaft halten oder sich an jeder anderen Gesellschaft beteiligen. Der Transfer der entsprechenden Kapitalmittel wird durch die österreichische Nationalbank genehmigt, und die bilanziell ausgewiesenen Gewinne können nach Deutschland überwiesen werden. Die vertretungsberechtigten Organe einer Gesellschaft – falls sie nicht zugleich die gewerberechtlichen Geschäftsführer sind – brauchen nicht ihren Wohnsitz in Österreich nehmen. Die persönliche Gesellschaft einer österreichischen Personengesellschaft (OHG, KG) sind in der Kranken- und Pensionsversicherung pflichtversichert, auch bei ausländischem Wohnsitz. Bei Vertriebsunternehmen muß auch hier ein „gewerberechtlicher Geschäftsführer“ bestellt werden.

Die Deutsche Handelskammer in Österreich verfügt über ein reichhaltiges Angebot an Informationsmaterial in Form von Merkblättern, Abhandlungen und Broschüren, das sie nicht nur an ihre Mitgliedsfirmen, sondern auch an andere interessierte Unternehmen abgibt. Darüber hinaus steht sie mit individueller persönlicher Beratung sowie der in Österreich besonders wichtigen Kontaktvermittlung allen anfragenden Unternehmen zur Verfügung.



Blick vom Kapuzinerberg auf die Festung Hohensalzburg

Foto: Klaus J. Kaffebis

Weltweites Problem Protektionismus

Von KARL PALE

Obwohl die westlichen Industriestaaten darunter Österreich dem freien Wettbewerb das Wort reden, so haben sie diesem gegenüber doch eine eher ambivalente Einstellung. Zwar sinken die Zölle weltweit, doch werden zur gleichen Zeit andere Handelsbarrieren errichtet. Die meisten Länder sind heute bereit, den freien Welthandel hinter sich zu stellen und statt dessen ihre nationalen Süppchen zu kochen. Allerdings übersehen sie, daß die solchermassen erzielten Erfolge nicht von langer Dauer sind.

Seit einigen Jahren weist der Welthandel deutlich geringere Wachstumsraten auf. Betrug die durchschnittliche Wachstumsrate der Weltexporte in den Jahren 1968 bis 1973 noch 8,5 Prozent, so waren es 1973 bis 1980 nur mehr 4 Prozent. Diese Entwicklung läßt sich teilweise auf die hartnäckige Rezession zurückführen. Auch die Schwankungen der Wechselkurse, hervorgerufen vor allem durch die unbeständigen Kapitalströme, tragen nur wenig zu günstigen Handelsbedingungen bei. Schließlich spielt auch der Protektionismus eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Eine Studie, erschienen im Londoner National Institute of Economic and Social Research, beziffert den Anteil der Beschränkungen jeder Art unterliegenden Außenhandels am gesamten internationalen Handel der OECD-Staaten im Jahre 1974 mit 40 Prozent und 1980 bereits mit 48 Prozent. Besonders stark sind die Fertigungswaren vom freien Markt abgeschnitten worden. Hier stieg der Anteil von 18 auf 23,5 Prozent. Berücksichtigt man die Barrieren, die in den letzten beiden Jahren noch hinzukamen, nähert man sich einem 30prozentigen Anteil.

Derzeit sind rund 20 Prozent der Arbeitskräfte in den Industriestaaten im Exportsektor beschäftigt. Eine Verlagerung hin zu Branchen mit höherer Produktivität und somit besseren Wettbewerbsvoraussetzungen – zuzug auf der Gesamtwirtschaft, da die Produktionsfaktoren effizienter eingesetzt werden. Auch die Rückzahl-

lung internationaler Kredite – die Dritte Welt ist mit über 200 Mrd. US-\$ am Euromarkt verschuldet – stützt sich auf Exporterlöse. Überdies sorgt der internationale Wettbewerb für ein niedriges Preisniveau.

Dies setzt allerdings voraus, daß die ökonomischen Rahmenbedingungen stimmen. Wachsen etwa die Reallohn schneller als die Produktivität, so wird diese ungleichgewichtige Entwicklung zu vermehrten Importen und zu einem steigenden Preisniveau führen. Die in Relation zum Ausland ungünstige Kostenstruktur drückt auf die Gewinne und beeinträchtigt das Investitionsklima. Schützt man sich daraufhin vom Ausland ab, verschwinden zwar die Symptome, die grundsätzliche Fehlentwicklung wird jedoch nicht korrigiert.

Ein Gutteil der Argumentation für protektionistische Maßnahmen läßt sich auf eine solche Konstellation hoher Inflationsraten und überhöhter Wechselkurse zurückführen. Ein Beispiel sind die Handelsbeziehungen USA-Japan. Die Stärkung des US-Dollars gegenüber dem Yen und die hohen amerikanischen Inflationsraten brachten den amerikanischen Unternehmen beachtliche Nachteile, die den Ruf nach staatlichen Interventionen laut werden ließen.

Nur kurzfristige Wirkungen

Bei der Forderung nach Protektion stehen weniger Leistungs- und Bilanzfragen sondern kurzfristige Beschäftigungswirkungen im Vordergrund der Argumentation. Daß eine protektionistische Wirtschaftspolitik durchaus Wohlfahrtseffekte in einer unterbeschäftigten Wirtschaft haben kann, beschrieb bereits Keynes in seinen „Notes on Mercantilism“. Der erhöhte Geldzufluß bzw. der verminderte Geldabfluß bewirkt ein sinkendes Zinsniveau, welches die Investitionen begünstigt, so daß eine höhere Beschäftigung erzielt werden kann. Auf diese Art und Weise

werden inländische Wirtschaftsprobleme in das Ausland exportiert. Diese „beggar my neighbour“-Politik, wie es Joan Robinson bezeichnet hat, führt unweigerlich zu Retorsionsmaßnahmen der betroffenen Staaten. Noch haben wir dieses Stadium der gegenseitigen Übervorteilung wie in den 30er Jahren nicht erreicht. Doch versucht man bereits recht massiv den der Weltwirtschaft exponierten Sektor zu schützen.

Keine optimale Ausnutzung

Beispiele solcher protektionistischer Maßnahmen gibt es genügend. Daneben geraten auch die weltweit gehandhabten Subventionen und Exportförderungen in immer stärkeren Verfall. Überdies verbreitet sich zusehends eine Politik der Drohungen. Unter Androhung eigener Handelsanktionen werden „freiwillige“ Exportbeschränkungen ausgehandelt, oder es wird als zweite Variante der Abwehr ausländischer Handelshemmnisse verlangt.

Die Einfuhrbeschränkungen verschärfen zusätzlich die Leistungsbilanzprobleme der Entwicklungsländer, die bereits unter dem Verfall der Rohstoffpreise gelitten haben. Die stark subventionierte Landwirtschaft der Industriestaaten erschwert den Entwicklungsländern den Agrarexport. Die jungen Industrien der Schwellenländer werden von den Schutzmaßnahmen des Nordens in Mitleidenschaft gezogen. Der resultierende Devisenmangel beschränkt den Import notwendiger Investitionsgüter. Zu diesen Aspekten des realen Sektors gesellen sich die Auswirkungen auf den monetären Sektor, die jedoch nicht auf die Entwicklungsländer beschränkt bleiben.

Die aus den Leistungsbilanzdefiziten resultierenden Zahlungsschwierigkeiten haben die Finanzvestitionen begünstigt, so daß eine weit bereits stark erschütterte Zahlreichen Umschuldungen ver-

unsicherten die Kreditgeber. Die Gefahr eines möglichen Zusammenbruchs des internationalen Finanzgefüges ist Anlaß zahlreicher Diskussionen gewesen.

Neben diesen unmittelbaren Auswirkungen ist auch mit längerfristigen Konsequenzen zu rechnen. Die Absicherung der inländischen Wirtschaft beeinträchtigt die optimale Ausnutzung der Ressourcen. Es besteht kein unmittelbarer Anlaß zu strukturverbessernden Maßnahmen. Damit fehlt aber auch der Grundstein für künftiges Wachstum. Ganz im Gegenteil, es wird einer gefährlichen Spirale der Weg bereitet. Verhindert man die Einfuhr moderner Werkzeuge, um den Absatz der eigenen alten nicht zu gefährden, muß auch in Kauf genommen werden, damit weniger hochwertige Produkte zu erzeugen, die ihrerseits auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind. Daher wird neuerlich der Schutz weiterer Branchen gefordert werden. Mit dieser Entwicklung gehen unvermeidlich reale Einbußen einher, so daß das Land letztendlich ärmer sein wird und sich mit einem niedrigen Wohlfahrtsniveau begnügen muß.

Erfolg für offene Systeme

Offene Wirtschaftssysteme weisen bessere ökonomische Erfolge auf, sie haben aber auch den Nachteil, daß sie gegenüber einer wirtschaftspolitischen Klimaveränderung im „Rest der Welt“ verletzbar sind. Da die meisten Vorteile des freien Handels sich auf den einzelnen nur geringfügig und auch mit langen Verzögerungen auswirken, ist es um so wichtiger, den „schnellen“ Lösungen, die der Protektionismus scheinbar bietet, den ihnen zustehenden geringen Stellenwert beizumessen und auf die längerfristigen Wachstumschancen zu setzen.

Karl Pale ist Generaldirektor der österreichischen Güterzentrale, Wien

100 JAHRE IM DIENSTE DES KUNDEN

ÖSTERREICHISCHE POSTSPARKASSE

1883 - 1983



Gouverneur Dipl.-Kaufmann Kurt Nöbinger führt sich heute dem Gründungsgedanken verpflichtet, eine Sparkasse für alle Bevölkerungsgruppen anzubieten.



Das Hauptgebäude der PSK am Georg-Coch-Platz in Wien



Dr. Georg Coch entwarf das Postsparkassengesetz, erlangte den Postsparkassenvertrag und wurde zum ersten Direktor des Instituts bestellt.

gut gekauft in Österreich

Auf Qualität aus Österreich kann man sich verlassen. Ob es Maschinen oder komplette Industrieanlagen sind, ob Erzeugnisse der Elektroindustrie, der Chemie, der Textil- und Bekleidungsindustrie, Sportartikel, Fahrräder und Mopeds, feine Glas- und Porzellanwaren und vieles andere mehr. Aber nicht nur die Industrie, auch das österreichische Gewerbe hat vieles anzubieten - vor allem kunstgewerbliche Erzeugnisse, modischen Schmuck und viele Dinge des sogenannten gehobenen Bedarfs, die einfach hübsch sind und Freude machen.

* Freude für alle Gäste bereiten auch Ferien in Österreich - im Sommer und im Winter. Da gibt es noch klare Luft und sauberes Wasser, viel Wald, Seen und Flüsse zum Baden, und natürlich Berge. Für erstklassige Unterkunft und Verpflegung ist gesorgt. Auch hier: Qualität, auf die man sich verlassen kann. Man kommt gerne wieder.

gut erholt in Österreich

DER ÖSTERREICHISCHE
HANDELSDELEGIERTE
FÜR DIE BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND
Bockenheimer Landstr. 2/18. Stk.
D-6 Frankfurt a.M.

DER ÖSTERREICHISCHE
HANDELSDELEGIERTE
IN DÜSSELDORF
Heinrich-Heine Allee 22,
D-4 Düsseldorf



DER ÖSTERREICHISCHE
HANDELSDELEGIERTE
IN HAMBURG
Glockengießerwall 14,
D-2 Hamburg 1

DER ÖSTERREICHISCHE
HANDELSDELEGIERTE
IN MÜNCHEN
Promenadeplatz 12,
D-8 München 2

Auf einen Blick

FLÄCHE
83 850 km²
Einwohner
7 546 200 Mio.
STAATSFORM
Bundesstaatliche Republik
STAATSOBERHAUPT
Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger, seit 1974, zuletzt wieder-
gewählt auf weitere sechs Jahre
am 18. Mai 1980.

VOLKSVERTRETUNG
Die österreichische Volksvertretung besteht aus zwei Kammern:

1. Der Nationalrat mit - seit 1970 - 183 vom Volk gewählten Abgeordneten, zuletzt gewählt am 6. Mai 1979 mit folgender Sitzverteilung: SPÖ 95, ÖVP 77 und FPÖ 11 Abgeordnete.
2. Der Bundesrat als Länderkammer mit 58 Mitgliedern, die von den einzelnen Landesregierungen benannt werden.

BUNDESKANZLER
Seit 1970 Bruno Kreisky, der sich am 24. April 1983 als Spitzenkandidat der SPÖ erneut zur Wahl stellt.

WIRTSCHAFT ALLGEMEIN
Österreich ist ein hochentwickeltes Industrieland mit schnell wachsendem Dienstleistungssektor. Die weitgehend verstaatlichte Schwerindustrie und der Fremdenverkehr bilden die Stützen der österreichischen Wirtschaft. Mit einer gewissen Verzögerung schwappen die Wirtschaftsprobleme der europäischen Industriestaaten jetzt auch in die Alpenrepublik.

WICHTIGE ADRESSEN
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Botschaft der Republik Österreich,

Johanniterstr. 2, 53 Bonn 1, Tel. 02 28 - 23 00 51 / 3.
Österreichisches Generalkonsulat, Cecilienallee 43a, 4 Düsseldorf, Tel. 02 11 - 43 41 12.
Weitere Generalkonsulate in Hamburg und München.
Österreichischer Handelsdelegierter

Reisebüro Dr. K. K. K.
Feier für Ihre Werbung
Anforderung: 14
1980 Ausgabe
Postfach 10 20 04
Tel. 052 77 70 91
Telefax 537 85

ter für die Bundesrepublik Deutschland, Bockenheimer Landstr. 2, 6 Frankfurt, Tel. 06 11 - 72 08 66.
Austrian Airlines, Münchner Str. 1, 6 Frankfurt, Tel. 06 11 - 23 09 91.
Österreichische Fremdenverkehrs-

werbung, Roßmarkt 12, 6 Frankfurt, Tel. 06 11 - 29 36 73.
Tessdorffstr. 19, 2 Hamburg 13, Tel. 0 40 - 4 10 20 15.
Rosenthal 21/3, 8 München 2, Tel. 0 89 - 2 60 70 35.
IN ÖSTERREICH
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Metternichgasse 3, 1030 Wien, Tel. 02 22 - 73 65 11 / 8.
Deutsches Generalkonsulat, Bürgerspitalplatz 1, 5020 Salzburg, Tel. 0 62 22 - 4 15 91.
Weitere Generalkonsulate in Graz und Innsbruck.

Deutsche Handelskammer in Österreich - Deutsch-Österreichische Außenwirtschaftskammer - Wiedner Hauptstr. 142, 1150 Wien, Tel. 02 22 - 55 65 / 8.
Austrian Airlines, Kärntner Str. 42, Wien, Tel. 02 22 - 57 56 49 / 56 35 35.



GESPRÄCH MIT KURT NÖSSLINGER / 100 Jahre PSK

Bilanz, die sich sehen lassen kann

Die Prinzipien unseres Gründungsplans gelten noch immer. 100 Jahre nach der Gründung, sagt der Gouverneur der Österreichischen Postsparkasse, Dipl.-Kaufmann Kurt Nösslinger, „Wir sind eine Sparkasse für alle Bevölkerungsgruppen, die Republik haftet für unsere Einlagen und wir fördern und pflegen vornehmlich den öffentlichen Kredit.“

Der Haftungsfall ist noch nicht eingetreten, aber für die Übernahme des Risikos muß vom Gewinn - und das werden 1982 etwa 127 Mio. Schilling sein“, betonte Nösslinger, die Hälfte an den Staat abgeführt werden.

Mußte der Staat bislang noch nicht in Anspruch genommen werden, und die PSK sorgt dafür, daß dieser Fall nicht eintreten wird,

bedienen sich andererseits Bund, Gebietskörperschaften und Gemeinden gerne der Kreditmöglichkeiten, die das in Wien beheimatete Bankhaus anbietet. „Wir sind eine der ältesten Postsparkassen der Welt“, betont Nösslinger nicht ohne Stolz, „vor uns gab es das nur in England. Auch die Deutsche Post hat von uns den Postscheckverkehr und den Postsparkassenverkehr übernommen.“

Heute haben in Österreich 360 000 Bürger ihr Girokonto bei der Postsparkasse. 60 000 Geschäftskonten werden von ihr geführt. Und seit ihrer Unabhängigkeit im Jahre 1970 hat sich die PSK zu einer Universalbank entwickelt.

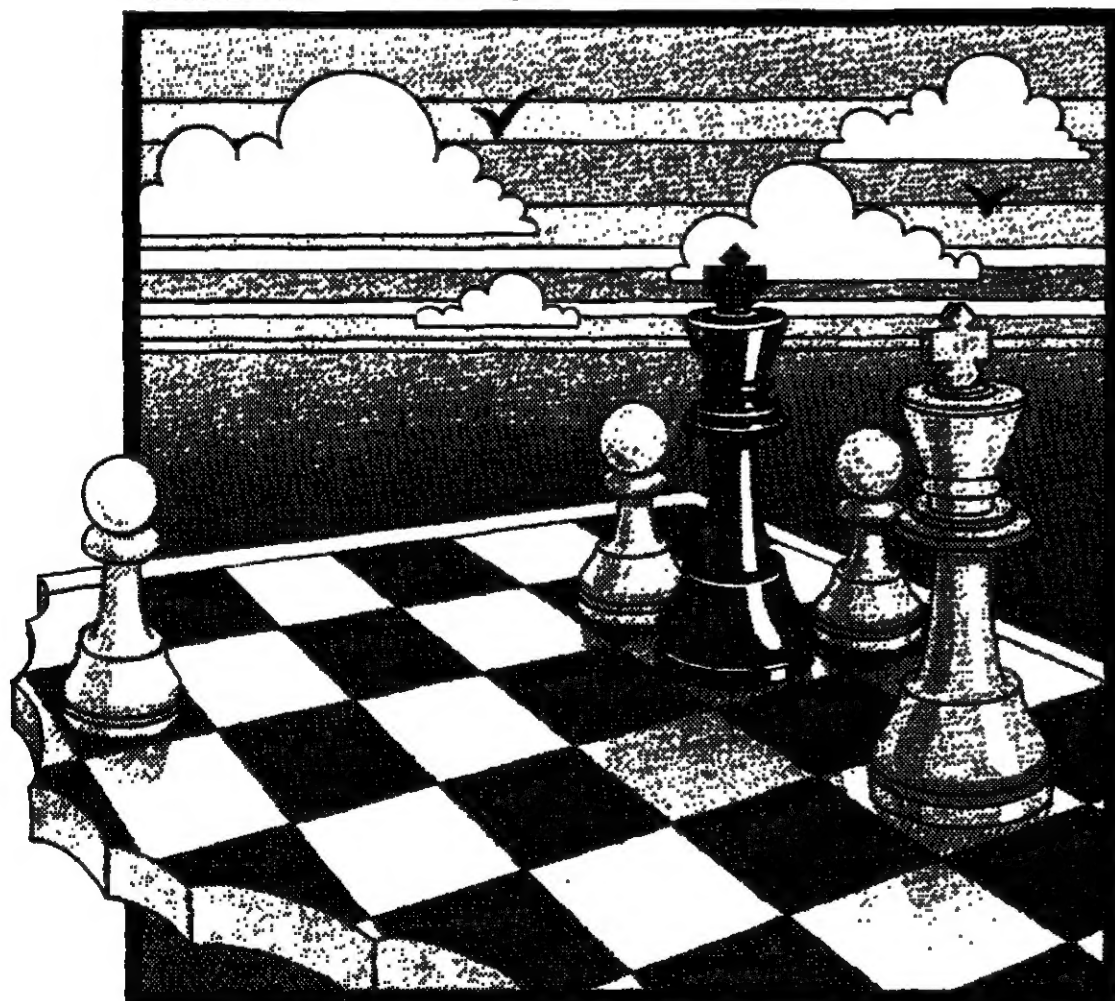
„Wir müssen die Österreichische Post bezahlen, soweit wir ihre Dienste in Anspruch nehmen“, betont der PSK-Gouverneur. „Unse-

re Dienstleistungen reichen von der Abwicklung des Auslandszahlungsverkehrs über Exportfinanzierung bis in den Immobilienbereich, wo wir mit einer Leasingfinanzierungsgesellschaft aktiv sind.“

Heute ist aus der PSK eine richtige „kleine Familie“ geworden. Neben der Leasing GmbH gehören die Tochterbanken PSK Bank und Bankhaus Feichtner dazu und die PSK Datendienst GmbH. Seit ihrer Selbstständigkeit konnte die Bilanzsumme auf derzeit rund 109 Milliarden Schilling mehr als verdreifacht werden.

Kein Wunder, daß Kurt Nösslinger mit Stolz auf die hinter der Postsparkasse zurückliegenden 100 Jahre und mit Zuversicht in die Zukunft schaut.

Lösen Sie es: Weiß ist am Zug und setzt Schwarz in drei Zügen matt.



Wir lösen es: Wie man im internationalen Geschäft zum Zug kommt

Je sorgfältiger die Strategie, desto überlegener die Position. Dies gilt im internationalen Geschäft wie im Schach. Wir, die Creditanstalt, Österreichs führende internationale Bank, sind Profis in sämtlichen Sparten des internationalen Geschäfts. Deshalb können Sie von uns als Partner auch außergewöhnliche Leistungen erwarten.

Wir können Ihnen mit einer Reihe von Dienstleistungen helfen, die wesentlichen Anteil an der erfolgreichen Entwicklung der österreichischen Wirtschaft haben.

Fachleute, auf deren Know-how bereits 90 der 100 führenden Unternehmen des Landes zurückgreifen, stehen zu Ihrer Verfügung.

Und Sie können auf die volle Unterstützung einer Bank bauen, die im vergangenen Jahr für 40% der gesamten österreichischen Exportfinanzierung verantwortlich zeichnete: eine Bank mit der nötigen

Stabilität, Stärke und Erfahrung, um Transaktionen jeder Größenordnung abzuwickeln.

Die internationale Leistungsfähigkeit der Creditanstalt erhält noch eine zusätzliche Dimension durch ihre Präsenz auf den wichtigsten internationalen Finanzplätzen: durch ihre Filiale in London zum Beispiel, ihre Beteiligung an zahlreichen internationalen Unternehmen wie die Wirtschafts- und Privatbank Zürich, und durch ihre Mitgliedschaft in der EBC.

Wenn Sie also professionelle Hilfe brauchen, um etwa das Kursrisiko aus Ihrem Exportgeschäft abzusichern, um die Forderungen aus Ihrem Exportgeschäft ohne Regreß gegen Sie zu verkaufen, oder um die Finanzierung eines Großprojektes durch einen syndizierten Eurokredit sicherzustellen (oder auch zur Lösung des Schachproblems), wenden Sie sich an die Creditanstalt.



CREDITANSTALT

Österreichs führende internationale Bank

Creditanstalt-Bankverein, Schottengasse 6, A-1010 Wien. Telefon: (0222) 6622-2560. Telefax: 133030. Filiale London: 29 Gresham Street, London EC2V 7AH. Telefon: 01-726 4511. Telefax: 894612.

Ihr Partner und Berater im deutsch-österreichischen Wirtschaftsverkehr:

Deutsche Handelskammer in Österreich

DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHE AUSSENWIRTSCHAFTSKAMMER

Zentrale: 1050 Wien, Wiedner Hauptstraße 142, Postanschrift: A-1103 Wien, Postfach 107

Telefon: 55 45 65 - 68, Telex: 1/12 121, Telegrammanschrift: Dehaka-Wien

Geschäftsstelle Salzburg, Getreideg. 13, A-5020 Salzburg, Telefon 0 62 22 / 4 79 52, Telex: 6 3 - 3 886

Gemeinden

welche die Wirtschaftskraft ihrer Region stärken und stabilisieren wollen,

Industrien

welche ansiedeln, umsiedeln oder erweitern möchten,

erhalten

Kapital

als Darlehen durch die

ÖSTERREICHISCHE KOMMUNALKREDIT AKTIENTGESELLSCHAFT

1011 Wien, Hoher Markt 8/IV/2 - Telefon 63 96 81

langfristig • zinsgünstig

Ihr Urlaubsland Österreich

Pension Anselrain

neuerbaute (früher Schloßhotel Kartause)
A-4162 Mittersill bei Innsbruck
27 Betten, Bad/WC, Hallenbad 12 x 4 m, Sauna, Solarium
Fam. A. Tänzler, Tel. 00 43 - 52 22 - 5 51 61, 850 bis 1000 m
Skilift - Wandern - Erholung
Zimmer/Frühstück ÖS 350,-, HP ÖS 420,-

Gasthof/Pension Buchinger

A-4322 Dorfstetten 9 (Südliches Waldviertel), Telefon 00 43 / 74 18 / 3 41 02. Vor-
treffliche Wiener Küche, Zimmer mit Dusche oder Bad und WC, Vorratung um
Balkon, Appartements, Sauna, Tischtennisraum, Kellertürraum, großer Garten
mit Liegewiese/Terrasse, herrliche Wandermöglichkeiten in wunderschöner Um-
gebung. Baden im Pläntelsteig, Frühstücks-Panorama (bei Farnreithen),
auch auf Radwegen, bei einem Besuch im Ort. Halbpension DM 26,- bis 30,-
Vollpension DM 34,- bis 38,-. Kinderermäßigung. Wir freuen uns auf Ihren
Besuch.

Sporthotel St. Hubertus

A-5661 Baxen/Salzbürger Land, Tel. 00 43 / 65 44 / 48 70 und 7 00 50
Das gemütliche, komfortable Familienhotel direkt an der Talstation
der Hochalpbahnen.

Café, Restaurant, Bar, Discothek, Hallenbad, Sauna, Solarium.
Alle Zimmer sind mit Bad oder Du/WC, Telefon, Radio, Balkon
ausgestattet. Günstige Pauschalangebote im März.

Urlaub am Bärensee in den Tiroler Bergen
Ruhige, erholende Lage, inmitten eines herrlichen Berg- u. Wanderspaates
Zimmer mit Dusche und WC. Preis günstig und familienfreundlich.
Pension Forstner, Bes. R. u. R. Schmuck, A-5771 Leogang-Ritten 2
Tel. aus Deutschland 00 43 / 65 65 / 5 61

Gasthof Steiner - A-5521 Niedermritz
verortet: einem Bärensee in Eben im Pongau (Salzbürger Land), 6 Doppel-
zimmer mit WC und Dusche, eigene Küche und Aufenthaltsraum, als Apparte-
ment für 12 Personengruppen oder Familien; pro Person DM 18,- VP DM 24,-
Auskunft: 00 43 / 64 64 / 2 06. Raststätte und Tennisplätze

Naturheilkuren

Zum Regenerieren, Stressabbau,
Abnehmen und - speziell für
Damen - Schneiden. Histori-
sche Atmosphäre! Ärztliche Lei-
stung! Mit Kräutern von M. Me-
ssegel Fritschenther - Saun-
aerlebnis - Ganzkörperthera-
pie mit sportl. Aktivitäten:
Tennis - Segeln - Wandern -
Reiten.
Hotel Schönl Leonstein
A-5210 Pöchlarn/W. S.
SRO 100 43 / 42 72 28 16

Urlaub im Ferienland Stubai

Rustikal eingerichtete Ferien-
Appartements für 2-6 Personen
mit Kleinküche, gemütliche
Sitzecke, Bad/WC. Vom Ge-
schir bis zum Staubsauger und
TV alles vorhanden.
Kinderspielraum und -platz,
Tennisplatz, Liegewiese, Tiroler Stubai usw.
Lage: 6 km von Autobahn-
fahrt Europahaus, 15 km zum
Stubai Gletscher.
Anfragen erbeten an:
Alfred Hirtl
A-6166 Falspries / Tirol
Tel. 00 43 / 32 25 / 22 20 + 28 80
Telefax: 05 3 258 alhof

Informationen über Anzeigen
in Sonderveröffentlichungen
und Dokumentationen erteilt Ihnen gern

DIE WELT

Anzeigenabteilung,

Kaiser-Wilhelm-Straße 1, 2000 Hamburg 36
Tel. 0 40 / 3 47 41 28, 0 40 / 3 47 41 11

ANDEL MIT DEUTSCHLAND

Dynamik unter Beweis gestellt

Der Handelsverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland ist im Jahr 1982 trotz der ungünstigen konjunkturellen Lage in den Staaten seine Dynamik unter Beweis stellen. Die Bundesrepublik ist mit Abstand wichtigster Handelspartner. Rund 40 Prozent der österreichischen Exporte gehen in die Bundesrepublik, etwa 30 Prozent der Importe kommen aus der Bundesrepublik.

Die wichtigste Handelsbilanz wird die der Warenverkehrs. Die Handelsbilanz zwischen der EG und Österreich im Jahr 1982 lag bei 11,1 Mrd. Mark. Die Bundesrepublik Österreich hat im Jahr 1982 mit 9,5 Mrd. Mark den größten Anteil an den Importen aus der Bundesrepublik.

Die negative Handelsbilanz wird durch den Warenverkehr mit der Bundesrepublik Deutschland ausgeglichen. Die Handelsbilanz zwischen der EG und Österreich im Jahr 1982 lag bei 11,1 Mrd. Mark.

Die weitere Entwicklung im Außenhandel zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland ist naturgemäß in erster Linie von der konjunkturellen Situation der Bundesrepublik abhängig.

zeugen aller Art, Eisenbahnzeug, Stab- und Formeisen sowie Eisenbleche, Bekleidung und Hüte, Getreide aller Art, Eisenwaren und Werkzeuge, Papier und Pappe, elektrische Strom und Kunststoff. Der österreichische Handelsverkehr zeigt deutlich, daß Österreich über eine bedeutende Industrieproduktion verfügt, deren Exportwerte die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr erheblich übersteigen.

Kooperation wächst

Die wichtigsten österreichischen Importwaren aus der Bundesrepublik Deutschland waren Maschinen und Fördermittel, Fahrzeuge aller Art, elektrotechnische Erzeugnisse, Eisenwaren (einschließlich Werkzeuge und landwirtschaftliche Geräte), Kraftstoffe, Schmieröle und Erdgas, Strickwaren, Bekleidung und Hüte, Kunststoffe, Gewebe aller Art, Bücher und andere Druckzeugnisse sowie pharmazeutische Produkte.

Die wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs mit der Bundesrepublik Deutschland beschränken sich jedoch keinesfalls auf den Warenverkehr und den Tourismus. Große Bedeutung kommt auch allen Formen der Zusammenarbeit zu, die sich in mannigfaltigen gemeinsamen Vorhaben dokumentieren.

Die weitere Entwicklung im Außenhandel zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland ist naturgemäß in erster Linie von der konjunkturellen Situation der Bundesrepublik abhängig.

Die weitere Entwicklung im Außenhandel zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland ist naturgemäß in erster Linie von der konjunkturellen Situation der Bundesrepublik abhängig.

GESPRÄCH MIT MINISTER JOSEF STARIBACHER

„Eine qualitative Abrundung des touristischen Angebots“

Es ist, sagte der österreichische Handelsminister Josef Staribacher bei einem Pressegespräch im Gasthof Sommerhof in Gosau, in Österreich teuer geworden, einen Urlaub zu verbringen. Aber, fügte er sogleich hinzu, bei erheblich gestiegenem Komfort.

Ein Blick in die Statistik gibt dem regen Verwalter der Tourismus-Interessen seines Landes recht. In den Unterkünten der niedrigsten, der D-Kategorie, stiegen die Preise vom Winter 1981/82 nur um 5,5 Prozent; in der 5-Sterne-Kategorie A1 dagegen um 11,6 Prozent.

Die an den Zahlen für den Winter-Tourismus belegten Werte gelten, so der Minister, auch für den Sommer-Tourismus. Ein Land, das wie kein zweites auf der Welt seine Betten den Fremden zur Verfügung stellt, müsse immer an der Spitze der Entwicklung stehen.

„Happy Pepi“, wie der Minister wegen des bürgerlichen Auftretens jocular genannt wird, spricht von einem ernstesten Thema, der Fremdenverkehrsförderung, die partiell neu konzipiert wurde und drei Schwerpunkte aufweist: die Förderung der Fremdenverkehrsgemeinden, der Hausaktion des Handelsministeriums und der Fremdenverkehrs-Sonderkreditanstalt der „Bürges“.

Im Rahmen der Förderungsaktion für Fremdenverkehrsgemeinden sind bislang rund 387 Mio. Schilling an Bundesmitteln zur Verfügung gestellt und damit 1.033 Investitionsprojekte gefördert worden. Gefördert werden nach dem neuen, am 1. Dezember 1982 in Kraft getretenen Richtlinien

• zusätzlich zu den Kur- und Rekreationsanlagen
• bei den Tagungs-, Kongress- und Veranstaltungseinrichtungen auch Gesellschafts-, Les- und Mehrzweckräume

• zusätzlich zu den Gästegärten auch Einrichtungen für die Betreuung von Gästefamilien sowie von Behinderten.
„Unser Interesse besteht darin“, erläuterte der Minister, „unter Beibehaltung der hohen Besucherzahlen zu einer qualitativen Steigerung zu kommen und dabei dem Trend in den Wünschen unserer Gäste zu entsprechen.“

Auch im Modus der Auszahlung dieses Zweckzuschusses in Form einer Einmalprämie wurde eine Verbesserung vorgenommen. Nicht mehr 5 bis 10, sondern 7,5 bis 12,5 der förderbaren Gesamtkosten können nun zugesprochen werden. Die Jahresdotations betragt 50 Mio. Schilling.

Im Rahmen der Hausaktion wurden in den vergangenen 23 Jahren 6.223 Förderungen für ein Kreditvolumen von insgesamt rund 7.500 Mio. Schilling bewilligt.

Zum 1. Januar 1983 sind die Zielsetzungen vollständig neu be-

stimmt worden. Verstärkt gefördert wird nunmehr „die Qualität des Angebotes der Gastronomie und der Hotellerie“, wie Minister Staribacher ausführt. Zusätzlich zur Basisförderung gibt es Qualitätsprämien bis zu 15 Prozent der förderbaren Gesamtkosten, wenn

• ein wesentlicher Teil eines Beherbergungsbetriebes abgebrochen und mit höherem Standard wieder aufgebaut oder
• der gesamte Beherbergungs- oder gastronomische Betrieb modernisiert wird.

Angestrebt wird, daß der Betrieb nach Durchführung der Maßnahmen den Standard aufweist, wie er durch drei Sterne beschrieben wird. Das heißt, daß jedes Gästezimmer oder Appartement mit Bad/Dusche und WC ausgestattet sein muß.

In den neuen Richtlinien für die Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion der Bürges, die im Auftrag des Handelsministeriums tätig ist, wird zunächst einmal die Kreditobergrenze auf 1,5 Mio. Schilling angehoben. Schwerpunkt dieser Maßnahmen ist die Förderung der Umwandlung bestehender Gästezimmer in Familienappartements, vor allem in Ein- und Zweisternbetrieben.

So ist Österreich für die touristische Zukunft gut gewappnet.

Und Happy Pepi zeigt abends beim Eisstockschießen in Abteu, daß er nicht nur bei Investitionsbestimmungen ein Meister seines Faches ist.
HANS-HERBERT HOLZAMER

AUSSENHANDELSFÖRDERUNG / Weltweit

Vorsprung durch Informationen

Die Förderung des österreichischen Außenhandels zählt zu den wichtigsten Kompetenzen der 1946 als Körperschaft öffentlichen Rechts errichteten Bundeswirtschaftskammer. Zur Erfüllung dieser Aufgabe wurde ein spezifisches, der österreichischen Wirtschaftsstruktur angepaßtes System entwickelt, das allen österreichischen Unternehmen (die ja ex lege Mitglieder der Bundeswirtschaftskammer sind) zur Verfügung steht.

Dieses sehr praxisorientierte System umfaßt eine breite Servicepalette und reicht von Information, Beratung und Schulung bis hin zur praktischen Hilfestellung im Auslandsgeschäft.

Frankfurt führend

Wesentliche Funktionen erfüllt dabei die Auslandsorganisation der Bundeswirtschaftskammer und ihr weltweites Netz von 88 Außenhandelsstellen. In der Bundesrepublik Deutschland – dem mit Abstand wichtigsten österreichischen Handelspartner – gibt es vier Außenhandelsstellen: die federführende in Frankfurt und je eine in Düsseldorf, Hamburg und München.

Die Außenhandelsstellenleiter sind offizielle Vertreter der österreichischen Wirtschaft und haben nur dort, wo es die Situation des Gastlandes erforderlich macht, diplomatischen Status. Als Außenhandelsexperten mit langjähriger Auslandserfahrung sind sie es gewohnt, flexibel und möglichst unbürokratisch zu agieren, um den Exporteuren so praxisnahe wie möglich zu helfen.

Da es in Österreich nur wenige Großunternehmen gibt, die sich Zweigniederlassungen im Ausland halten können, leisten die Handelsdelegierten – wie sie auch genannt werden – oft unersetzliche Dienste für die Exportwirtschaft.

Zu den weitgesteckten Aufgabenkreisen der Außenhandelsstellen zählt die laufende Markterkundung ebenso wie die individuelle

Beratung, die direkte Geschäftsvermittlung, die Hilfe bei Vertretersuchen oder die Werbung für die österreichische Wirtschaft im Botschaftsland. Mit Hilfe gezielter Salespromotions-Aktivitäten, wie Wirtschaftsmessen, Interessentenmeetings, Messebeteiligungen, Technisch-Wissenschaftliche Symposien, Modenschauen oder Kaufhausaktionen, werden die individuellen Exportbemühungen der Firmen wirksam unterstützt.

Als besonders wertvolles Mittel der Außenhandelsförderung hat sich das elektronische Informationssystem der Bundeswirtschaftskammer erwiesen. Österreich ist in diesem Bereich international führend.

Die Außenhandelsdatenbank in Wien, in der alle für Export und Import relevanten Produkt- und Firmendaten gespeichert sind, ist via Fernschreiber direkt mit den wichtigsten Außenhandelsstellen verbunden. Der Handelsdelegierte kann daher jederzeit und buchstäblich auf Knopfdruck die österreichischen Liefermöglichkeiten für ein bestimmtes Produkt abfragen. Er kann aber auch ebenso rasch dringende Außenhandelsinformationen – etwa über neue Geschäftschancen – direkt an interessierte Firmen durchgeben.

Auf Knopfdruck

Einen echten internationalen Vorsprung haben die österreichischen Unternehmen seit einem Jahr durch die sogenannte Welt-handelsdatenbank erhalten. Diese neue EDV-Anlage der Bundeswirtschaftskammer ist weltweit die erste, in der die Welt handelsdaten von 150 UNO-Mitgliedsstaaten – maßgerecht aufbereitet – gespeichert sind. Die österreichischen Firmen sind somit die ersten, die dieses signifikante Informationsmaterial direkt vom Computerbildschirm ablesen können.

Österreich
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg

MUSIKALISCHER SOMMER IN WIEN

Ein Arkadenhof voll Schwung

Nirgendwo ist der Sommer schöner als in Wien, denn nirgendwo ist er musikalischer. Davon sind jedenfalls alle überzeugt, die sich schon heute auf die festliche Eröffnung des „Musikalischen Sommers“ am 30. Juni im Großen Musikvereinssaal freuen. Die Wiener Symphoniker und die Konzertvereinigung Wiener Volksopernchor unter dem Dirigenten Gerd Albrecht geben die Carmina burana von Orff.

Im festlichen Programm schließen sich an die Tage der Chormusik vom 1. bis 4. Juli und am 14.

September ist das Residenzorkest Den Haag zum „Festlichen Abschied“ zu Gast.

Schwung erhält der Sommer in Wien durch die außerordentlichen Konzerte. So spielt am 24. Juni das Gardebattillon Wien auf, am 9. September erfreut die Wiener Singakademie.

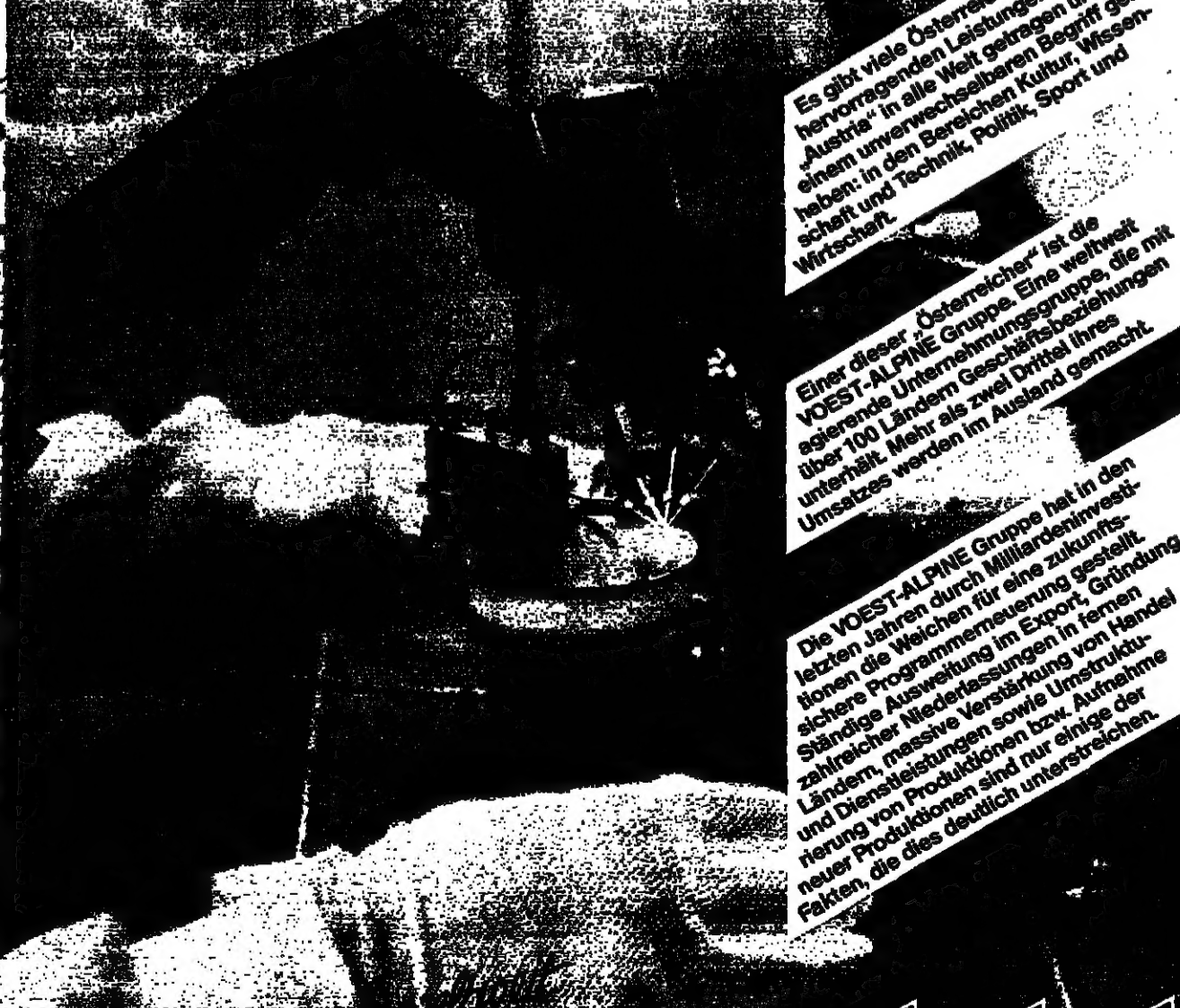
Von tänzerischer Leichtigkeit sind die Ballettabende am 18. Juli und 21. Juli im Arkadenhof des Rathauses. Das 4. Österreichische Blasmusikfest wird den Rathausplatz am 4. Juni in Schwingung versetzen.

Zahlreich sind die Symphonischen Orchesterkonzerte im Arkadenhof (5., 7., 12., 14., 21., 28., 28. Juli, 2., 4., 9., 11., 16., 18., 23., 25. und 30. August). Kirchenkonzerte gibt es jeden Sonntag vom 4. Juli bis 22. August. Mittwochs und sonntags wird zu Spaziergängen zu Haydn und Mozart geladen.

Und natürlich gibt es auch Schrammelabende, Promenadenkonzerte, Platzkonzerte u. a. zuhause in dieser beschwingten Zeit.

Kartenbestellung: Postfach 73, A-1043 Wien, Tel. 00 43 2 22 4 28 00 hsb.

Unsere Botschaft heißt LEISTUNG



Es gibt viele Österreicher, die durch ihre hervorragenden Leistungen den Namen „Austria“ in alle Welt getragen und damit zu einem unverwechselbaren Begriff gemacht haben: in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Technik, Politik, Sport und Wirtschaft.

Einer dieser „Österreicher“ ist die VOEST-ALPINE Gruppe. Eine weltweit agierende Unternehmensgruppe, die mit über 100 Ländern Geschäftsbeziehungen unterhält. Mehr als zwei Drittel ihres Umsatzes werden im Ausland gemacht.

Die VOEST-ALPINE Gruppe hat in den letzten Jahren durch Milliardeninvestitionen die Weichen für eine zukunfts-sichere Programmierung gesetzt. Ständige Ausweitung im Export, Gründung zahlreicher Niederlassungen bzw. Übernahme und Dienstleistungen sowie neue Produktionen sind nur einige der Fakten, die dies deutlich unterstreichen.

VOEST-ALPINE GRUPPE: Ein Name für Leistungen mit bester Empfehlung
In Unternehmen der VOEST-ALPINE GRUPPE
VEREINIGTE EDELSTAHLWERKE AG
VOEST-ALPINE AG
Postfach 2
4010 Linz/Austria
Tel. (073 2) 585-1, Telex 2207-449

ÖSTERREICH
GEWUSST WO, WIE, WANN, WARUM, WIEVIEL...

Wenn man, wie die Girozentrale, als große Wirtschaftsbank ausschließlich für das „big business“ arbeitet, dann ist fast jeder Geschäftsfall ein Sonderfall. Mit neuen Problemen, neuen Erfahrungen, neuen Ideen. Es wäre doch schade, alle diese Erfahrungen und Ideen einfach ungenutzt liegen zu lassen. Deshalb publizieren wir das, was daran Allgemeingültigkeit hat. Und viele Manager, Wirtschaftsfachleute und Hochschulen im In- und Ausland zählen zu den regelmäßigen Beziehern und Nutznießern dieses „brain trust“-Service der GZ.

Hier eine kleine Auswahl. Vielleicht macht sie Ihnen Appetit.

PUBLIKATIONS-ANFORDERUNG

Bitte senden Sie mir (uns) regelmäßig (Zutreffendes bitte ankreuzen)	Erscheinungsweise	Außerdem interessieren mich folgende GZ-Broschüren* (Zutreffendes bitte ankreuzen)	Ausgabefahr	deutsch	englisch
<input type="checkbox"/> Konjunktur Report (Informationen über die Wirtschaftslage)	1/2-jährlich	<input type="checkbox"/> GZ-Geschäftsbericht	jährlich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Markt Indicators	1/2-jährlich	<input type="checkbox"/> Die Börse	jährlich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Investment-Report (österreichische und internationale Fonds)	1/2-jährlich	<input type="checkbox"/> Anders als die Anderen (Selbstdarstellung der GZ)	1980	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Börsendienst mit Wertpapier-Informationen und Anlageservice	wochentlich	<input type="checkbox"/> Investieren und Finanzieren in Österreich	1983	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/> Bankplatz Wien	1981	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/> Geldanlage in Österreich	1983	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/> The Austrian Schilling	1982	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Firma _____ Name _____
Adresse _____

Bitte ausfüllen, ausschneiden und an die Girozentrale Wien, Marketingabteilung, Schubertstr. 5, A-1011 Wien senden

GZ
Girozentrale Wien

SPORT-NACHRICHTEN

Bürger gegen Formel 1

New York (sid) - 15 000 Unterschriften hat eine Bürgerinitiative im New Yorker Stadtteil Queens für eine Petition gegen den Weltmeisterschaftslauf der Formel 1 in Flushing Meadows (25. September) gesammelt. Die Bürger befürchten, daß der als Austragungsort vorgesehene Corona Park durch das Rennen zerstört wird.

Cunningham zu Manchester

Manchester (sid) - Der farbige englische Fußballspieler Laurie Cunningham (bisher Real Madrid) unterschrieb beim englischen Erstligaklub Manchester United einen Probe-Vertrag über zwei Monate. Erst wenn sich herausstellt, daß Cunningham seine schweren Verletzungen unbeschadet überstanden hat, soll eine langfristige Verpflichtung erfolgen.

Dietzen führt

Gerona (sid) - Nach den ersten beiden Halbtapen der Radrundfahrt "Katalanische Woche" führt Raimund Dietzen (Trier) in der Gesamtwertung mit einer Sekunde Vorsprung vor den beiden Spaniern Ignacio Ibanez und Juan Fernandez.

Hoenes rechnet mit Cramer

München (sid) - Der Fußball-Bundesligaklub Bayern München konnte auf seiner Jahreshauptversammlung für das Jahr 1982 einen Rekordumsatz von 20,233 Millionen Mark und einen Reingewinn von 835 000 Mark vorweisen. Manager Uli Hoenes

neß äußerte auf der Versammlung, daß er sich für die Zukunft Dettmar Cramer (Leverkusen) als Jugendleiter bei Bayern vorstellen könne. Ebenso erwartet er nach Saisonende die Rückkehr des nach Leverkusen ausgeliehenen Helmut Winklhofer.

Supercup am 2. April

München (sid) - Das Finale um den Supercup im deutschen Fußball zwischen Meister Hamburger SV und Bayern München wird am 2. April (Ostersonntag) im Münchner Olympiastadion ausgetragen.

ZAHLEN

TENNIS
Grand-Prix-Turnier in Mailand, erste Runde: Lendl (CSFR) - van Patten (USA) 4:6, 7:5, 6:3; Glöckstein (Frankr.) - Edmondson (Australien) 6:2, 6:4.

SKI NORDISCH
Weltcup in Anchorage (Alaska), 10-km-Langlauf, Damen: 1. Hämäläinen (Finnland) 29:13,7 Min.; 6. Jäger (Deutschland) 30:22,8.

GEWINNQUOTEN
Lotto: Klasse 1: 739 622,40 Mark; 2: 50 143,80; 3: 69 123,30; 4: 129 30,5; 10,40; 20,80; 40,16; 80,32; 160,64; 320,12; 640,24; 1280,48; 2560,96; 5121,92; 10243,84; 20487,68; 40975,36; 81950,72; 163901,44; 327802,88; 655605,76; 1311211,52; 2622423,04; 5244846,08; 10489692,16; 20979384,32; 41958768,64; 83917537,28; 167835074,56; 335670149,12; 671340298,24; 1342680596,48; 2685361192,96; 5370722385,92; 10741444771,84; 21482889543,68; 42965779087,36; 85931558174,72; 171863116349,44; 343726232698,88; 687452465397,76; 1374904930795,52; 2749809861591,04; 5499619723182,08; 10999239446364,16; 21998478892728,32; 43996957785456,64; 87993915570912,28; 175987831141824,56; 351975662283648,12; 703951324567296,24; 1407902649134592,48; 2815805298269184,96; 5631610596538369,92; 11263221193076739,84; 22526442386153479,68; 45052884772306959,36; 90105769544613918,72; 180211539089227837,44; 360423078178455674,88; 720846156356911349,76; 1441692312713822699,52; 2883384625427645399,04; 5766769250855290798,08; 11533538501710581596,16; 23067077003421163192,32; 46134154006842326384,64; 92268308013684652769,28; 184536616027369305538,56; 369073232054738611077,12; 738146464109477222154,24; 1476292928218954444308,48; 2952585856437908888616,96; 5905171712875817777232,92; 11810343425751635554464,84; 23620686851503271108929,68; 47241373703006542217859,36; 94482747406013084435718,72; 188965494812026168871437,44; 377930989624052337742874,88; 755861979248104675485749,76; 1511723958496209350971499,52; 3023447916992418701942999,04; 6046895833984837403885998,08; 12093791667969674807771996,16; 24187583335939349615543992,32; 48375166671878699231087984,64; 96750333343757398462175969,28; 19350066688751479692435938,56; 38700133377502959384871877,12; 77400266755005918769743754,24; 154800533510011837539487508,48; 309601067020023675078975016,96; 619202134040047350157950033,92; 1238404268080094700315900067,84; 2476808536160189400631800135,68; 4953617072320378801263600271,36; 9907234144640757602527200542,72; 19814468289281515205054401085,44; 39628936578563030410108802170,88; 79257873157126060820217604341,76; 158515746314252121640435208683,52; 317031492628504243280870417367,04; 634062985257008486561740834734,08; 1268125970514016973123481669468,16; 2536251941028033946246963338936,32; 5072503882056067892493926677872,64; 10145007764112135784987853355745,28; 20290015528224271569975706711490,56; 40580031056448543139951413422981,12; 81160062112897086279902826845962,24; 162320124225794172559805653691924,48; 324640248451588345119611307383848,96; 649280496903176690239222614767697,92; 1298560993806353380478445229535395,84; 2597121987612706760956890459070791,68; 5194243975225413521913780918141583,36; 10388487950450827043827561836283166,72; 20776975900901654087655123672566333,44; 41553951801803308175310247345132666,88; 83107903603606616350620494690265333,76; 16621580720721323270124098938053066,52; 33243161441442646540248197876106133,04; 66486322882885293080496395752212266,08; 132972645765770586160992791504424532,16; 265945291531541172321985583008849064,32; 531890583063082344643971166017698128,64; 106378116612616468928794233203539625,28; 212756233225232937857588466407079250,56; 425512466450465875715176932814158501,12; 851024932900931751430353865628317002,24; 1702049865801863502860707731256634004,48; 3404099731603727005721415462513268008,96; 6808199463207454011442830925026536017,92; 13616398926414908022885661850053072035,84; 27232797852829816045771323700106140071,68; 54465595705659632091542647400212280015,36; 108931191411319264183085294800424560030,72; 217862382822638528366170589600849120061,44; 435724765645277056732341179201698240012,88; 871449531290554113464682358403396480025,76; 1742899062581108226929364716806792960051,52; 3485798125162216453858729433613585920103,04; 6971596250324432907717458867227171840206,08; 13943192500648865815434917734454353680412,16; 27886385001297731630869835468908707360824,32; 5577277000259546326173967093781741472164,64; 1115455400051909265234793418756348294432,96; 2230910800103818530469586837512696588865,92; 446182160020763706093917367502539317773,84; 892364320041527412187834735005078635547,68; 1784728640083054824375669470010157271095,36; 3569457280166109648751338940020314422190,72; 7138914560332219297502677880040628844201,44; 14277829120664438595005355760081257688402,88; 28555658241328877190010711520162515376805,76; 57111316482657754380021423040325030753611,52; 1142226329653155087600428460806500615072,24; 2284452659306310175200856921613001230144,48; 456890531861262035040171384322600246028,96; 913781063722524070080342768645200492057,92; 1827562127445048140160685537290400984115,84; 3655124254890096280321371074580801968231,68; 7310248509780192560642742149161603936463,36; 14620497019560385121285484298323207872926,72; 29240994039120770242570968596646415745853,44; 58481988078241540485141937193292831491706,88; 11696397615648308097028387438658566298371,76; 23392795231296616194056774877317132596743,52; 46785590462593232388113549754634265193486,04; 9357118092518646477622709950926853038697,08; 18714236185037292955245419901853706077394,16; 37428472370074585910490839803707412154788,32; 74856944740149171820981679607414824309576,64; 149713889480298343641963359214829648619153,28; 29942777896059668728392671842965929723830,56; 59885555792119337456785343685931859447661,12; 119771111584236674913570687371863198895322,24; 23954222316847334982714137474372639779064,48; 47908444633694669965428274948745279558128,96; 958168892673893399308565498974905591165,92; 1916337785347786798617130997949811822331,84; 3832675570695573597234261995899623644663,68; 7665351141391147194468523991799247289327,36; 15330702282782294388937047983598494578654,72; 30661404565564588777874095967196989157309,44; 61322809131129177555748191934393978314618,88; 12264561826225835511149638386878795662923,76; 24529123652451671022299276773757591325846,52; 49058247304903342044598553547515182651693,04; 98116494609806684089197107095030365303386,08; 196232989219613368178394214190060730606772,16; 392465978439226736356788428380121461213544,32; 784931956878453472713576856760242922427088,64; 1569863913756906945427153713520485844854177,28; 313972782751381389085430742704097168970835,56; 627945565502762778170861485408194337941671,12; 125589113100552555634172297081638667588334,24; 251178226201105111268344594163277335176668,48; 50235645240221022253668918832655467035333,96; 100471290480442044507337837665310934070667,92; 200942580960884089014675675330621868141335,84; 401885161921768178029351350661243736282671,68; 803770323843536356058702701322487472565343,36; 160754064768707271211750540264497494513068,72; 321508129537414542423501080528994990026137,44; 643016259074829084847002161057989980052274,88; 128603251814965816969400432211597996010454,96; 257206503629931633938800864423175992020909,92; 514413007259863267877601728846351984041819,84; 102882601451972653575520345769270396808363,68; 205765202903945307151040691538540793616727,36; 411530405807890614302081383077081587233454,72; 82306081161578122860416276615416317446690,44; 164612162323156245720832553230832634893380,88; 329224324646312491441665106461665269786761,76; 658448649292624982883330212923330539573523,52; 1316897298585249965766660425846661071147046,04; 263379459717049993153332085169332214229409,08; 526758919434099986306664170338664428458818,16; 105351783886819997261332834067732885771763,32; 210703567773639994522665668135465771543526,64; 421407135547279989045331336270931548853053,28; 842814271094559978090662672541863097706106,56; 1685628542189119956181325345083726195412213,12; 337125708437823991236265069016745239082442,24; 674251416875647982472530138033490478164884,48; 134850283375129596494506027606698095632976,96; 269700566750259192989012055213396191265953,92; 539401133500518385978024110426792382531907,84; 107880226700103677195604822085358476506381,68; 215760453400207354391209644170716953012763,36; 431520906800414708782419288341433906025526,72; 863041813600829417564838576682867812051053,44; 1726083627201658835129677153365735624102106,88; 3452167254403317670259354306731471248204213,76; 6904334508806635340518708613462942496408427,52; 13808669017613270681037417226825884992816854,04; 27617338035226541362074834453651769985633708,08; 55234676070453082724149668907303539971267416,16; 110469352140906165448299337814607079942534832,32; 220938704281812330896598675629214159885069664,64; 441877408563624661793197351258428319770139328,96; 88375481712724932358639470251685663954027865,92; 176750963425449864717278940503371369080557311,84; 353501926850899729434557881006742738161114623,68; 707003853701799458869115762013485476322229247,36; 141400770740359891773823152402771072664445494,72; 282801541480719783547646304805542145328890989,44; 56560308296143956709529260961108429065778197,88; 113120616592287913419058521922216858131556395,76; 226241233184575826838117043844433716263112791,52; 452482466369151653676234087688867432526225583,04; 904964932738303307352468175377734865052451166,08; 180992986547660661470493635075546973010490233,16; 361985973095321322940987270151093946020980466,32; 723971946190642645881974540302187892041960932,64; 144794389378128529176394908060437578408392185,28; 289588778756257058352789816120875156816784370,56; 579177557512514116705579632241750313763568741,12; 1158355115025028233411159264483506755327137482,24; 231671023005005646682221852896701310665427494,48; 463342046010011293364443705793402621332854998,96; 92668409202002258672888741158680524266570997,92; 185336818404004517345777482317361049333141995,84; 370673636808009034691554964634722098666283991,68; 741347273616018069383109929269444197332567983,36; 1482694547232036138766219785538888394665137966,72; 296538909446407227753243957107777678933027593,44; 593077818892814455506487914215555357866055186,88; 1186155637785628911012975828423111115732110373,76; 237231127557125782202595165684622223146422074,52; 474462255114251564405190331369244446292844148,04; 948924510228503128810380662738488892585688296,08; 1897849020457006257620761325476977781171376592,16; 3795698040914012515241522650953955562342753184,32; 7591396081828025030483045301907911124685506368,64; 1518279216365605006096609060381582224937101273,28; 3036558432731210012193218120763164449874202546,56; 6073116865462420024386436241526328899748405093,12; 12146233730924840048772872483052657799496810186,24; 24292467461849680097545744966105315598993620372,48; 48584934923699360195091489932210631197987240744,96; 97169869847398720390182979864421263959774801489,92; 194339739694797440780365959728842527919549602978,84; 388679479389594881560731919457685055839099205956,68; 7773589587791897631214638389153701116781984119113,36; 1554717917558379526242927677827540223356396823822,72; 310943583511675905248585535565508044671279364764,44; 621887167023351810497171071131016089342558729528,88; 1243774334046703620994342142262032178685117459057,76; 2487548668093407241988684284524064357370234918115,52; 497509733618681448397736856904812871544469983623,04; 995019467237362896795473713809657430888959767246,08; 199003893447472593559094742761931481777919953449,16; 398007786894945187118189485523862963555739906898,32; 7960155737898903742363789710477259271114

Durch Streiks gingen 15 106 Tage verloren

dpa, Wiesbaden
39 981 Arbeitnehmer in 40 Betrieben haben 1982 im Bundesgebiet an Streiks teilgenommen. Dabei gingen nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden 15 106 Arbeitstage verloren. Im Jahr zuvor hatten sich 253 334 Arbeitnehmer in 297 Betrieben im Ausmaß von 58 399 Arbeitstagen beteiligt. Aussperrungen gab es 1982 nicht.

Gericht beanstandet Zustellgebühr

AP, Schleswig
Empfänger von Paketsendungen sollen nach dem Willen des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts keine Zustellgebühren mehr zahlen. Die Deutsche Bundespost, heißt es in dem gestern veröffentlichten Urteil, handle rechtswidrig, wenn sie eine derartige Gebühr verlange.

Die Richter begründeten ihr Urteil damit, daß allein der Absender mit der Post ein Nutzungsverhältnis eingehe, und zwar freiwillig. Diese Freiheit bestehe aber beim Empfänger von Paketsendungen nicht. Wenn ein Empfänger die Zustellgebühr abgeben wolle, müsse er auf das Paket verzichten (Aktenzeichen: Schleswig-Holsteinisches Verwaltungsgericht 12 a 14/III).

Sondersitzung des Postverwaltungsrates

Rei, Bonn
Die Personalvertreter haben auf der Sitzung des Postverwaltungsrates am Montag eine Sondersitzung des Gremiums am 31. März durchgesetzt. Unklarheit über den Rat jedes halbe Jahr. Die Personalvertreter hatten die Pläne von Bundespostminister Schwarz-Schilling (CDU) kritisiert, Privatfirmen an der Errichtung und Betreuung von Breitbandverteilernetzen u. a. für das Kabelfernsehen zu beteiligen.

Mubarak reist nach China

dpa, Peking
Der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak kommt am 1. April zu einem vierstägigen Staatsbesuch nach Peking. Es ist der erste Staatsbesuch eines ägyptischen Präsidenten in China seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen 1956.

Reagans Gegner nutzen Affäre um Rowny-Papier

Memorandum soll mangelnden Abrüstungswillen beweisen

TH. KIELINGER, Washington
Fast täglich muß derzeit die Reagan-Administration öffentlich und aus höchstem Munde eine Schlüsselfigur der US-Abrüstungsdiplo-matie, den START-Chefunterhändler General a. D. Edward Rowny, verteidigen. Mit Rowny ist aber auch ein anderer Name erneut ins Gerede gekommen, Kenneth L. Adelman, der noch nicht vom Senat bestätigte zukünftige Chef der Abrüstungsbehörde (ACDA).

Es begann mit einem persönlichen Memorandum von Rowny an Adelman, vor einigen Wochen. Dieses Papier, von Mitarbeitern Rownys für ihren Chef entworfen, enthielt vertrauliche Mitteilungen über 16 Mitglieder der Abrüstungsbehörde in Washington und 2 Mitglieder aus Rownys eigenem Verhandlungsteam. Brisant war diese Liste nicht so sehr wegen der abfälligen Natur der Darstellung: Alle geschilderten Namen wurden als mehr oder weniger untauglich für den Fortschritt der Abrüstungsdebatte abqualifiziert, in der Hauptsache, weil sie angeblich zu weich in ihrer Attitüde gegenüber den sowjetischen Verhandlungspositionen seien.

Von einem der beiden Männer aus Rownys eigenem Team, das in Genf die Reduktion der strategischen A-Waffen verhandelt, hieß es, er wolle „einen Vertrag um jeden Preis“ – wohl die ungünstigste Eintragung, die ein Abrüstungsexperte in seinen Personalakten vorfinden kann.

Wie es häufig mit vertraulichen Mitteilungen geschieht, so gelangte auch der Inhalt des Rowny-Papiers durch eine Indiskretion bald an die Öffentlichkeit. Von den Kritikern wahlweise als „Hitliste“ oder „Aufruf zum Schlachtfeld“ bezeichnet, von Rowny sofort als bloßes Gedankenspiel einiger seiner Mitarbeiter abgewiesen, absolviert das Memorandum nun das typische Washingtoner Spielrundenlauf.

Die unmittelbaren Folgen entfalteten sich mit dramatischer Logik: Im Team von Rownys Genfer Kollegen brach eine Vertrauenskrise aus, einer der verdächtigen Offiziere hat inzwischen seinen Stuhl in Genf entlassen, aufgegeben. Außenminister Shultz, dem Vernehmen nach tief enttäuscht über den als untadelig eingestuften START-

Chef, schickte ein ganzes Feuerwehrtum von Mitarbeitern ins Kapitol, wo man im außenpolitischen Ausschuß des Senats über der Rowny-Affäre brütet.

Kenneth L. Adelman, als der Adressat des Papiers, erscheint dabei nicht im günstigsten Licht. Wieviel von all dem hat er gewußt, wie stark ist er in die „Konspiration“ – wie seine Gegner es nennen – verwickelt gewesen, als er vor einem Monat zu seinen Anhängern vor dem Senat erschien? Adelman gab damals nur zu, von „Säuberungsplänen“ in der Abrüstungsbehörde gehört zu haben. Kenntnis der Rowny-Mitteilung deutete er zu keinem Zeitpunkt an. Vielmehr wies er persönlich die bloße Unterstellung von Absichten wie „Säuberungen“ weit von sich.

Die nagende Frage aber bleibt, und sie wird in den Medien mit Lust ausgenutzt: Was hat Adelman mit dem Rowny-Papier angefangen, oder konkreter: Was plante er, mit diesem Personalrichtungsweiser in der Hand, in seinem zukünftigen Tätigkeitsfeld, der Abrüstungsbehörde?

Im Senat neigt man dazu, den Text des Rowny-Papiers publik zu machen. Nur dieser Schritt, so meint Ausschußvorsitzender Charles Percy, könne Adelman wirklich von allem Verdacht befreien. Das Weiße Haus ist von solchen Plänen verständlicherweise nicht erbaut. Freilich ist man auf Regierungsseite letztlich hilflos: Gegen die Veröffentlichung der vertraulichen Mitteilung gibt es kein rechtliches Mittel, nur die Überzeugungskraft von Argumenten.

Aber auch diese ist geschwächt, da sich eine Gruppe um die Senatoren Alan Cranston (Kalifornien) und Gary W. Hart (Colorado) geschworen hat, unter allen Umständen den Nachweis zu führen, daß die Reagan-Administration nicht ernsthaft an Abrüstungsfortschritten sei. Hier, und nicht in der Personalfrage als solcher, liegt der Kern der Rowny-Affäre. Cranston und Hart sind Präsidentschaftsanwärter im Lager der Demokraten, wo man nur zu gern das Abrüstungsthema gegen Ronald Reagan ausgebeutet sieht. Edward Rowny, das zumindest steht fest, hat dieses Vorhaben unfehlbar gefördert.

Späth: Notfalls im Alleingang Kürzungen

Stuttgart

Baden-Württemberg ist fest entschlossen, das Weihnachtsgeld im öffentlichen Dienst zu kürzen. Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) teilte am Dienstag in Stuttgart mit: „In Kürze“ werde das Land einen entsprechenden Gesetzesentwurf in den Bundesrat einbringen. Die Ekte-daten: Von 1985 bis 1990 wird das 13. Monatsgehalt im öffentlichen Dienst auf höchstens 2000 DM begrenzt, zusätzlich 200 DM pro Kind. Mit den freiwerdenden Mitteln – im Bund 3 bis 4 Milliarden, im Lande 300 Millionen Mark – sollen Teilzeitarbeitsplätze für jene jungen Menschen geschaffen werden.

Wenn dieser Vorschlag bundesweit akzeptiert würde, könnten nach den Berechnungen Späths jährlich rund 100 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Sollte eine einheitliche Regelung nicht möglich sein, wird Stuttgart eine „Ermächtigung“ einholen, wenigstens in Baden-Württemberg die Weihnachtsgeld-Kürzung einzuführen. Bis zum 19. April sollen alle Ministerien im Lande Vorschläge unterbreiten, wie die Aufteilung dieser Teilzeitarbeitsplätze auf die verschiedenen Berufsgruppen aussehen soll.

Mainz: Streit in FDP spitzt sich zu

Nea, Mainz

Weitere Zuspitzung im Führungsstreit in der rheinland-pfälzischen FDP: Der Landesvorsitzende Hans-Günther Heinz bezeichnete am Dienstag in einer öffentlichen Erklärung Äußerungen seines Stellvertreters, des pfälzischen Bezirksvorsitzenden Walter Hiltcher (die WELT berichtete), als „unverschämte und ungehörig“. Heinz forderte Hiltcher zum Rücktritt auf. Hiltcher hatte die Qualifikation von Heinz für den Vorsitz in der zu bildenden parlamentarischen Arbeitsgruppe bezweifelt.

Wörner verabschiedet Brandt und Obleser

dpa, Bonn

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner wird am 30. März auf der Hardthöhe den Generalinspekteur der Bundeswehr, General Jürgen Brandt, und den Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Friedrich Obleser, mit einem Zerstreuungsfest verabschieden. Das teilte das Verteidigungsministerium mit.

Norddeutsche CDU fühlt sich benachteiligt

Fortsetzung von Seite 1

freil. Das in Frage kommende Ressort für wirtschaftliche Zusammenarbeit bleibt mit Jürgen Warnke (CSU) besetzt. Die CDU stellt außerdem mit Friedrich Zimmermann den Innenminister mit Werner Dollinger den Verkehrsminister und mit Oscar Schneider den Wohnungsbauminister. CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber wird kein Ministeramt in Bonn übernehmen.

Die Kompetenzen von Bundesinnenminister Zimmermann werden um die Zuständigkeit für den Natur- und Tierschutz, die bisher beim Ernährungsminister lag, erweitert. Die FDP ist für diese Ausweitung, ebenso die CDU. Parlamentarische Staatssekretäre im Bundeswirtschaftsministerium zu berufen. Klein ist auch als künftiger Bundesverfassungsrichter im Gespräch, und Heinz Franke soll Nachfolger von Josef Stügel als Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg werden. Hier stehen also in absehbarer Zeit personelle Wechsel bevor. Dominierend sind die Landesverbände der CDU Rheinland und Westfalen, wenn man davon absieht, daß die rheinland-pfälzische CDU den Bundeskanzler, den CDU-Generalsekretär und Bundesfamilienminister Heiner Geißler sowie den Chef des Kanzleramtes, Staatssekretär Waldemar Schreckenberger stellt. Staatsminister im Auswärtigen Amt wird wiederum Alois Mertes (CDU). Nordrhein-Westfalen werden Rainer Barzel, der neue Bundespräsident, Windelen, der neue Innenminister, Minister sowie die Minister Norbert Blum, Dorothee Wilmig und Staatsminister Friedrich Vogel zugerechnet.

Relativ bescheiden werden die Baden-Württemberger bedacht. Manfred Wörner hat zwar als Bundesverteidigungsminister ein klassisches Ressort, aber dann kommt nur noch Staatsminister Philipp Jenninger hinzu. In Hessen wird Egon Susset zum parlamentarischen Staatssekretär im Ernährungsministerium zu berufen. Stark vertreten ist die hessische CDU mit Alfred Dreger, der aller Voraussicht nach auf der heutigen Fraktionssitzung zum Fraktionsführer gewählt wird, und mit den Ministern Christian Schwarz-Schilling (Post) und Heinz Riesenhuber (Forschung und Technologie). Für Walter Lesier Kipp, von dem es heißt, er wolle sein Engagement in Hamburg mit einem anderen Platz vertauschen, ist kein Ministeramt

frei. Das in Frage kommende Ressort für wirtschaftliche Zusammenarbeit bleibt mit Jürgen Warnke (CSU) besetzt. Die CDU stellt außerdem mit Friedrich Zimmermann den Innenminister mit Werner Dollinger den Verkehrsminister und mit Oscar Schneider den Wohnungsbauminister. CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber wird kein Ministeramt in Bonn übernehmen.

Die Frage, ob Heiner Geißler auf längere Sicht hinaus neben dem Ministeramt Generalsekretär der CDU bleiben will, ist noch offen. Geißler hat bis zum Jahr 1985 ein Mandat. Ein Wechsel könnte aber auf dem Wahlparteitag der CDU stattfinden, der für Ende Mai in Köln vorgesehen ist, wenn nicht ein vorgezogener Wahltermin in Hessen zu anderen Dispositionen zwingt. Der rheinische CDU-Vorsitzende Bernhard Worms, ein Vertreter Kohls, ist mit den organisatorischen Vorbereitungen dieses Parteitags betraut, hat jedoch keine Neigung, das Amt des Generalsekretärs zu übernehmen. Aber als sicher gilt, daß Worms für das CDU-Präsidium kandidieren wird, was zur Folge hätte, daß ein bisheriges Präsidiumsmitglied weichen müßte. Kurt Biedenkopf, der westfälische CDU-Vorsitzende, müßte als gefährdet angesehen werden. Worms, das war in Bonn zu hören, trifft morgen mit Bundeskanzler Helmut Kohl zusammen.

Loderer sieht noch Chancen für Kompromiß

dpa, Frankfurt

Der zweite Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, sieht einen „Hoffnungsschimmer“, daß der Tarifkonflikt in der Metallindustrie doch noch ohne Urabstimmung und Streik beendet werden kann.

Unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung des Hauptvorstandes in Frankfurt gestern in Frankfurt, dem kein Antrag auf Urabstimmung vorliegt, sprach sich Mayr dafür aus, „beide Seiten sollten ohne Vorbedingungen die Verhandlungen wiederaufnehmen. Erst wenn Gewerkschaft und Arbeitgeber ausgeleitet hätten, wie weit beide Seiten gehen können, sei eine Entscheidung über Urabstimmung und Streik zu fällen. Wenn sich die Unternehmen weigern sollte, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, wird eine Automatik eintreten, die wir nicht aufhalten können und nicht aufhalten wollen“.

Die Metall-Arbeitgeber machen dagegen ihre Verhandlungsbereitschaft davon abhängig, daß die IG Metall einem Kompromiß unter dem VW-Abschluß zustimmt. Mayr, der im Herbst zum Vorsitzenden seiner Gewerkschaft gewählt werden soll, betonte gestern allerdings ebenso wie der amtierende Gewerkschaftschef Loderer, daß es keinen „Beschluß“ gebe, den VW-Abschluß als Richtlinie zu betrachten. Das tarifpolitische Ziel der IG Metall, der Ausgleich der Preissetzung zwischen Metall und VW-Abschluß, Mayr wolle den Arbeitgeber vor, zuerst Ultimaten aufgestellt zu haben.

Der Hauptgeschäftsführer der Gesamtmetall, Dieter Kirchner, appellierte dagegen gestern erneut an die Gewerkschaft, auf die ultimative Forderung nach Übernahme des VW-Abschlusses zu verzichten. Die Metallindustrie werde sich auch durch einen Streik das „überhöhte Datum von vier Prozent“ nicht aufzwingen lassen.

Die Arbeitgeber lehnten auch zunächst jede Terminvereinbarung ab. So sagte in Baden-Württemberg der Vorsitzende des Verbandes der Metallindustrie, Hans Peter Stiel, es sei nicht auszuschließen, daß die Arbeitgeber das Scheitern der Verhandlungen auch außerhalb Bayerns erklärten, wenn die IG Metall bei ihrem „ultimativen Verhalten“ bleibe.

Haben Ärzte keine Zeit für den Patienten?



DE ANTWORT:

Heilung ist mehr als richtige Diagnose und fachgerechte Behandlung. Heilung ist auch Trost, Verständnis, menschliche Wärme und Zeit für den Patienten. Etwa 60 – 80 Patienten behandelt ein niedergelassener Arzt Tag für Tag. Die Sprechstunde reicht hierzu meist nicht aus; Hausbesuche und Notensätze verlängern seine tägliche Arbeitszeit allzuoft bis in die späten Abendstunden.

Durch Fortbildung, wie kontinuierliches Selbststudium, Teilnahme an Kongressen, Erfahrungsaustausch mit Kollegen, vertieft der Arzt ständig sein

Fachwissen – zum Wohle des Patienten. Auch hierfür bleiben nur zu oft die Abendstunden sowie der Urlaub und das Wochenende. Der Arzt wendet also auch außerhalb der Praxisstunden sehr viel Zeit für seine Patienten auf.

Bei allem Fachwissen aber und allem technischen Fortschritt kann immer noch das richtige Wort zur rechten Zeit über den Erfolg einer Behandlung entscheiden. Das erfordert Zeit und Geduld, denn der Patient ist für den Arzt kein abstrakter „Fall“, sondern vor allem ein Mensch mit seinen ganz eigenen Ängsten und Gefühlen.



HEILUNG ALLEIN MACHEN NOCH NICHT GESUND.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 846, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der Beitrag der Rentner

Leserbrief: Ungewöhnlicher: WELT vom 24. Januar

Alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien halten es aus Gründen der Beitragsgerechtigkeit zwischen den Erwerbstätigen und den Rentnern für notwendig, daß nicht nur die aktiven Versicherten, sondern auch die Rentner einen Beitrag für den mit hohem Aufwand verbundenen Krankenschutz der Rentner zahlen. Damit soll auch eine ausgewogene Entwicklung der verfügbaren Einkommen von Arbeitnehmern und Rentnern gesichert werden, zumal bisher die Rentner in der Regel keine Steuern und keine Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen hatten.

Mit dem von der alten Regierungskoalition vorgelegten Rentenanpassungsgesetz 82 wurde folgende Regelung eingeführt, die auch insoweit von der neuen Bundesregierung mitgetragen wird: Die in der Krankenversicherung versicherten Rentner erhalten zu der Rente einen Beitragszuschuß von derzeit 11,8 Prozent ihrer Rente, der für die pflichtversicherten Rentner in gleicher Höhe als Beitrag für die Krankenversicherung von der Rente einbehalten und an die Krankenversicherung abgeführt wird. Mit den nächsten Rentnererhöhungen wird der Beitragszuschuß gestaffelt zum 1. Juli 1983 um 1 Prozentpunkt (bei einer gleichzeitigen Rentenerhöhung von 5,6 Prozent), zum 1. Juli 1984 um insgesamt 3 Prozentpunkte und zum 1. Juli 1985 um insgesamt 5 Beitragsprozentpunkte gekürzt, so daß die Rentner mit den genannten Prozentsätzen von ihrer Rente an der Finanzierung ihrer Krankenversicherung beteiligt sind.

Rentner, die neben ihrer Rente Versorgungsbezüge erhalten, müssen aus diesen Alterseinkünften ebenfalls Beiträge zur Krankenversicherung zahlen. Sie zahlen bereits ab 1. Januar 1983 Beiträge nach der Hälfte des allgemeinen Beitragsatzes der Krankenkassen, wie dies auch für Arbeitnehmer gilt. Im Bundesdurchschnitt sind das etwa 6 Prozent. Diese Regelung wurde bereits im Oktober 1981 beschlossen.

Mit der neuen Regelung wird erreicht, daß pflichtversicherte Rentner ab Mitte 1985 sowohl aus ihrer Rente als auch aus ihren Versorgungsbezügen etwa vergleichbare Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner zahlen werden. Durch das gestaffelte Inkrafttreten der Beitragszahlung soll vor allem verhindert werden, daß sofort die volle Belastung für die Rentner eintritt.

Für die beiden in dem Leserbrief erwähnten Beispiele werden ab Mitte 1985 folgende Beiträge zu zahlen sein:

Im Beispiel a) (= 1500,- DM monatliche Rente) beträgt die monatliche Beitragsbelastung 75,- DM. Im Beispiel b) (= 500,- DM Rente und 1000,- DM Betriebsrente mo-

natlich) beträgt die monatliche Beitragsbelastung etwa 85,- DM. Ich bin der Ansicht, daß Beiträge in dieser Höhe die pflichtversicherten Rentner im Hinblick auf den umfassenden Krankenschutz sozial nicht überfordern.

Freundliche Grüße
Ludger Reuber,
Bundesministerium für Arbeit
und Sozialordnung,
Bonn

Stadt Graudenz

Sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren der Redaktion,
auf der Titelseite der WELT vom Donnerstag, dem 10. März, finde ich die Notiz „Treffen mit Giepm“ (AFP/AP/rtr), die mich wie alles, was Polen betrifft, besonders interessiert hat.

Gewiß gibt es berufene Leute, die Sie darüber informieren könnten, daß „Grudziaz“ nicht bei Danzig liegt. Denn mit dieser Präposition wird ja wohl etwas in der näheren Umgebung befindliches bezeichnet. Wer auf die Karte schaut, kann erkennen, daß etwa 100 km, genauer 110 km, zwischen Danzig und dem so bezeichneten „Grudziaz“ liegen.

Noch für Kopelew (Aufbewahrung für alle Zeit) heißt „Grudziaz“ Graudenz; seit 1235 Burg und Siedlung des Deutschen Ordens, seit 1280 Kontarrsitz Solange ich lebe, ist die Stadt mir unter diesem Namen bekannt. Und der „König von Graudenz“, Guillaume René Baron de L'homme de Courbière, der in der Zeit der tiefsten Erniedrigung Preußens die Festung verteidigte und nicht übergab, dürfte dem Kaiser der Franzosen auf dessen Bemerkungen „Es gebe keinen König von Preußen mehr“ wohl kaum geantwortet haben, es gebe dann immerhin noch einen König von „Grudziaz“.

Daß Sie Marienwerder nicht mehr als „Kwidzyn“ bezeichnen, (was immerhin auf das prussische „Quidin“ zurückgeht), erkenne ich dankend als Fortschritt an. Vielleicht können Sie es für Graudenz an der Weichsel und evtl. auch für Bromberg an der Bräbe zukünftig ebenso halten.

Mit freundlichen Grüßen
Hanno Marah,
Schwaig u. Nürnberg

Wort des Tages

„Gute Ansichten sind wertlos. Es kommt darauf an, wer sie hat.“
Karl Kraus, Öster. Autor (1874-1936)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen. Je kürzer die Zeilen, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

BUNDESWEHR

Bei der ersten Panzerdivision in Hannover gibt es am Freitag einen Kommandowechsel. Kommandeur Generalmajor Heinz Kasch übergibt das Kommando nach dreieinhalb Jahren an Brigadegeneral Henning von Ondaarsa. Generalmajor Kasch geht als stellvertretender Inspekteur des Heeres, und damit zuständig für das Territorialheer, nach Bonn. Henning von Ondaarsa war bisher Leiter des Militärattachés in der deutschen Botschaft in Washington.

Hans Henning Fuchs, Kapitän zur See und seit 1973 Leiter des Protokollreferates im Bundesverteidigungsministerium in Bonn, geht Ende des Monats in den Ruhestand. Staatssekretär Joachim Hieble verabschiedete den Offizier, der inzwischen zu den meistdekorierten Soldaten der Bundeswehr gehört, da er bei allen Staatsbesuchen Orden entgegennehmen mußte, wie seine Kollegen scherzen, „für die Bundesrepublik die Soldatenbrust hingehalten hat“. Nachfolger von Hans Henning Fuchs wird der stellvertretende Brigadegeneralmajor der Panzerbrigade 36 in Bad Mergentheim, Paul Werner von der Schulenburg.

GEBURTSTAGE

Der Arzt und Theologe Hans Göttsche feiert gestern in Lemgo seinen 75. Geburtstag. Der Virologe und Krebsforscher verfaßt eine Vielzahl von allgemeinverständlichen Büchern im Bereich Medizin, Psychologie und Theologie und gewann hiermit einen internationalen Ruf. Zu seinen Werken gehören „Christus und Hippokrates“, „Die Unzuständigkeit der Seele“, „Die Ehe in der Zerstörung“, „Die sogenannte Wahrheit am Krankenbett“, das zu einem Standardwerk für die Grenzgebiete von Medizin und Theologie geworden ist.

In der deutschen Wirtschaft und im Sport ist er gleichermaßen bekannt. Kurt Capellmann, der am 25. März 60 Jahre alt wird, Capellmann ist heute persönlich haffender Gesellschafter der Waggonfabrik Talbot, Aachen, und Vorstandsvorsitzender der Düwag AG, der Waggonfabrik Krefeld. Uerdingen. Kurt Capellmann ist außerdem Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes Aachen, Präsident des Aachener Marketing-Clubs und altsrüherer aktiver Spring- und Dressurreiter Präsident des Deutschen Reit- und Fahrverbandes.

GESTORBEN

Dr. Wilhelm Blank, über Jahrzehnte engagierter katholischer Journalist, starb im Alter von 78 Jahren in Bonn. Der Mitbegründer der deutschen Sektion der Vereinigung europäischer Journalisten engagierte sich in seinen langen Jahren als Bonner Parlamentskorrespondent auch besonders für die deutsch-französische Verständigung.

سكنا من الكليل

Eine andere Politik

ed. - Viel zu spät und nicht zureichend. Diesen Kommentar im Realismus hört man über dem Devisenmarkt. Und schon die Devisenwandler: Die neuen Kurse werden nicht lange halten. Derartige Kritik und Skepsis nach Wechselkursveränderungen im Europäischen Währungsgebiet (EWS) sind durchaus verständlich.

Die Kritik an dem viel zu langen Inausschieben der Wechselkurskorrektur zwischen dem französischen Franc und der Mark ist in diesem Falle besonders berechtigt. Selbst Blinde konnten sehen, daß der Franc-Kurs schon seit längerer Zeit nur noch mit Milliarden-Schätzungen im Bereich der Inflationsschätzung zu schätzen war. Die Korrektur war aus geldpolitischer Sicht unumgänglich, all sich mit den Stützpunkten bei uns ein Inflationspotential aufzubauen drohte.

Fragezeichen tauchen jedoch unter der Kritik am ungenügenden Ausmaß der Wechselkursänderungen auf. Experten, die es gewohnt sind, besser zu wissen, als die Kurven, die sie in den Kurskorrekturen so zu einem gewissen Vorherbestimmen der schon künftigen Ausdehnung der Inflationsraten und unserer Partner in der Welt.

Wie lange die neuen Wechselkurse halten werden, hängt freilich von ein oder zwei Prozent mehr Abwertung oder Aufwertung ab, sondern davon, ob die Länder, deren neue Kurse

Inflationsziele

J. Sch. (Paris) - Hat unter dem Schock der dritten sozialistischen Franc-Abwertung in Frankreich ein wirtschaftspolitischer Umdeklarungsprozess begonnen? Erste Anzeichen hierfür könnte man in den jüngsten Erklärungen von Wirtschafts- und Finanzminister Delors erkennen. Es sei heute nicht mehr möglich, so erklärte er, in nationalen Bemühen, die Arbeitslosigkeit als absolutes Übel und die Inflation als nur relatives Übel zu betrachten. Denn Inflation würde die Arbeitslosigkeit verursachen. Das entspricht genau deutschen Vorstellungen. Jedoch hält Delors eine so weitgehende Inflationsbekämpfung wie die deutsche in Frankreich wegen des Verhaltens der Wirtschaftspolitik als absoluten Übel. Damit können aber wohl nicht nur die Sozialpartner gemeint sein. Auch der Staat selbst als übermächtiger Hauptakteur hat sich bisher ausgesprochen inflationistisch verhalten. Er sollte deshalb jetzt endlich mit gutem Beispiel vorangehen und den Kampf gegen die Inflation zur Priorität aller Prioritäten erheben.

WERKZEUGMASCHINENBAU / Weltweite Talfahrt ließ keinen Konkurrenten aus

Auftragsboom zum Ende des Jahres war nur ein sehr kurzes Strohfeuer

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Für den deutschen Werkzeugmaschinenbau hat sich der Auftragsboom vom Dezember 1982 - anders als für den Maschinenbau insgesamt - sehr schnell als Strohfeuer aus dem Auftragsloch gelöst. Das Auftragsloch folgte schon im Januar mit einem Volumen, das nur noch die Hälfte des Monatsdurchschnitts des Gesamtjahres 1982 erreichte. Ein weiterer Produktionsrückgang um fünf Prozent wird nicht ausgeschlossen.

Zur Zeit können die Werkzeugmaschinenbauer weltweit noch keine Wachstumsmärkte ausmachen. Man sei auf eine Belebung in den wichtigsten Abnehmerländern in Europa und den USA angewiesen, meint Bernhard Leiblinger, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken (VDW). Doch: „Auch bei einem Aufschwung in den USA und in der Bundesrepublik werden wir noch keine Bäume ausreißten können.“

Immerhin hat das Jahr 1982 die Branche auf ein Niveau zurückgeworfen, das noch unter dem von 1980 lag. Ihre Produktion schrumpfte um vier Prozent auf 9,85 (10,27) Milliarden Mark. 1980 hatte sie Maschinen im Wert von 9,88 Milliarden Mark hergestellt. Preisbereinigt sieht dieser auf den ersten Blick noch recht glimpfliche Rückgang sehr viel ernster aus: Ein Minus von mehr als zehn Prozent deutet an, daß in Stückzahlen die Flaute voll durchgeschlagen hat.

Das lag in erster Linie an den gravierenden Exporteinbußen. Der Rückgang um 7 (real: 13) Prozent auf 6,3 (6,7) Milliarden Mark wiegt umso schwerer, als mit 84 Prozent

fast zwei Drittel der Produktion ins Ausland wanderten. Das war mit einem leichten Inlands-Plus von ein Prozent auf 3,57 (3,53) Milliarden Mark wenig auszureichen, zumal auch dies sich nach Abzug der Preissteigerungen als ein Minus von fast fünf Prozent erweist.

Trotz aller Einbußen blieb die Bundesrepublik weltweit der größte Exporteur von Werkzeugmaschinen. Mit einem Weltmarktanteil von 24,2 Prozent führte sie weiterhin klar vor den Japanern mit 13,4 Prozent, den Italienern mit 7,9 Prozent, der Schweiz mit 7,1 Prozent und den USA mit 6,7 Prozent. Und auch in der Produktionsstatistik liegt sie mit 8,8 Milliarden Mark (hier ohne Zubehör gerechnet) immer noch auf dem dritten Platz hinter Japan (9,4 Milliarden Mark) und den USA (8,8 Milliarden Mark).

Angesichts ihrer karglichen Kapazitätsauslastung von nur noch 77 Prozent zur Jahreswende 1982/83 - 1981 hatte man im Schnitt noch bei 90 Prozent, 1980 sogar bei 92 Prozent gelegen - dürften solche Ranglisten die Unternehmen der stark mittelständisch geprägten Branche kaum aufheitern. Ihr Auftragsbestand, im Jahresdurchschnitt noch bei 6,4 Monaten, war

bis Ende Dezember auf 5,9 Monate abgefallen - das „Wunsch-Soll“ liegt bei acht bis neun Monaten. Bei Kostensteigerungen um 7,7 Prozent und (Listen-)Preissteigerungen um 6,2 Prozent hat sich schließlich auch die Ertragslage weiter verschlechtert.

Einzigster Trost für diesen Zweig des Maschinenbaus, ohne dessen Produkte auch ein großer Teil der übrigen Industrie wenig ausrichten könnte: Auch die Konkurrenten in anderen Ländern, nicht zuletzt Japan, kamen nicht ungeschoren davon. So ging die japanische Produktion um 1,8, die der USA sogar um 2,4 Prozent zurück.

Einbußen erlitten die Ausländer nicht zuletzt am deutschen Markt. Die Importe gingen um fast 14, real sogar um 20 Prozent zurück. Daß die Einfuhren aus Japan, am Gesamtmarkt mit zehn Prozent beteiligt, um mehr als ein Viertel schrumpften, kann freilich nur bedingt frohlich stimmen angesichts der Importanteile zwischen 30 (35) und 42 (52) Prozent bei den numerisch oder computernumerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen, dem Zukunftsbereich der Branche. Daß die Japaner nicht zuletzt wegen ihres Vorsprungs in der Mikroelektronik die Nase weit vorn haben, hat gerade im Februar die EG-Kommission der Branche klar ins Stammbuch geschrieben.

Die Entwicklung 1983 wird aber auch von den Werkzeugmaschinenbauern selbst sehr vorsichtig interpretiert. Aus den Zahlen für 1982 darf man keineswegs schließen, daß jetzt die Offensive der Japaner deutlich abgeklungen sei, unterstreicht Leiblinger.

DEISENMARKT / Aufwertungsgewinne nicht realisiert

Deutsche Aktien waren nach Wechselkursänderung gefragt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Einen Tag nach der Wechselkursneuordnung im Europäischen Währungssystem ist an den Märkten noch sehr niedrige Finanzmärkte gestern wieder der normale Alltag eingezogen. Die Auf- und Abwertungen sind kaum noch ein Gesprächsthema, wenn man einmal davon absieht, daß die Wechselkurskorrekturen vielfach als unzureichend kritisiert werden.

Das aus deutscher Sicht herausragende Ereignis an den Märkten war gestern, daß Ausländer die Aufwertung der Mark nicht zum Anlaß nahmen, nun Aufwertungsgewinne zu realisieren und D-Mark in andere Währungen zu tauschen. Ganz besonders deutlich war das an der Aktienbörse zu erkennen, wo keinerlei nennenswerte Auslandsabgaben zu beobachten waren, dafür aber neue Käufe deutscher Aktien für ausländische Rechnung. Diese von vielen Börsianern erwartete Konstellation und die Erleichterung darüber, die sich in Meinungskäufen niederschlug, sorgte gestern an der Aktienbörse für Kurssteigerungen um vier bis acht Mark bei den Publikumsaktien. Besonders lebhaft gefragt waren Aktien der Bereiche Banken, Elektro, Autos und Warenhäuser. Der Aktienindex der WELT kletterte von 125,5 auf 128,2 Punkte.

Am Devisenmarkt, wo schon am Montag das befürchtete Chaos ausgeblieben war, ist völlige Normalität eingetreten. Die abgewerteten Währungen wurden durchwegs dicht unter ihren neuen Höchstkursen innerhalb des EWS-Kursbandes gehandelt. Das ist nach Abwertungen allgemein üblich. Für

die Mark bedeutete dies, daß sie derzeit die schwächste Währung im EWS ist.

Glattstellungen von spekulativen Franc-Basispositionen waren am Devisenmarkt nicht beobachtet worden. Das wird vor allem damit erklärt, daß das Durchhalten solcher Engagements nach der Normalisierung der Kurssteigerungskosten am Terminmarkt nicht mehr sonderlich teuer ist, so daß man wartet, bis sich der französische Franc von seinem Höchstkurs löst. Beim belgischen Franc und der Dänischen Krone waren Gewinnrealisationen nicht möglich, weil die aktuellen Kurse noch über ihren früheren EWS-Tiefstkursen liegen.

Auf den Kurs des US-Dollars hat das EWS-Realignement, das eine rein innereuropäische Angelegenheit ist, keinen Einfluß gehabt. Man hatte zwar am Montagabend in New York geglaubt, nun würden Gelder aus der D-Mark in den Dollar zurückkehren; deshalb stieg der Dollarkurs zeitweilig auf 2,42 DM. Aber diese Annahme erwies sich schon bald als Fehlspekulation. Bis zur gestrigen amtlichen Notierung in Frankfurt ging der Dollarkurs wieder auf 2,4016 DM zurück, womit er allerdings immer noch um 1,40 Pfennig höher war als am Montag.

Auch die Äußerung von US-Finanzminister Regan, er rechne mit Kursverlusten des Dollars, wenn sich die Devisenmärkte wieder beruhigen, machte keinen Eindruck auf den Handel. Regan sprach sich vor Journalisten in Washington nochmals gegen regelmäßige Interventionen an den Devisenmärkten aus.

Drei Sündenfälle

Von JOACHIM GEHLHOFF

Wer sei, so stöhnte das Bundeswirtschaftsministeriums Staatsminister Dieter von Wurzen dieser vor staatskundigen Journalisten in Düsseldorf, die Position der desregulierten Stahlindustrie in der europäischen Opfergleichheit gemeinsamen Überwinden der schließlichen Stahlkrise. Auf den Blick ein nur zu verständliches Stöhnen. Denn weiterer Kollaps und Arbeitsplatzabbau, die Branche in Europa so nötig wie der Fisch das Wasser, ist politisch heikel und entscheidend unbeliebt.

och gleich dreimal ließ der Minister der Verneinung in Raum, daß die wirtschaftliche Lage des eigenen Hauses die gleiche Position unzulässigerweise rascheren droht. Drei Sündenfälle, die sich wohl nur damit erklären lassen, daß man im Hause liberaldemokratischen Wirtschaftsinstituten die alten und in liberaler Regierungskoalition ungenen staatspolitischen Fehler nicht leugnen, in christlicher Vergangenheit bewährte, aber denn doch nicht allzu erscheinen lassen möchte. Der Sündenfall: Die Staatswirtschaft schütz es als geringfügig, daß sich der deutsche Anteil an EG-Stahlproduktion seit 1974er Boomjahr bis 1982 nur zwei Prozentpunkte auf 32,2 ent vermindert hat. Tatsächlich macht dieser Zwei-Punkte-Abschlag bei heutiger, stark gesteigerter Produktion pro Jahr gut zwei Millionen Stahlonnen. Die könnten in deutschen Werken 10.000 Beschäftigte in Lohn und Brot halten. Gefährlich ist diese Prozentabwärtung also beileibe nicht.

weiter Sündenfall: Der Staatsminister zieht es in Zweifel, daß der (laut Montanunionenvertrag) Subventionswahnsinn der meisten anderen EG-Stahlländer, schon auf 80 Milliarden Mark ere, wie die deutschen Produzenten behaupten. Eher nur die Hälfte nach Bonner Meinung (schlimme) Hälfte dieser Summe scheint ihm die richtige Größe.

ne Not springt er da auf die längst brüchige Argumentationsebene der schlimmsten Subventionsblätter in der Europäischen Gemeinschaft. Eigene Subventionsrechnungen nämlich hat in Bonn nicht angestellt. Und zwar will die Argumentation der EG-Stahlindustrie geübt, die schon in Staatsgesetzen und dementsprechend oft chüsse aus der Steuerkasse als lästigen „Eigentümerbeitrag“ subventionsneutraler Form deklariert. Und das in Krisenjahren, lenen kein privater Stahlkonzern den Zehntausenden seiner Ei-

gentümer mit Kapitalbeschäftigungsplänen vor die Augen treten konnte.

Dritter und schlimmster Sündenfall: Offenbar letztlich folgt Bonner die Fährte der Subventionsblätter beim Streit um geleisteten und noch notwendigen Abbau von Stahl-Arbeitsplätzen. Vorlesungen halten da andere zu Recht den Deutschen entgegen, wenn man das Boomjahr 1974 mit dem Stand von Ende 1982 vergleicht. Da stehen in der Tat der deutschen Minusrate von 24 Prozent weit höhere in Frankreich, Belgien, Luxemburg und zumal in England entgegen.

Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte ist das Grobhirn der EG-Konkurrenten, die privatwirtschaftlich organisierten und auf Gewinnerzielung aus eigener Kraft ausgerichteten deutschen Stahlunternehmen haben schon vor dem letzten Boomjahr 1974, und damals weit mehr als ihre noch träumenden EG-Partner, auf Rationalisierung und Kostenoptimierung gesetzt. Vergleicht man den heutigen Stand mit dem Stand der über Jahre so hat die deutsche Stahlindustrie 30 Prozent ihres Personals abgebaut - diese Quote ist um die Hälfte höher, als alle übrigen EG-Stahlunternehmen zusammen schaffen.

Es wird hohe Zeit, daß die Bundesregierung auch diesen wichtigen Langzeit-Gesichtspunkt in ihre europäische Verhandlungsposition einbringt. Strukturpolitik sollte nicht kurzzeitig sein, meint der deutsche Stahlproduzentenverband zu diesem Kardinalpunkt. Auch in Bonn sollte man sich dazu bekehren.

Die Rückkehr zu einem freien Stahlmarkt, der nur die tüchtigsten Produzenten mit Rendite belohnt, wäre zwar auch mit solcher erfolgreicher Bekehrung noch nicht geschafft. Aber ein erster wichtiger Ansatz in diese Richtung wäre es immerhin. Den großen Rest muß bis 1985, der wieder einmal kodifizierten Endzeit der europäischen Stahl-Subventionslawinen, eine Neustrukturierung der deutschen Stahlunternehmen schaffen.

Sonderlich viel Verständnis für Begleitschutz oder gar Führungsrolle auf diesem Feld freilich ist in Bonn bislang nicht auszumachen. Vielleicht sieht es anders und besser aus, wenn am Donnerstag die große Stahlgießer-Runde mit Unternehmen und Gewerkschaften, mit Bundesländern und Stahlmoderatoren, zu Ende ist. Man kann es nur hoffen. Denn am bittersten und teuersten wird die Umstrukturierung der deutschen Stahlindustrie gewiß dann, wenn sie jetzt mangels kluger Bonner Stahlpolitik ihr Optimum weit verfehlt sollte.

AUF EIN WORT



„Der Staat ordnet zwar den Markt für Arbeit, aber dieser Markt ist selbständig und muß selbstständig bleiben. Der Markt, nicht der Staat, schafft Arbeitsplätze.“

Werner Thien, Vorsitzender der Deutschen Management Gesellschaft

Foto: Die Welt

Modernisierung weiter fördern

dpa/VWD, Frankfurt

Für eine Wiederaufnahme der direkten Modernisierungs- und Energieförderungen und einen Abbau der steuerlichen Benachteiligung beim selbstgenutzten Wohneigentum hat sich Bundesminister Oscar Schneider ausgesprochen. Zur Eröffnung der Internationalen Fachmesse Sanitär Heizung Klima (ISE) in Frankfurt sagte der Minister außerdem, daß mit der Verbesserung der indirekten steuerlichen Förderung zudem die Quote bei selbstgenutztem Wohneigentum von derzeit knapp 40 Prozent auf die Hälfte aller Haushalte erhöht werden solle. Schneider warnte davor, angesichts der derzeitigen „Atempause“ bei der Ölpreisentwicklung die Energiepolitik zu vernachlässigen. Langfristig notwendige Entscheidungen dürften nicht von kurzfristigen Preischwankungen abhängig gemacht werden. Energieeinsparung bleibe unverzichtbar.

AUTOMOBILINDUSTRIE

Nachfrage und Produktion nahmen weiter deutlich zu

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Deutschen zeigen sich nach einer langen Pause der Enthaltsamkeit wieder aufgeschlossener für ihr angeblich liebstes Kind, das Auto: Die Nachfrage nach Personenkraftwagen zeigt auf dem Inlandmarkt weiterhin steigende Tendenz, bekräftigt der Verband der Automobilindustrie (VDA), Frankfurt, in seiner jüngsten Produktionsstatistik. Bei den Bestellungen für Nutzkraftwagen wirken sich dagegen die wegen der Investitionszulage vorgezogenen Aufträge jetzt dämpfend aus, und auch die Auslandsbestellungen für den Bereich zeigen sinkende Tendenzen.

Insgesamt wurden im Februar in deutschen Werken 336.000 Kraftwagen hergestellt, darunter 313.100 Pkw und Kombiwagen. Damit ist, so hält der VDA fest, der Produktionszuwachs gegenüber Januar deutlich kräftiger ausgefallen als im November und Dezember. Auch die Neuzulassungen zeigten mit 180.189 Pkw im Februar (nach rund 159.000 im Januar) deutlich nach oben.

Vorjahresstand eingeholt, den sie in den beiden ersten Monaten zusammengekommen um 9 Prozent unterschreitet. Auch der Export ist noch weit vom Vorjahresniveau entfernt: In den ersten zwei Monaten zusammengekommen blieben die Pkw- und Kombifahrer um zwei Prozent unter dem - hohen - Vorjahreswert, bei den Nutzkraftwagen schlugen die Einbußen bei schweren Lastkraftwagen voll durch.

Daß die vorsichtig taktierenden Automobilhersteller, die sich in den letzten Monaten durch ausgiebige Kurzarbeit vor dem Aufbau großer Lager bewahrt haben, wieder zuversichtlicher sind, zeigt der Abbau der Kurzarbeit: Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich im Februar um 22.500 auf 138.400 Beschäftigte der Branche verringert, das sind auch weniger Mitarbeiter als im November und Dezember. Auch die Neuzulassungen zeigten mit 180.189 Pkw im Februar (nach rund 159.000 im Januar) deutlich nach oben.

VEREINIGTE STAATEN

Konjunktur entwickelt sich stärker als erwartet

H.A. SIEBERT, Washington

Die Konjunkturkurve zeigt in den USA immer deutlicher nach oben. Nach einer ersten Schätzung des Handelsministeriums in Washington, die sich auf noch unvollständige Daten stützt, wächst Amerikas Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 1983 real, also preisbereinigt, um vier Prozent Jahresrate. Der Schub ist etwa doppelt so stark wie vorausgesetzt. Das Weiße Haus feierte ihn als eine „Erholung, die sich rasch ausbreitet“.

Das US-Handelsministerium erklärt die höchste Wachstumsrate seit zwei Jahren mit der beschleunigten Industrieproduktion, die mit einer Verlangsamung des Lagerabbaus einherging. Leicht angehoben hat die Endnachfrage, wobei die Verbraucherausgaben und der Wohnungsbau den Nettorückgang der Güter- und Dienstleistungsexporte sowie der Regierungskäufe mehr als ausgeglichen haben. Nicht verändert haben sich jedoch die betrieblichen Investitionen, die 1983 real um 3,8 Prozent abnehmen sollen.

Gemessen am Bruttoinlandspro-

dukt, betrug die Inflationsrate in Amerika im ersten Quartal 1983 auf Jahresbasis nur 2,8 Prozent, verglichen mit fünf Prozent in der Oktober-Dezember-Periode 1982. In diesem Zeitraum sank die Wertschöpfung real um 1,1 Prozent (zum zweitenmal nach unten revidiert), gegenüber plus 0,7 und 2,1 sowie minus 5,1 Prozent in den vorausgegangenen drei Quartalen. Nach den endgültigen Zahlen lag das US-Bruttoinlandsprodukt 1982 real um 1,7 Prozent unter dem Vorjahr. Normal erreichte es 3059,3 Milliarden Dollar.

Wie das Ministerium weiter mitteilt, haben sich im vierten Quartal 1982 in den USA die Unternehmensgewinne aus laufender Produktion vor Steuern um 0,7 Prozent erhöht. Für die schwarzen Zahlen sorgten indes ausschließlich die Auslandsgewinne. Im Gesamtjahr 1982 sanken die US-Unternehmensgewinne um 16 Prozent. Weil die Firmen „abgespeckt“ haben und die Erholung als sicher gilt, rechnet das US-Handelsministerium für 1983 mit einer „dramatischen Verbesserung der Gewinn-situation“.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Währungssorgen beim Stahl

Düsseldorf (J.G.) - Die neue Abwertungsspanne des französischen Franc gegenüber der D-Mark bringe ohne entsprechende französische Stahlpreiserhöhung für die deutsche Stahlindustrie auf dem quotierten und preisregulierten EG-Stahlmarkt die Gefahr einer drastischen Erlösreduzierung von jährlich 1,5 Milliarden Mark. Der deutsche Produzentenverband erinnert deshalb die Bundesregierung an ihre Pflicht, im Ministerrat und gegenüber der EG-Kommission für die Sicherung eines einheitlichen Stahlpreisniveaus auf Basis der deutschen Preise im EG-Markt zu sorgen. 1982 seien die Folgen geänderter Währungsparitäten zu spät und unvollkommen durch Preissteigerungen in den Nachbarländern ausgeglichen worden.

Volle Lufthansa-Dividende

Düsseldorf (J.G.) - Trotz nur mäßigen Anstiegs der Verkehrsleistung hat die Deutsche Lufthansa AG, Köln, ihren Jahresgewinn 1982 nach zwei dürftigen Jahren auf voraussichtlich 95 (5,6) Mill. DM verbessert. Das ist mehr als ausreichend, um der Hauptversammlung am 14. Juli eine Dividende von 8 Prozent auf das volle Aktienkapital von 900 Mill. DM und eine Mitarbeiter-Ergebnisbeteiligung vorzuschlagen, nachdem in den letzten Jahren nur die 111 Mill. DM stimmrechtslosen Vorzugsaktien mit 5 Prozent Dividende bedient wurden. Der Vorstand begründet die Gewinnbesserung vor allem mit Eindämmung des Kostenanstiegs. Den spezifischen Treibstoffverbrauch habe man 1982 dank weiterer Flottenmodernisierung um knapp 7 Prozent gesenkt.

Keine Steigerung erwartet

Berlin (dpa/VWD) - Der Energie-Sparwille wird sich auch bei sinkenden Rohölpreisen nicht ändern, zumal rund zwei Drittel des Rückgangs im Gesamtenergieverbrauch der Bundesrepublik seit 1979 auf rationellere Energienutzung zurückzuführen sind. Deshalb rechnet der Vorstandsvorsitzende der Esso AG, Hamburg, Wolfgang Oehme, auch bei einer konjunkturellen Erholung in der Bundesrepublik nicht mit einer wesentlichen Steigerung des Mineralölabsatzes, der sich von 1979 bis 1982 um 25 Prozent verringerte. Dazu sei die Substitution durch Kohle, Kernenergie und Erdgas viel zu weit vorangetrieben, sagte Oehme in Berlin.

Großhandelspreise sinken

Bonn (dpa/VWD) - Die Großhandelspreise in der Bundesrepublik sind im Februar weiter zurückge-

gangen. Sie lagen sowohl gegenüber dem Vormonat als auch gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat um 0,8 Prozent niedriger. Wie das Bundeswirtschaftsministerium bekanntgab, verblieben sich von Januar bis Februar insbesondere die Mineralölzeugnisse, wie leichtes Heizöl (minus 8,8 Prozent), Diesellochöl (minus 7,8) und Benzin (minus 4,4). Billiger waren Lebensmittel wie Zitronen und Kartoffeln. Die Durchschnittlichen Großhandelspreise lagen im Januar um 0,3 Prozent unter denen vom Januar 1982.

Agrardebate vertagt

Brüssel (AFP) - Eine Verschiebung des Landwirtschafts-Marathons auf Anfang April hat die deutsche EG-Präsidialrat gestern beschlossen. Wie aus EG-nahen Kreisen in Brüssel am Dienstag verlautete, werden die Landwirtschaftsminister der „Zehn“ die ursprünglich am 28. März mit ihren Beratungen beginnen sollten, an diesem Tag nur zu einem kurzen Gespräch zusammenkommen, bei dem die Verlängerung der bisherigen Regelungen beschlossen werden soll. Ein genaues Datum für den „Marathon“ wurde noch nicht festgesetzt.

Belebung erwartet

Frankfurt (dpa/VWD) - Die Wirtschaft der Bundesrepublik wird sich 1983 nach Überzeugung der Dresdner Bank AG aus ihrer Schwächephase lösen und im Jahresdurchschnitt eine Zunahme des realen Sozialprodukts um etwa ein Prozent erzielen. Bei anhaltender Wirtschaftsbellebung könnten dann für die Jahre 1984 und 1985 Wachstumsraten von rund drei oder vier Prozent in Rechnung gestellt werden, hieß es in der in Frankfurt veröffentlichten Fünfjahresprognose der Dresdner Bank. Stütze der Konjunktur seien 1983 zunächst vor allem die Bauinvestitionen. Für den weiteren Jahresverlauf wird auch mit höheren Ausstattungs- und Lagerinvestitionen sowie einer Erholung der Exportkonjunktur gerechnet.

IWF an Kapitalmärkte

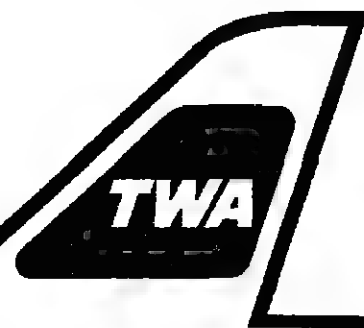
New York (dpa/VWD) - Der Internationale Währungsfonds (IWF) sollte sich intensiver auf eine mögliche Inanspruchnahme der privaten Kapitalmärkte vorbereiten und den Weg mit der Aufnahme „kleinerer“ Summen ebnen. Diese Forderung erhob die „Gruppe der 30“, der international bekannte Währungs- und Wirtschaftsfachleute aus aller Welt angehören. Der IWF hat bisher seine Mittel durch Mitgliederquoten und durch Direkt-Kreditaufnahme bei einzelnen Industrie- oder Ölländern beschafft.

WA. Und Sie sind da.

Amerika jetzt zweimal täglich.

Ab 24. April starten wir zweimal täglich von Frankfurt nach New York.
Um 10.50 Uhr und um 12.30 Uhr. Von dort aus geht's dann weiter in über 50 Städte der USA.
Mehr darüber bei Ihrem Reisebüro oder direkt von TWA.

Sie sollen sich bei uns wohlfühlen



FRANKREICH / Sicherung der Franc-Parität

Weitere Maßnahmen erwartet

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die Halbierung des französischen Außenhandelsdefizits in diesem Jahr und eine Verlängerung des derzeitigen Inflationsplans bis ins nächste Jahr hält Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister Delors für notwendig, um die neue Franc-Parität zu sichern. Welche konkreten Maßnahmen dafür ergriffen werden, ist noch nicht bekannt. Erwartet wird, daß die Staatspräsident Mitterrand heute abend im Fernsehen verkündet.

In Pariser Finanzkreisen bezeichnet man die neue Franc-Parität jedenfalls gegenüber der D-Mark als „etwas knapp bemessen“. Statt der vereinbarten acht Prozent war mit einer Auf- und Abwertung von zusammen zehn bis zwölf Prozent gerechnet worden. Daß sich dennoch der Franc am Devisenmarkt gegenüber dem Kurs vom letzten Freitag nur um effektiv vier Prozent entwertete, wird auf technische Faktoren (Auflösung der Spekulationspositionen) zurückgeführt.

Für die an den Devisenmärkten mit Spannung erwarteten flankierenden Regierungsmaßnahmen zur Franc-Abwertung steckte in zwischen Delors den Rahmen ab. Danach soll das französische Handelsbilanzdefizit, welches sich 1982 auf 93 Milliarden Franc verdoppelt hatte, 1983 auf 40 bis 45 Milliarden Franc reduziert werden.

Der Minister für den Energieimport dank der Ölpreismäßigung etwa 20 Milliarden Franc einspart. Dabei scheint die durch die Paritätsbereinigung herbeigeführte Franc-Abwertung

gegenüber dem Dollar mitberücksichtigt zu sein, nicht dagegen eine eventuelle weitere Aufwertung des Dollar.

Demzufolge müßte die Regierung durch welche die Importe exportiert bzw. die französischen Exporte gesteuert werden könnten. Was den Warenverkehr mit der Bundesrepublik betrifft, so wird eine Verminderung des französischen Defizits von 38,1 in 1982 auf 31,5 Milliarden Franc in 1983 angestrebt.

Dies wäre ein verhältnismäßig geringer deutscher „Beitrag“ zur teilweisen Sanierung der französischen Handelsbilanz. Denn das neue „Plafond“ läge um immer noch neun Milliarden Franc über dem von 1981 (22,6). Dabei ist unterstellt, daß auch im weiteren Verlauf dieses Jahres die Preise und Kosten in Frankreich stärker als in der Bundesrepublik steigen werden, und zwar mindestens doppelt so stark.

So bestätigte Delors jetzt ausdrücklich sein für 1983 auf acht Prozent festgesetztes Inflationsziel. Er hält das gegenüber der 1982 registrierten Jahresinflationsrate von 11,8 Prozent für eine nach französischen Verhältnissen maximale Preisstabilisierung. Für 1984 will er den Preisanstieg auf fünf Prozent begrenzen. Neue Maßnahmen hält der Minister „persönlich“ nicht für notwendig. Allerdings schloß er eine Verlängerung des derzeitigen einkommenspolitischen Dispositivs und dessen verschärfte Anwendung nicht aus.

FREIE BERUFE / Lehrstellenangebot wächst

Bei Ärzten droht Überfüllung

HANNA GIESKES, Bonn
„Wir sind sozusagen eine Wachstumsbranche“, rief Schlegel, Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB), Bonn, beifolgt die Zahl der von seinem Verband repräsentierten Freiberufler auf rund 330 000 im Jahr 1970 sei es erst rund 220 000 gewesen. Dieses Wachstum sei einerseits erfreulich, sagte Schlegel gestern in Bonn während der Vorlage des BFB-Jahresberichts, „aber es beweist auch, daß viele junge Akademiker weder beim Staat noch in der Wirtschaft eine Anstellung finden können“.

Der Präsident befürchtet für die nächsten Jahre „eine Überfüllung der steuerberatenden und ärztlichen Berufe“, bei Rechtsanwälten, Architekten und Apothekern sei die Schwemme bereits da. Dennoch sei man „in keiner Weise Vertreter einer irgendwie gearteten Beschränkung der Niederlassungsfreiheit“, dies gelte auch für die Freizügigkeit der Apotheker. Niederlassung innerhalb der erweiterten Europäischen Gemein-

schaft, die mit besonderen Problemen behaftet ist, weil Niederlassungsfreiheit bisher nur in der Bundesrepublik besteht.

„Überaus zufrieden“ ist Schlegel mit der Entwicklung des Lehrstellenangebots der Freiberufler. Hier sei die Zahl der Stellen mit sechs Prozent im vergangenen Jahr stärker gestiegen als im Durchschnitt der Wirtschaft, und wir gehen auch in diesem Jahr von einer Steigerung aus. Insgesamt bestanden zum 31. Dezember des vergangenen Jahres 123 646 Ausbildungsverträge.

Im Verband hofft man, daß die Öffnung der freiwilligen Kfz-Überwachung für freiberufliche Sachverständige „in Bälde“ realisiert werden kann. Im übrigen werden wir nicht müde werden, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Selbständigen steuerlich benachteiligt werden; ihnen fehle nach wie vor ein ausreichendes Äquivalent für die Steuerfreiheit des Arbeitgeberbeitrags zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung der Arbeitnehmer.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bensheim: G. u. G. Felberwerk- u. Sondermaschinenbau GmbH, Zwingenberg; Coestfeld: Hedwig Rengshausen, Kauftrau, Münster-Mecklenbeck, Inh. d. Heinrich Rengshausen Nachf., Nottuln; Dörmann: Hanel & Co. Bau GmbH, Hohenbach, Liers, Neuburg/Donau; Düsseldorf: la Casa bella Wohnbedarf GmbH i. L.; Emmendingen: Autobaus Bergerhoff

GmbH, Emmendingen-Mündingen; Gelsenkirchen: Westhoven & Reul GmbH; Köln: Siegfried Pfeil, Handel u. PKH Kunststoff-Verpackungen; Mönchengladbach: Friedhelm Florack GmbH; Nürnberg: Betonwerk Walter Schriener KG. Vergleich beantragt: Cloppenburg: Käthe Klina Krawietz GmbH; Köln: Musik Sales GmbH.

FINANZPOLITIK / Schleppender Zahlungseingang beim Fiskus

Steuerrückstände sind stark gestiegen

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Die Steuerrückstände sind in den letzten Jahren stärker gestiegen als die Steuereinnahmen. Der schleppende Zahlungseingang lag nach einer Untersuchung, die vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegeben wurde, zum einen an der konjunkturellen Verschlechterung und zum anderen an der „Zurückhaltung der Finanzämter bei Vollstreckungsmaßnahmen aus arbeitsmarktpolitischen Sicht“.

Allerdings: „Das Vorhandensein von Außenständen ist in der Steuererhebung als ebenso normal anzusehen wie bei Unternehmen“, heißt es. Bei steigenden Steuereinnahmen werden diese Außenstände entsprechend zunehmen. Die gesamten Steuerrückstände bei den Besitz- und Verkehrssteuern betrugen im vergangenen Jahr 15,4 Milliarden Mark, während das zugrunde liegende Kassensoll mit 273,6 Milliarden Mark angegeben

wird. Die Rückstandsquote als Anteil der gesamten Rückstände am Kassensoll erhöhte sich damit von 5,44 Prozent 1981 auf 5,62 Prozent im vergangenen Jahr. Bei 4,6 Milliarden Mark dieser rückständigen Steuerbeträge ist die Einbeziehung ausgesetzt worden, weil von den Steuerpflichtigen eingelegte Rechtsmittel Aussicht auf Erfolg haben. Weitere 1,4 Milliarden sind von den Finanzämtern „aus guten Gründen“ gestundet worden, so daß die Restbeträge von 9,4 Milliarden Mark als echte Rückstände betrachtet werden müssen, also als fällige, aber ohne Begründung nicht gezahlte Steuern.

Die Steuerrückstände bei den Besitz- und Verkehrssteuern sind zwischen dem 1. Dezember 1981 und dem 30. November 1982, verglichen mit der Vorperiode, um 820 Millionen Mark gestiegen. Mit diesem Plus von 5,6 Prozent erhöhte sich die Rückstandsquote bei der Körperschaftsteuer mit 10,2 Prozent ange-

In der Vorperiode hatten das Kassensoll und das Aufkommen um 2,7 und 2,1 Prozent zugenommen, die Steuerrückstände jedoch um neun Prozent. Während die Rückstände zwischen 1970 und 1975 dreimal so schnell wie das Kassensoll und das Aufkommen stiegen, konnte zwischen 1976 und 1979 das Entwicklungstempo der Rückstände gebremst werden. In den letzten Jahren hat es sich jedoch, nicht zuletzt unter konjunkturellem Einfluß, wieder deutlich beschleunigt. Die Zunahme der Rückstände ging vor allem auf das Konto der veranlagten Einkommensteuer (275), der Körperschaftsteuer (207), der Umsatzsteuer (179) und der Lohnsteuer (118 Millionen Mark). Die Rückstandsquote bei der Lohnsteuer liegt seit Jahren bei 0,9 Prozent, bei der veranlagten Einkommensteuer wird sie mit zuletzt 16,4 Prozent und bei der Körperschaftsteuer mit 10,2 Prozent angegeben.

BILDSCHIRMTEXT / Handel bedauert neue Gebührenordnung

„Das ist nicht mittelstandsfreundlich“

GEISLA REINERS, Bonn
Mit „Bedauern“ hat die Handelskammer des Deutschen Einzelhandels (HDE) die neue Gebührenordnung für Bildschirmtext zur Kenntnis genommen. Der Postverwaltungsrat hatte sie auf Vorschlag von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) auf seiner Sitzung am Montag gebilligt. Nach Auffassung der HDE ist die Gestaltung der monatlichen Grund-, Speicher- und Verkehrsgebühren nicht mittelstandsfreundlich. Die Bundespost werde sich darauf einrichten müssen, daß zahlreiche Anbieter aus dem Einzelhandelsbereich den neuen Fernmeldedienst, der am 1. September bundesweit eingeführt wird, nicht nutzen werden.

Im Bundespostministerium ist man dagegen nach wie vor der Ansicht, daß es sich um „günstige Gebühren“ handelt. Die vorgesehenen Anschließungs-, Änderungs- und Grundgebühren werden schon mit der Einführung des Systems im September fällig, die übrigen Gebühren fallen 1984 erst zur Hälfte und 1985 vollständig an. Anschließungs- und Änderungsgebühren betragen 55 Mark je Antrag. Der Anschluß, der schon die technischen Notwendigkeiten mit einschließt, acht Mark pro Anschluß.

Gestrichen wurde die Gebühr für Anbindung an Schlagwörterverzeichnis und das Bereitstellen von solchen Anbindungen. Billiger wurden das Absenden von Antworten (jetzt 30 statt 40 Pfennig) und die Einträge in Teilnehmerristen (0,5 statt 1,5 Pfennig je Eintrag/Tag). Der Einzelhandel hatte zu schon die Höhe der Grundgebühren kritisiert und hält auch das Absenden von Mitteilungen (40 Pfennig pro Seite) für zu teuer.

Über Bildschirmtext wird es künftig möglich sein, über eine Verbindung zwischen Telefon, Fernseher und einem zentralen Postcomputer zum Beispiel Reisen zu buchen, unbare Zahlungen über das Bankensystem abzuwickeln und Informationen wie zum Beispiel eine Fahrplanauskunft abzurufen. Die Bundespost rechnet 1986 bereits mit einem Millionenpublikum. Die Gebühren werden vorwiegend auf der Anbieterseite anfallen. Der Benutzer zahlt nur für die Inanspruchnahme des Systems.

Die Bundespost verbilligt aus diesem Grunde auch ihr Dienstleistungsangebot im Telefonbereich. So wird vom 1. Juni an der Anschluß eines zweiten Telefonsapparat nach nur noch 12 statt 27 Mark und die Anschließungsgebühr nach nur noch 100 statt 200 Mark betragen. Die Post erhofft sich davon einen Anreiz für die Nutzung von Bildschirmtext.

USA / Beim Streit mit der EG um Agrarexporte endlich mildere Töne angeschlagen

Handelskrieg kann keiner gewinnen

H.-A. SIEBERT, Washington
Im Streit um die Subventionierung von Agrarexporten in Drittländern schlagen die USA jetzt mildere Töne an. Vor dem Nationalen Pressesklub in Washington warnte der amerikanische Landwirtschaftsminister John Block ausdrücklich vor einem „Handelskrieg, den keiner gewinnen kann“. Die Vereinigten Staaten und die EG müßten konstruktiv zusammenarbeiten und nach fairen und gerechten Lösungen suchen. Noch vor wenigen Wochen hatte Block den Europäern eine „Agrarschlichtung an allen Fronten“ angedroht.

Für den Rückzug auf vorsichtigeren Positionen gibt es nur diese Erklärung: Die USA befürchten protektionistische Gegenmaßnahmen. Immerhin erzielen sie allein im Agrarhandel mit der EG Über-

schüsse von rund acht Milliarden Dollar jährlich. Zum anderen kann sich Washington wegen der ohnehin schon riesigen Haushaltsdefizite keine massiven Ausfuhrsubventionen leisten. Dazu Block: „Die Programme sind zu teuer; wir müssen uns mit der EG auf Einsparungen einigen.“ Die Verhandlungen letzte Woche seien nur der Beginn einer langen Gesprächskette.

Erstmal gab Block auch zu, daß die „Landwirtschaft einen Mindestschutz benötigt“. Zwischen den USA und der EG bestehe aber keine Übereinstimmung, wie das System auszuheben habe. Der Minister: „Wir zahlen unseren Farmern direkte Beihilfen und überlassen die Preisgestaltung dem Markt. Der Schutz der EG besteht dagegen aus konstant hohen Preisen.“ Block bezifferte die Agrarbeihilfen in den USA auf 18 (EG: 30 bis 40) Milliarden Dollar.

Das sind jedoch nur die Aufwendungen des amerikanischen Bundes. Hinzu kommen die Ausgaben der einzelnen Staaten, die diesen Betrag etwa verdoppeln.

Block ließ aber keinen Zweifel daran, daß die USA die Agrarexporte noch ausweiten werden. Eine Delegation unter seiner Leitung hat eine Werbereise nach England, Tunesien, Ägypten, Saudi-Arabien und die Türkei angetreten. Eröffnet werden Verkaufsbüros. Vom 17. bis 19. Mai findet überdies in Atlanta, Georgia, eine große amerikanische Agrarmesse statt, zu der auch mehrere hundert Einkäufer aus der Bundesrepublik erwartet werden. Nicht festlegen wollte sich Block, ob die USA subventionierte Lieferungen ins Ausland wiederholen. In der EG hatte die Ausfuhr von stark verbleibtem Weizenmehl nach Ägypten große Aufregung ausgelöst.

LEO ADAMS / In 100 Jahren zur bedeutenden Gruppe

Alles dreht sich um das Ei

JAN BRECH, Hamburg
Die in diesen Tagen vor genau 100 Jahren in Berlin als Einzelhandelsgeschäft für Eier und Landprodukte gegründete Firma Leo Adams (GmbH & Co.) Hamburg, zählt heute zu den bedeutendsten Eier-Erzeugern in der Bundesrepublik und zum größten inländischen Eier-Erfasser. Die Produktion, Erfassung und den Vertrieb von Eiern und Ei-Produkten nahm Adams Anfang der sechziger Jahre auf, nachdem durch die EG-Marktordnung der Drittlandsimport von Eiern weitgehend zum Erliegen gekommen war und Adams bis zu 80 Prozent seines Umsatzes eingebüßt hatte.

Die Leo Adams Firmengruppe erreichte 1982 einen Umsatz von rund 130 Mill. DM. Kernstück des Verbunds ist die Eier-Erfassung, Sortier- und Verpackungsanlage in Quakenbrück, die schon jetzt zu den größten inländischen Eierzentralen gehört und gegenwärtig für 10 Mill. DM auf eine Tageskapazität von 1,8 (bisher 1,5) Millionen Eiern erweitert wird. Von den 380 Mill. Eiern, die bis-

lang in Quakenbrück pro Jahr sortiert und verpackt worden sind, stammt gut die Hälfte aus zehn eigenen Hühnerfarmen. Vertrieben werden die Eier von der 100prozentigen Tochtergesellschaft Deutsche Frühstücksei GmbH & Co. KG. Die Tochter Elmstedt Ei-Produkte GmbH & Co. KG produziert und vermarktet zusätzlich rund 6000 Tonnen Ei-Produkte aller Art. Zu der weitestgehenden Gruppe gehören außerdem der größte deutsche Zuchtstuten-Betrieb in der Nähe von Bremen und die Fleisch-erzeugung Visbek GmbH & Co. KG.

Die Dachgesellschaft Leo Adams wird geführt von Erwin Adams, dessen Großvater die Firma in Berlin gegründet hatte, und seinem Sohn Paul Adams. Peter Adams, der zweite Sohn, leitet eine Verpackungsfabrik in den USA, die eine von verschiedenen amerikanischen Industriebeteiligungen darstellt. Aufgegeben hat Adams die nach dem Krieg betriebene Schifffahrt und das eigene Außenhandelsbankgeschäft.

Gervais Danone mit sieben Prozent Plus

dpa/WVD, München
Die Gervais Danone AG, München, steigerte im Geschäftsjahr 1982 den Umsatz um sieben Prozent auf 362 (339) Mill. DM und verbuchte einen Jahresüberschuss von 2 (1,4) Mill. DM. Die Umsatzrendite von 0,6 (0,4) Prozent bezeichnete der Vorstandsvorsitzende Jean Schwabel bei Vorlage des Jahresabschlusses allerdings als bescheiden. Es werden wieder 6 Prozent Dividende auf 21 (20) Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet, der Rest wird in den Rücklagen zugeführt.

Der Absatz konnte bei durchschnittlich zweiprozentiger Preiserhöhung um 5 Prozent gesteigert werden. Dabei habe man etwa einen Prozentpunkt Marktanteil hinzugewonnen.

Burbach-Kali zahlt Kapital zurück

dos, Kassel
Die Burbach-Kaliwerke AG, Kassel, wird der Hauptversammlung (18. April) vorschlagen, das Grundkapital von 34 Mill. DM zum Zwecke der Kapitalrückzahlung auf 100 000 DM herabzusetzen. Die Gesellschaft, die Ende 1982 ihre 7,3prozentige Beteiligung an der Kali und Salz AG (K+S) an die Wintershall AG veräußert hat, wird ihren Aktionären ferner eine Dividende von 47,30 DM je 50-DM-Aktie zahlen. Der Bilanzgewinn von 32,2 Mill. DM stammte fast ausschließlich aus der Veräußerung des K+S-Pakets. Beiden Maßnahmen, so schreibt der Vorstand, liege das Bestreben zugrunde, den wesentlichen Teil des Gesellschaftsvermögens den Aktionären zur eigenverantwortlichen Neuanlage zur Verfügung zu stellen.

BW-BANK / Vom Ertrag her glänzendes Geschäftsjahr

Kapital wird aufgestockt

WERNER NEITZEL, Stuttgart
Wie schon für 1982 rechnet die Baden-Württembergische Bank AG (BW-Bank), Stuttgart, auch für das laufende Jahr mit einem beträchtlichen Aufwand für die Risikoprüfung im Kreditgeschäft. Bei zahlreichen Unternehmen habe sich die Bonität wegen unbefriedigender Erträge weiter verschlechtert. Selbst im Falle eines Aufschwungs würden solche Unternehmen nach Meinung des BW-Bank-Vorstandspräsidenten Manfred Precht noch einige Zeit krisenfähig bleiben. Insofern erwartet er, daß die BW-Bank auch 1983 wieder einen „ordentlichen Abschluß“ vorlegen könne.

Unter Ertragsaspekten fiel das Geschäftsjahr 1982 für diese Regionalbank glänzend aus. Der Zinsüberschuss verbesserte sich um fast ein Drittel auf 187 Mill. DM. Es wurde ein um 71 Prozent auf 84 Mill. DM erhöhtes Teilbetriebsergebnis erzielt. Die durchschnittliche Zinsspanne vergrößerte sich auf 2,25 (1,8) Prozent. Das Ergebnis

ermöglichte es, Forderungen und Wertpapierabschreibungen zusammen mit den Rückstellungen für das Kreditgeschäft mit 36 (30) Mill. DM zu bedienen und auf Beteiligungen 11 (-) Mill. DM abzuschießen. Zu den wesentlichen Beteiligungen im Industriebereich zählten Mehrheitsanteile an der Wollekelembrik Zoeppritz und der Papierfabrik Weidenstein, die beide in der Verlustzone sind.

Der Hauptversammlung am 3. Mai wird aus dem auf 21 (18,5) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuss die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 18 Prozent zuzüglich eines Bonus von 2 (-) Prozent vorgeschlagen. Außerdem soll das Kapital im Verhältnis 5 zu 1 zum Kurs von 340 Prozent von 84 auf 96 Mill. DM aufgestockt werden. Die Bilanzsumme war im Berichtsjahr um 6,7 Prozent auf 8,2 Mrd. DM gewachsen. Das Kundenkreditvolumen wuchs mit dabei um 8,2 Prozent auf 5,9 Mrd. DM aus. Kräftig zugenommen haben die Kundeneinlagen, nämlich um 12,3 Prozent auf 5,1 Mrd. DM.

Besuchen Sie uns auf der Hannover-Messe 1983, 13.4. - 20.4.1983, Internationaler Treffpunkt Halle 15.

Schon über 1000 Firmen profitieren: Gewinn nach Steuern überdurchschnittlich.

In Puerto Rico, U.S.A., können Sie mitten im amerikanischen Markt noch hoch hinaus.

Mit einer Direktverbindung von Frankfurt kommen Sie dreimal in der Woche nach San Juan. Nonstop. Und wer Frankfurt kennt, wird ein vertrautes Bild wiederfinden: Wie das große Banken- und Geschäftszentrum in der Bundesrepublik ist auch San Juan in Puerto Rico, U.S.A., in den letzten Jahren ein Platz für außerordentlich erfolgreiche Geschäfte. Gerade richtig für eine Niederlassung Ihres Unternehmens, meinen Sie nicht auch? Denn Puerto Rico, U.S.A., hat viele Vorteile:

Puerto Rico ist assoziierter Staat der U.S.A.: Nord-, Süd- und Mittelamerika liegen vor Ihrer Haustür.

Mit einer Niederlassung Ihres Unternehmens in Puerto Rico steht Ihnen der Markt in den U.S.A. offen: ohne Importsteuern, und auch in Puerto Rico gilt der US-Dollar als Zahlungsmittel. Außerdem gibt es in

Puerto Rico die erste Freihandelszone, die von den U.S.A. außerhalb des Festlandes autorisiert wurde.

Für einen reibungslosen Start in Puerto Rico steht für Sie ein Team von Experten bereit. Es hilft bei der Standortbestimmung Ihrer Niederlassung, bei der Personalsuche, bei der Erarbeitung von Trainingsprogrammen. Und falls es schneller gehen muß: Die Regierung bietet schlüsselfertige Produktionsgebäude zu äußerst günstigen Bedingungen. Sie brauchen nur noch einzuziehen.

Denn auf der Insel, die für viele nur das



Das andere Puerto Rico: Nur 9 Stunden von Frankfurt, nur 3½ Stunden von New York, nur 1 Stunde von Caracas mit dem Flugzeug.

Bild vom Urlaub in der Karibik weckt, wird hart und produktiv gearbeitet.

Die Leute von Puerto Rico sind qualifizierte Mitarbeiter. Sie lernen begierig und schnell, selbst wenn es sich um schwierige technische Vorgänge handelt. Kurzum: nice people to know.

Was können wir noch tun, um Sie für Puerto Rico, U.S.A., zu interessieren?

Vielleicht das beste Argument für Puerto Rico sind die guten Erfahrungen von Unter-

nehmen, die schon hier sind. Unternehmen wie Rodenstock aus Deutschland, Hoffmann La Roche und Nestlé aus der Schweiz und über 1000 namhafte Firmen vom amerikanischen Festland, die sich bereits für eine Niederlassung auf der Insel entschieden haben.

Aber Fakten überzeugen besser als Worte: Für verschiedene Industriezweige haben wir Fallstudien erstellt. Kreuzen Sie die gewünschte Fallstudie an, und Sie bekommen umgehend die vielleicht interessanteste Lektüre seit Ihrem letzten Jahresabschluß.

Oder noch einfacher, Sie wählen die Telefonnummer 0611/742644 und rufen Herrn Carl Jahns an. Unser Mann in Frankfurt. (Telex Nr. 4189257). Er wird Ihnen auf gut deutsch alles erklären.

Mich würden Investitionsmöglichkeiten in Puerto Rico, U.S.A., interessieren und was andere Industrien dort für Erfahrungen gemacht haben. Bitte schicken Sie mir Informationen und Fallstudien über:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> die Computer-Industrie und Zulieferer von elektronischen Bauteilen | <input type="checkbox"/> die Schmuck-Industrie |
| <input type="checkbox"/> die Elektro- und Elektronik-Industrie in Puerto Rico mit Referenzliste | <input type="checkbox"/> die Pharma-Industrie |
| <input type="checkbox"/> die Maschinen- und Maschinenzubehör-Industrie | <input type="checkbox"/> die Metall-Industrie |
| <input type="checkbox"/> die Textil-Industrie mit Referenzliste der Textil-verarbeitenden Industrie | <input type="checkbox"/> Freihandelszonen |
| <input type="checkbox"/> die Schuh-Industrie | <input type="checkbox"/> das Arbeitskräfte-Potential auf Puerto Rico |
| | <input type="checkbox"/> Finanzierungsmöglichkeiten |
| | <input type="checkbox"/> die Infrastruktur |
| | <input type="checkbox"/> das Transport- und Verkehrswesen |
| | <input type="checkbox"/> Erfahrungsberichte von Investoren |

Name: _____ W/ 3/2
Firma: _____
Adresse: _____
Tel.: _____

An Herrn C.H. Jahns, Director Europe, Government of Puerto Rico, Mendelssohnstraße 53, 6000 Frankfurt/Main 1



Puerto Rico, U.S.A.
We get things done

ASF / Bessere Ergebnisse bei veredelten Produkten - Auftragsingang belebt

Gewinnsturz noch etwas gemildert

J. WEBER, Ludwigshafen
Die BASF AG, Ludwigshafen, rechnet im Gesamtjahr 1982 doch etwas glimpflicher davongekommen zu sein, als es nach den Monatsberichten zunächst aussieht. Hatte das Ergebnis vor Steuern der weltweiten Gruppe nach 10 Monaten noch um nahezu 40 Prozent unter dem Vorjahresniveau gelegen, so verminderte sich der Abstand bis zum Jahresende auf knapp 22 Prozent. Der Aufschwung von 1,3 auf 1,0 Mrd. DM trotz des spärlichen Auftragslage, die Umsatzentwicklung auf eine gewisse Erholung mit 32,5 (31,8) Mrd. DM hat die Gruppe 1982 insgesamt 2,3 Prozent mehr umgesetzt als im Vorjahr. Jahresmitte hatte sie nur ein Plus von 1,0, nach neun Monaten von 1,1 Prozent ausgewiesen. Das letzte Quartal erreichte nun ein Zuwachs um 6 Prozent, der freilich auch auf Währungsverschiebungen zurückzuführen dürfte. Bei offenbar minimalen Preiserhöhungen war die Hälfte des Gesamtumsatzes mengenbedingt. Gut liefen vor allem die Arbeitsgebiete mit höherveredelten Produkten, die teilweise sogar Marktanteile hinzugewinnen konnten. Ihre Ergebnisverbesserungen reichten jedoch nicht aus, die negativen Entwicklungen bei den Raffinerien (Wintershall), den Standard-Kunststoffen, den Fasern und beim Kali-Dünger auszugleichen. Auch regional gab es erhebliche Unterschiede in der Geschäftsentwicklung. Wirtschaftliche Schwierigkeiten bremsen das Geschäft vor allem in Nordamerika und Mexiko, in den übrigen Märkten ergab sich eine leichte Verbesserung. Im Inland und in Europa lag die Zunahme über dem Gruppenniveau.

Bei der AG ist die Erholung zum Jahresende weniger ausgeprägt als in der Gruppe. Zwar ist auch hier der Gewinnrückgang (vor Steuern) zum Jahresende mit gut 23 Prozent weniger ausgeprägt als noch Ende September (26,5 Prozent) oder gar zur Jahresmitte (33 Prozent). Doch mit 556 (725) Mill. DM wurde hier weitaus weniger „aufgeholt“ als im Weltgeschäft.

Beim Umsatz kam es mit einer Steigerung um 5,4 Prozent auf 15 (14,3) Mrd. DM offenbar zu einem Wachstumsrückgang im letzten Quartal 1982 (auf 3,5 Prozent) - nach neun Monaten hatte das Plus noch bei 6,1 Prozent gelegen. Obwohl der Zuwachs der AG ausschließlich mengenbedingt war, blieb die Kapazitätsauslastung unbefriedigend. Das hat ebenso zur Ergebnisverschlechterung beigetragen wie Währungsverluste, geringere Beteiligungserträge und erhöhte Pensionsrückstellungen.

Zu den Aussichten in der nächsten Zukunft äußert sich der Vorstand in seinem Zwischenbericht noch sehr vorsichtig. Während der Auftragsingang aus dem Inland und dem europäischen Ausland in jüngster Zeit wieder „etwas“ zugenommen habe, seien die Überseesorders weiter zurückgegangen, heißt es da. Und, ganz sibiylisch: „In einigen Bereichen wird mit einer Belebung des Geschäfts gerechnet.“

ESTHYPO / Nachfrage zieht langsam an

Weiterer Schritt nach vorn

INGE ADHAM, Frankfurt
Der Vorstand der Westfälischen Hypothekendarlehenbank, Dortmund, hat 1983 bei langsamem, aber stetigem Wachstum der Hypothekendarlehen „guten Erfolg“ in den ersten Wochen dieses Jahres erzielt. Das mehrheitlich zur arischen Hypothekendarlehenbank und unter den 18 größten Hypothekendarleheninstituten Bilanzsumme nach an achter rangiert, 313 Mill. DM Hypothekendarlehen und 536 Mill. DM Kommunalarlehen neu zugesagt, das sind Prozent mehr als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Und dies „ordentlichen Margen“, wie Vorstandsvorsitzender Robert ter betont. Auch netto machte Plus bei den Hypotheken im ersten halben Jahr aus. Der Vorstand geht davon aus, in diesem Jahr den überwiegen Teil der Prolongationen im se halten zu können. 1982 wuchs das 355 (118) Mill. DM, oder 84 Prozent. Zunehmen wird in diesem neben der Umschlaggeschwindigkeit - die Rückflüsse den 2,3 Mrd. nach 1,7 Mrd. DM - die Zahl der Zwangsversteigerungen. Die neue „Klasse von Zwangsmaßnahmen“ (überwiegend aus Scheidungsfällen) zwingt dem Institut per Jahresende 51 (7) Fälle mit Einzelwertberichtigungen auf, ein Risiko, für das, wie für 7,6 (3,3) Mill. DM Zinsrückstände, „reichlich vorgesorgt“ wurde.

Mit einem Bilanzsummenwachstum von 13 Prozent auf 12,17 (10,77) Mrd. DM hat die Westhypo nach Bekunden ihres Vorstands 1982 „erneut einen Schritt nach vorn getan“. Die Neuzugänge im Hypothekengeschäft stiegen um 41 Prozent auf 982 (698) Mill. DM, davon 53 (39) Prozent für Wohnungsneubaufinanzierung. Bewusst kürzer getreten ist die Bank bei den Kommunaldarlehen, deren Anteil an den gesamten Brutto-Neuzugängen von 2,93 (2,69) Mrd. DM auf 53 (72) Prozent gesunken ist. Refinanziert hat sich die Westhypo mit 3,02 (3,10) Mrd. DM Schuldverschreibungen.

Bei einem erweiterten Zinssaldo von 72 (57,6) Mill. DM weist die Bank 24,45 (23,82) Mill. DM Jahresüberschuss aus, aus dem 15 Mill. DM in die Rücklagen fließen und 18 (16 + 2) Prozent Dividende auf 56 Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet werden.

NDENER GILDE / Solide Kapitalstruktur

Bierabsatz steigt wieder

D. SCHMIDT, Wuppertal
Die Lindener Gilde-Brau AG (B), Hannover, größte Brauerei Niedersachsens, verzeichnet h dem seit drei Jahren anhaltenden Absatzrückgang im Geschäftsjahr 1982/83 (30,9) wieder eine steigende Tendenz. Nach Angaben des Vorstands nahm der Absatz in den ersten fünf Monaten um 3 Prozent zu. Unbefriedigend, so LGB-Vorstandschef Geri Nienaber, sei die Preisentwicklung. Preiserhöhungen indes derzeit nicht durchsetzbar, wohl der Anstieg der Malzpreise. Weitergabe der Kosten erfolgt. Geschäftsjahr 1981/82 verringerte sich der Absatz an Bier und alkoholfreien Getränken um 1,9 Prozent auf 1,36 (1,4) Mill. Hektoliter. Die Absatzverluste selbst vor allem in der Preisierungsphase der Sommermonate eingetreten, nachdem die starker Umsatzrückgang und in geringerem Umfang nachgezogen. LGB setzt rund 30 Prozent des Absatzes in der Gastronomie und Prozent über den Handel ab.

Im Gegensatz zum Ausstoß erhöht sich die Umsatzerlöse im Berichtsjahr leicht auf 149,2 (148,1) Mill. DM. Bei einem um 2,9 Mill. DM auf rund 93 Mill. DM verringerten Rohertrag weist die LGB einen Jahresüberschuss von 2,6 (3,6) Mill. DM aus. Daraus werden der freien Rücklage 0,5 (1,5) Mill. DM zugeführt. Danach verbleibt ein Bilanzgewinn von wieder knapp 2,1 Mill. DM.

Der Hauptversammlung am 26. April wird eine unveränderte Dividende von 13 Prozent vorgeschlagen. Die Muttergesellschaft, die Brauergilde Hannover AG, deren Jahresabschluss maßgeblich von dem der Tochter bestimmt wird, zahlt wieder 16 Prozent auf 9,15 Mill. DM Aktienkapital.

Trotz des etwas schlechteren Abschusses ist die Eigenkapitalstruktur der LGB unverändert solide. Unter Einbeziehung der Pensionsrückstellungen deckt das Eigenkapital (94,6 Mill. DM) 106 Prozent der Sach- und Finanzanlagen. Die liquiden Mittel stiegen um 11,4 Mill. DM auf 20,1 Mill. DM.

NAMEN

r. Richard Messers, vormals Geschäftsführer des Verbandes der Deutschen Heimtextilindustrie, Wuppertal, wird am 24. März 70 Jahre.

r. Hans Koppe wurde zum alleinigen Geschäftsführer der Neunkircher Sauerstoff GmbH, einer hundertprozentigen Tochter von Arbed in Wuppertal. Er ist Nachfolger von Willi Fries, der nach 40-jähriger

Betriebszugehörigkeit am 31. März in den Ruhestand tritt.

Ernst Walter David, früherer Leiter der Presse- und PR-Arbeit des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft und danach Pressesprecher des Gerling-Konzerns, Köln, vollendet am 25. März das 75. Lebensjahr.

Fritz Walter, Vorstandsmitglied der Thyssen Handelsunion AG, Düsseldorf, wird heute 60 Jahre.

SHUINDUSTRIE / Neue Importflut erwartet - Produktion ging weiter zurück

kaum Zuversicht für deutschen Markt

HARALD POSNY, Düsseldorf
Der Zweifrontenkrieg der deutschen Schuhindustrie gegen Import und Exporterwartungen hat die EG-Partner nicht mehr als Nach den jüngsten Währungsbeschlüssen des EWG-Vorstands wird auch eine neue Boni-Regierung der seit Jahren gequälten Branche keine wertvolle Hilfe sein. Entsprechend pessimistisch fiel auch die aktuelle Lageurteilung des Vorsitzenden des Schuhverbands der Deutschen Schuhindustrie, Horst H. Bassler, Mitglied der bevorstehenden 55. DS-Internationale Schuhmesse Düsseldorf (28. bis 29. März) aus: „Der Schuhmarkt mit über 100 Mill. im eingeführten Schuhe, Nummer 1 auf dem deutschen Markt, um sich einen Preisvorsprung durch die Brüsseler Beschlüsse in 8 Prozent ausrechnen. Im gleichen Rahmen wird sich die Verringerung der durch allerlei Kleinigkeiten behinderten Exporte nach Frankreich, hinter den Niederlanden die Nummer 2 im deutschen Markt 1982 erneut erfolgreich export, auswirken.“

Wenig Trost bieten die gemeinsamen mit den europäischen Herstellerverbänden ausgehandelten Selbstbeschränkungsabkommen mit einigen südostasiatischen Wettbewerbern. Die Forderung nach Protektionismus kommt den Verbandspräsidenten nur schwer von den Lippen. Gern ist man jedoch nicht unter den Branchen, die als Letzte das Fährlein des Liberalismus hochhalten.

Auch der deutsche Verbraucher zögert 1982 nicht mit. Die eigene Produktion ging abermals zurück, bei stärker als bei der Gesamtproduktion. Dabei fielen die Preissteigerungen bei den Produzenten mit 2,9 und im Handel mit 3,8 Prozent noch recht bescheiden aus. Dennoch wuchsen die Importe (davon 14 Prozent aus deutscher Auslandsfertigung) nach einer „Pause“ im letzten Jahr nach Parzahl und Wert 1982 um so schneller.

Vor allem die Italiener versuchten mit Preissenkungen entgegen ihrem heimischen Kostentrend den Markt zu halten. Das

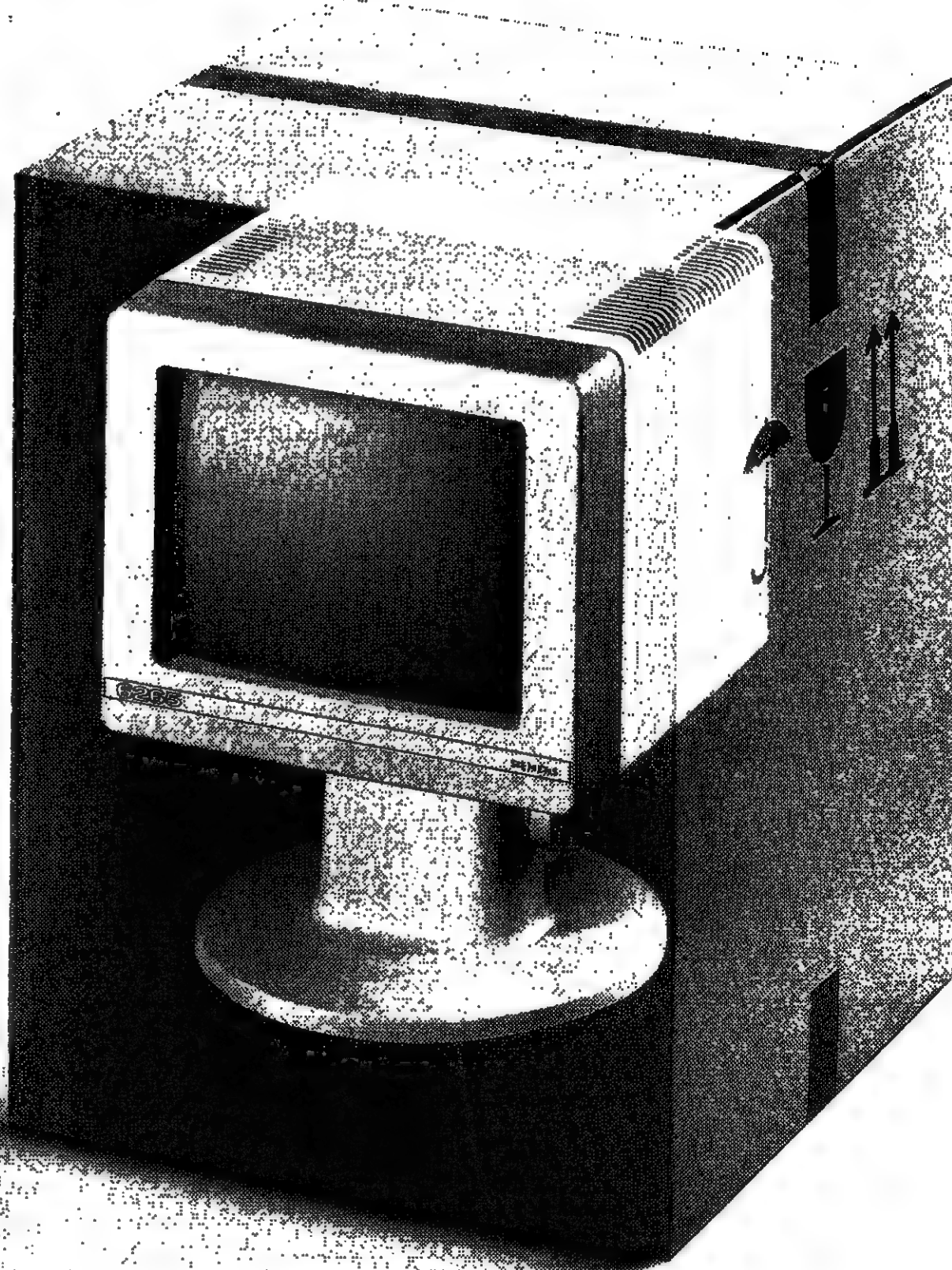
gehe, so Bassler, eindeutig auf Kosten von Qualität (Plastik statt Leder), was aber den Verbraucher nicht stört, solange die Schuhe „schön billig“ angeboten würden. Die Absatzsichtungen im Inland werden demgemäß verhalten beurteilt. Notwendige Preissteigerungen zwischen 3 und 7 Prozent seien nicht durchsetzbar, mit der Hälfte ist man 1983 schon zufrieden.

Schuhindustrie	1982 %	± %
Produktion (Mill. Paar)	96,3	- 2,0
dav. Straßenschuhe		
Ina Leder	51,4	- 5,4
Umsatz (Mill. DM)	5575	+ 2,2
Import (Mill. Paar)	202,9	+ 6,5
(Mill. DM)	3904	+ 5,5
Importquote (%)	74,8	(72,1)
Export (Mill. Paar)	27,2	+ 11,1
(Mill. DM)	910	+ 14,1
Exportquote (%)	28,2	(24,9)
Betriebe	401	- 7,0
Beschäftigte	49 390	- 5,5

*) vorläufige Zahlen; *) Menge, im Jahresdurchschnitt ab 20 Beschäftigte ohne Heimarbeiter

SIEMENS

Das Sicherheitspaket



Das Sicherheitspaket - für die sichere Entscheidung

Wer Computerleistung an den Arbeitsplatz bringen will, findet leicht attraktive Teillösungen. Wer jedoch eine sichere Entscheidung fällen will, braucht einen Partner, der die ganze Lösung bietet - das Sicherheitspaket.

Drei Faktoren sind es, die das Sicherheitspaket ausmachen und die Entscheidung für dezentrale Datenverarbeitung

mit Bürocomputern von Siemens sicher machen.

Die Hardware. Die Bürocomputer des Basis-Datensystems 6-000 werden auf der Erfahrung von 18.000 installierten Büro- und Minicomputern ständig weiterentwickelt.

Die Systemsoftware. Mit AMBOSS 3 können umfangreiche Mehrplatzanwendungen, Anwendungen mit Datenbanken und die Einbettung in beliebige Netzwerke leicht durchgeführt werden. Sie ermöglicht jedem Anwender die individuelle Lösung

aller Aufgaben der dezentralen Datenverarbeitung.

Die Beratung und Wartung. Unsere Teams sind immer in Ihrer Nähe und jederzeit für Sie erreichbar.

Über 18.000 von uns installierte Bürocomputer in der dezentralen Datenverarbeitung und Minicomputer in der Fertigungsautomatisierung sprechen für anerkannte Technik und hohe Qualität. Wenn Sie weitere Informationen wünschen, schreiben Sie an: Siemens AG, Infoservice, E35, Postfach 156, 8510 Fürth.

E 35/8295

Dezentrale Datenverarbeitung mit Bürocomputern von Siemens

Aktien auf neuem Höchststand

Kaufwelle brachte wieder zweistellige Tagesgewinne

DM. - Massive Kaufströme aus dem Ausland ließen an der Deutscher Börse eine weitere Kaufwelle aus, an der sich im Laufe des Vormittags auch institutionelle Anleger und zunehmend die private Bankenkundschaft beteiligten. Für die Ausländer war die DM-Aufwertung kein Grund, sich von deutschen Aktien zu verabschieden, die sie nach wie vor als unge-

wöhnlich preiswert ansehen. Der sich abzeichnende Konjunkturaufschwung, die vergleichsweise niedrige Inflationsrate sowie die gesunkenen Zinsen stellen in den Augen der ausländischen Aktienkäufer eine Idealkonstellation dar, wie sie sonst in der Welt kaum zu finden ist. Die Aktienkurse erreichten einen neuen Höchststand.

Die neue Hausse begann bei den Banken, wo es bei kräftig steigenden Kursen zu einem Kursrückgang kam. Von den bevorstehenden drei Bilanzkonferenzen der drei Großbanken erhofft man sich neue Anregungen. Sehr fest lag auch wieder die BfF-Bank, die zeitweise um 13 DM über den Vorkurs gehandelt wurde. Zu den von Anfang an bevorzugten Papieren zählten wieder Veba-Aktien, aber auch Siemens, wo es einen Tagesgewinn von rund 8 DM gab. Im späten Verlauf wurden auch Aktien aus dem Bereich der Automobilindustrie gehandelt. Der Kurs von Daimler um rund 10 und von Mercedes um 11 DM an. Selbst VW, wo ein Dividendenausschuss so gut wie sicher ist, nahmen mit einem Plus von 4 DM an der Börse. Im zweiten Börsentag richtete

sich das Interesse der Anleger zunehmend auf die Papiere der Großbanken, deren Kursgewinne von annähernd 4 DM sich allerdings vergleichsweise bescheiden ausnahmen. Sicherung lagen um 11 DM fester, Aachen-Münchener Beteiligungen erreichten zum 7. DM und 13 DM über dem Vorkurs. Die Aktienkurse erreichten einen neuen Höchststand.

Düsseldorfer: Keramik befestigten sich um 8 DM auf 178 DM, Bonner Zement erhöhte sich um 4 DM auf 140 DM und Gerresheimer Glas kletterte auf 147 DM. Der Aktienkurs verbesserte sich um 8 DM auf 147 DM.

Frankfurt: Die Standardwerte wurden bis zu 8 DM heraufgesetzt, mit dem Schwerpunkt bei Großbanken und Kaufhäusern. Von Neuenhagen blieben Aktien auf 373 DM, der Aktienkurs verbesserte sich um 8 DM auf 147 DM.

Berlin: DeTeWe zogen um 18 DM, BfF-Bank um 16 DM, Bertold um 11 DM und Schering um 10 DM. Die Aktienkurse verbesserten sich um 8 DM auf 147 DM.

Kurswert in 1000 DM: 178571

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf	Frankfurt	Hamburg	München	Aktien-Umsätze
22.3.83	22.3.83	22.3.83	22.3.83	22.3.83
1. Aach. Bank 178,50	1. Aach. Bank 178,50	1. Aach. Bank 178,50	1. Aach. Bank 178,50	1. Aach. Bank 178,50
2. Aach. Bank 178,50	2. Aach. Bank 178,50	2. Aach. Bank 178,50	2. Aach. Bank 178,50	2. Aach. Bank 178,50
3. Aach. Bank 178,50	3. Aach. Bank 178,50	3. Aach. Bank 178,50	3. Aach. Bank 178,50	3. Aach. Bank 178,50
4. Aach. Bank 178,50	4. Aach. Bank 178,50	4. Aach. Bank 178,50	4. Aach. Bank 178,50	4. Aach. Bank 178,50
5. Aach. Bank 178,50	5. Aach. Bank 178,50	5. Aach. Bank 178,50	5. Aach. Bank 178,50	5. Aach. Bank 178,50
6. Aach. Bank 178,50	6. Aach. Bank 178,50	6. Aach. Bank 178,50	6. Aach. Bank 178,50	6. Aach. Bank 178,50
7. Aach. Bank 178,50	7. Aach. Bank 178,50	7. Aach. Bank 178,50	7. Aach. Bank 178,50	7. Aach. Bank 178,50
8. Aach. Bank 178,50	8. Aach. Bank 178,50	8. Aach. Bank 178,50	8. Aach. Bank 178,50	8. Aach. Bank 178,50
9. Aach. Bank 178,50	9. Aach. Bank 178,50	9. Aach. Bank 178,50	9. Aach. Bank 178,50	9. Aach. Bank 178,50
10. Aach. Bank 178,50	10. Aach. Bank 178,50	10. Aach. Bank 178,50	10. Aach. Bank 178,50	10. Aach. Bank 178,50

Indextermine

Indextermine	22.3.83	21.3.83
1. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
2. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
3. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
4. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
5. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
6. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
7. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
8. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
9. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
10. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50

DM-Anleihen	22.3.83	21.3.83
1. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
2. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
3. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
4. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
5. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
6. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
7. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
8. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
9. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
10. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50

DM-Anleihen	22.3.83	21.3.83
1. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
2. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
3. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
4. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
5. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
6. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
7. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
8. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
9. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
10. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50

DM-Anleihen	22.3.83	21.3.83
1. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
2. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
3. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
4. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
5. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
6. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
7. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
8. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
9. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
10. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50

DM-Anleihen	22.3.83	21.3.83
1. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
2. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
3. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
4. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
5. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
6. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
7. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
8. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
9. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
10. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50

DM-Anleihen	22.3.83	21.3.83
1. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
2. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
3. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
4. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
5. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
6. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
7. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
8. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
9. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
10. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50

DM-Anleihen	22.3.83	21.3.83
1. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
2. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
3. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
4. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
5. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
6. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
7. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
8. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
9. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
10. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50

DM-Anleihen	22.3.83	21.3.83
1. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
2. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
3. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
4. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
5. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
6. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
7. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
8. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
9. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
10. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50

DM-Anleihen	22.3.83	21.3.83
1. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
2. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
3. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
4. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
5. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
6. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
7. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
8. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
9. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
10. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50

DM-Anleihen	22.3.83	21.3.83
1. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
2. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
3. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
4. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
5. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
6. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
7. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
8. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
9. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
10. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50

DM-Anleihen	22.3.83	21.3.83
1. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
2. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
3. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
4. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
5. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
6. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
7. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
8. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
9. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
10. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50

DM-Anleihen	22.3.83	21.3.83
1. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
2. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
3. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
4. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
5. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
6. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
7. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
8. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
9. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
10. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50

DM-Anleihen	22.3.83	21.3.83
1. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
2. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
3. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
4. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
5. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
6. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
7. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
8. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
9. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
10. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50

DM-Anleihen	22.3.83	21.3.83
1. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
2. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
3. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
4. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
5. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
6. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
7. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
8. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
9. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
10. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50

DM-Anleihen	22.3.83	21.3.83
1. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
2. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
3. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
4. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
5. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
6. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
7. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
8. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
9. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
10. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50

DM-Anleihen	22.3.83	21.3.83
1. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
2. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
3. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
4. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
5. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
6. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
7. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
8. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
9. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
10. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50

DM-Anleihen	22.3.83	21.3.83
1. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
2. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
3. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
4. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
5. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
6. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
7. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
8. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
9. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
10. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50

DM-Anleihen	22.3.83	21.3.83
1. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
2. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
3. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
4. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
5. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
6. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
7. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
8. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
9. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
10. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50

DM-Anleihen	22.3.83	21.3.83
1. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
2. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
3. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
4. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
5. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
6. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
7. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
8. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
9. Aach. Bank 178,50	178,50	178,50
10. Aach. Bank 178,50	178,50	1



Je anspruchsvoller unsere Produkte werden, desto anspruchsvoller wird auch die Arbeit.

Unsere Kunden wissen, was sie von uns verlangen können. Ihren Ansprüchen müssen wir mit immer besseren Automobilen gerecht werden.

Deshalb sind unsere Fahrzeuge aufwendiger geworden. Sie bieten noch mehr Sicherheit. Sie sind sparsamer und umweltfreundlicher. Sie sind komfortabler, und sie leisten mehr.

Wir investieren Milliarden in die Forschung, in die Entwicklung neuer Produkte, in die Verbesserung der Fertigungsqualität.

Aber wir vergessen nicht, daß Qualität nicht ohne den Menschen gemacht wird.

Deshalb dienen unsere Investitionen nicht nur dazu, unsere Automobile besser zu machen, sie dienen auch dazu, unsere Arbeitsplätze sicherer und humaner zu gestalten.

Die Arbeitsplätze sind heute noch besser geworden, – und ihre Zahl ist gestiegen, bei uns und bei unseren Zulieferfirmen.

Unsere langfristig angelegte Unternehmenspolitik hat in der Kontinuität ihre Früchte getragen: In den vergangenen sechs Jahren konnten wir 22.000 Arbeitsplätze neu schaffen und immer mehr Jugend-

lichen Ausbildungsmöglichkeiten eröffnen. Heute bilden wir 8.500 junge Menschen aus. So viel wie nie zuvor. In 35 technischen und 8 kaufmännischen Berufen, im Berufskolleg und in der Berufsakademie. Dabei haben soziale Gesichtspunkte ein hohes Gewicht. Auch Jugendliche ohne Schulabschluß, Sonderschüler, Lernbehinderte und junge Ausländer brauchen einen Ausbildungsplatz. Wir leisten unseren Beitrag.

Etwas Wichtiges kommt hinzu: Die Mitgestaltung technischer Entwicklungen. Wir sehen nicht nur die Folgen der neuesten technischen Entwicklungen für die Zukunft, sondern setzen uns mit ihnen aktiv auseinander.

Auf neue Technologien können wir nicht verzichten, wenn wir unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit bewahren wollen. Der Einsatz neuer Techniken ist ein wichtiger Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens. Das heißt jedoch nicht etwa, daß wir diesen Entwicklungen passiv gegenüberstehen müssen. Sie eröffnen neue Chancen, neue Spielräume zur aktiven Gestaltung. Aber neue Technologien verändern auch Arbeitsplätze

und Arbeitsinhalte. Wer gewöhnt war, eine bestimmte Arbeit auszuführen, muß umlernen. Auch Führungskräfte werden vor veränderte Aufgaben gestellt. Wir helfen dabei. Mit fachlicher Weiterbildung und mit der Fortbildung unserer Führungskräfte.

Die Bereitschaft zum Lernen und zum Mitgestalten ist groß. 53.000 Teilnehmer haben im vergangenen Jahr an den verschiedensten Weiterbildungsveranstaltungen teilgenommen, in 17.000 Verbesserungsvorschläge haben Mitarbeiter ihre Ideen eingebracht.

Unsere Personalarbeit vertraut auf Mitarbeiter, die zum persönlichen Einsatz bereit sind. Ihnen wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sie arbeiten und zusammenarbeiten können. Das ist ein wichtiger Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens.

Unsere Kunden vertrauen auf unsere Produkte, unsere Mitarbeiter vertrauen auf die Zukunft unseres Unternehmens und die Stetigkeit unserer Personalarbeit. Das verpflichtet uns.

Denn: Je anspruchsvoller unsere Produkte werden, desto anspruchsvoller wird auch die Arbeit.



Warenpreise - Termine

Deutlich fester schlossen die Gold-, Silber- und Kupfermärkte am Montag an der New Yorker Comex. Während sich auch Kaffee befestigen konnte, wies Kakao Verluste hin.

Getreide und Getreideprodukte

Waren	21.3.	18.3.
Weizen Chicago (ctush)	21.3.	18.3.
Maiz	21.3.	18.3.
Sojabohnen	21.3.	18.3.
Gerste	21.3.	18.3.
Hafer	21.3.	18.3.
Roggen	21.3.	18.3.
Weizen (an. 50)	21.3.	18.3.
Maiz (an. 50)	21.3.	18.3.
Sojabohnen (an. 50)	21.3.	18.3.
Gerste (an. 50)	21.3.	18.3.
Hafer (an. 50)	21.3.	18.3.
Roggen (an. 50)	21.3.	18.3.
Weizen (an. 100)	21.3.	18.3.
Maiz (an. 100)	21.3.	18.3.
Sojabohnen (an. 100)	21.3.	18.3.
Gerste (an. 100)	21.3.	18.3.
Hafer (an. 100)	21.3.	18.3.
Roggen (an. 100)	21.3.	18.3.

Genußmittel

Kaffee	21. 3.	18. 3.
New York (c)H	123,50	122,60
Terminmarkt, März	123,50	122,60
Mai	123,70	122,80
Sept.	123,50	121,15
Umsatz	5000	8795
Kahune		
New York (c)H	1851	1810
Terminmarkt, Mai	1851	1795
Sept.	1778	
Umsatz	5000	8795
New York (c)H		
Kostpreis Nr. 11 Mai	8,65	8,42
„	8,65	8,42
„	7,25	7,05
„	7,50	7,30
„	6,12	7,50
„	9,00	8,49
„	6,18	6,18
„	6,18	6,18
Kaffee	21. 3.	18. 3.
London (c)H Robusta-	1802-1853	1820-1855
Markt, März	1810-1813	1806-1847
Mai	1817-1817	1874-1855
Sept.	1817-1817	1855
Umsatz	5477	8208
Kaffee		
London (c)H	1236-1231	1236-1240
Terminmarkt, März	1262-1264	1247-1246
Mai	1264-1269	1247-1246
Umsatz		6092
Zucker		
London (c)H	116,15-116,20	115,85-115,95
Terminmarkt, März	123,25-123,95	123,50-123,60
Aug.	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50-123,60
„	123,25-123,95	123,50

Öle, Fette, Tierprodukte

Waren	21.3.	18.3.
Öle, Fette, Tierprodukte		
Erdöl (c)		
New York (c)	21.3.	18.3.
Sädesman hot West.	21.3.	24.3.
Wolle		
New York (c)		
US-Wollwashed	20.50	20.75
Sojaöl		
Chicago (c) März	17.50	17.50
Id.	17.51	17.55
Nov.	18.29	17.30
Aug.	18.26	18.12
Sept.	18.26	18.25
Oct.	18.70	18.40
Dec.	19.05	18.20
Wasserschwamm		
New York (c)		
Wollstoff-Tap	17.50	18.25
Schwamm		
Chicago (c)		
Aug. lang	16.00	16.00
Chicago (c) lang		
4% R. F.	14.075	14.075
Talg		
New York (c)		
Aug. lang	15.50	15.50
Nov.	15.50	15.00
Dec.	14.50	14.30
yellow mix. 10% R. F.	13.00	13.00
Seife		
Chicago (c)		
April	51.17	50.55
Aug.	54.85	54.85
Nov.	55.20	55.00
Seifenpulver		
Chicago (c)		
März	75.70	73.70
Aug.	74.00	74.00
Nov.	74.00	74.00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Nov.	555.50	554.75
Dec.	555.50	555.50
Subtotal			
Chicago (5300)		
Miner.	170.00	177.50	
Nov.	105.00	107.50	
Dec.	157.50	155.25	
Aug.	187.70	187.50	
Sept.	151.00	159.00	
Oct.	125.00	132.50	
Jul.	75.00	154.00	
Lafayette			
Wherry (Nov. 54)	21.3.	18.3.	
Nov.	57.00	57.00	
Dec.	252.00	252.00	
Jul.	289.00	290.00	
Kalamazoo			
Nov. (Nov. 54)	21.3.	18.3.	
Whitcomb Aug. 10th.	21.3.	21.50	
Grandville			
Rotterdam (54)	22.3.	21.3.	
Nov. 10th. of	442.50	442.00	
Lafayette			
Rotterdam (53)	375.00	390.00	
Nov. 10th. ex Frank.			
Pawnee			
Rotterdam (54)	370.00	370.00	
Nov. 10th. of			
Grandville			
Rotterdam (54)	107.50	105.50	
Nov. 10th. of			
Kalamazoo			
Rotterdam (54)	405.00	402.50	
Nov. 10th. of			
Lafayette			
Rotterdam (54)			
Nov. 10th. of			
Kalamazoo			
Rotterdam (54)	247.50	248.50	
Nov. 10th. of			

Metalle

Waren	21.3.	18.3.
Metalle	21.3.	18.3.
Edelmetall	21.3.	18.3.
Wasser	21.3.	18.3.
Gas	21.3.	18.3.
Strom	21.3.	18.3.
Wärme	21.3.	18.3.
Kälte	21.3.	18.3.
Luft	21.3.	18.3.
Wasser	21.3.	18.3.
Gas	21.3.	18.3.
Strom	21.3.	18.3.
Wärme	21.3.	18.3.
Kälte	21.3.	18.3.
Luft	21.3.	18.3.

Metalle

010	350,00	350,00
Erhöhungen — Monatsstufen		
Erhöhungsbetrag: Westfalen (1934) = 21,455, 19		
0,4530 kg; 1 FL — 75 WD — (-) 87C — (-) 87D — (-)		
Westdeutsche Metallnotierungen		
(DM je 100 kg)		
Metz. Eisen	22. 3.	21. 3.
Metz. Stahl	104,28—104,45	103,51—103,67
Metz. Nickel	106,18—106,25	107,59—107,67
Chem. Blei	102,10—102,28	100,59—100,77
Ischiene, Aluom	107,74—107,85	104,49—104,67
Ischiene, Feom	96,41	97,59
Ischiene 99,9%	3484—3519	3484—3520
WIE-Metalle		
(DM je 100 kg)		
Edelmetall	22. 2.	21. 3.
Gold		
1000 Gramm	370,18—381,20	375,12—378,25
1000 Gramm	112,00—112,00	111,25—112,25
Metz. in Feinblech		
1000 Gramm		
Edelmetall (Aluom)		
1000 Gramm	370,32	370,32
Veredelung	367	367
Auf den angegebenen Gehalten hier Nickel und Kupfer- und Nickelkupfer durch 10 Multiplikation		
Wessingnotierungen		
1. 2. 3. 21. 3.		
Wessing	222—223	222—223
Wessing	222—223	222—223
Wessing	222—223	222—223
Wessing	222—223	222—223

Metalle

Preis-Veränderung nach der Abgrenzungsergänzung vom 1. Mai 51 im West		
Edelmetalle	22.3.	21.3.
Gold (M-p.g.)	34.500	33.10
Silber (M-p.g. je Feingramm)		
Rein	33.100	32.900
Schmelz-Vergelt	32.300	31.900
Platin (M-p.g. je Feingramm)		
Rein (Miedl, Feing.)	32.500	32.900
Schmelz-Vergelt	32.500	31.410
Schmelz-Vergelt	34.520	33.500
Gold (Frankfurter) (Schmelz-Vergelt)	32.710	31.870
Gold (M-p.g. je Feingramm)		
Rein (Miedl, Feing.)		
Schmelz-Vergelt	335.00	795.00
Schmelz-Vergelt	822.00	771.00
Schmelz-Vergelt	536.00	524.45
Edelmetalle	22.3.	21.3.
Gold (M-p.g.)	420.75	414.20
Silber (M-p.g.)	41.25	414.50
Platin (M-p.g.)	41.50	414.50
Gold (Frankfurter) (Schmelz-Vergelt)	21.50-22.50	41.50-41.50
Gold (M-p.g. je Feingramm)	97.00	97.00
Rein (Feing.)		
Schmelz-Vergelt		
London (Feing.)	718.15	709.50
London (Feing.)	727.15	721.80
London (Feing.)	730.15	727.45
London (Feing.)	730.15	727.45
London (Feing.)		
London (Feing.)	21.3.	21.3.
London (Feing.)	268.50	168.30
London (Feing.)		
London (Feing.)		
London (Feing.)	66.00	67.00

Metalle

Metalle	106.50	109.00
Edelmetall	106.50	109.00
Wasser	113.00	114.00
Gas	117.00	118.00
Strom	22.00	21.50

Londoner Metallbörsen

Gold (Fein)	21.3.	18.3.
Gold (Fein)	70.00	72.00
Gold (Fein)	70.50	71.50
Gold (Fein)	71.75	72.75
Gold (Fein)	72.75	73.75
Gold (Fein)	74.00	75.00
Gold (Fein)	75.13	76.00
Gold (Fein)	76.13	77.20
Gold (Fein)	77.13	78.00
Gold (Fein)	78.00	79.00

Londoner Metallbörsen

Metallbörsen (KZ)	22.3.	21.3.
Metallbörsen (KZ)	650.50-660.00	641.50-651.00
Metallbörsen (KZ)	660.50-670.00	651.50-661.00
Metallbörsen (KZ)	670.50-680.00	661.50-671.00
Metallbörsen (KZ)	680.50-690.00	671.50-681.00
Metallbörsen (KZ)	690.50-700.00	681.50-691.00
Metallbörsen (KZ)	700.50-710.00	691.50-701.00
Metallbörsen (KZ)	710.50-720.00	701.50-711.00
Metallbörsen (KZ)	720.50-730.00	711.50-721.00
Metallbörsen (KZ)	730.50-740.00	721.50-731.00
Metallbörsen (KZ)	740.50-750.00	731.50-741.00
Metallbörsen (KZ)	750.50-760.00	741.50-751.00
Metallbörsen (KZ)	760.50-770.00	751.50-761.00
Metallbörsen (KZ)	770.50-780.00	761.50-771.00
Metallbörsen (KZ)	780.50-790.00	771.50-781.00
Metallbörsen (KZ)	790.50-800.00	781.50-791.00
Metallbörsen (KZ)	800.50-810.00	791.50-801.00
Metallbörsen (KZ)	810.50-820.00	801.50-811.00
Metallbörsen (KZ)	820.50-830.00	811.50-821.00
Metallbörsen (KZ)	830.50-840.00	821.50-831.00
Metallbörsen (KZ)	840.50-850.00	831.50-841.00
Metallbörsen (KZ)	850.50-860.00	841.50-851.00
Metallbörsen (KZ)	860.50-870.00	851.50-861.00
Metallbörsen (KZ)	870.50-880.00	861.50-871.00
Metallbörsen (KZ)	880.50-890.00	871.50-881.00
Metallbörsen (KZ)	890.50-900.00	881.50-891.00
Metallbörsen (KZ)	900.50-910.00	891.50-901.00
Metallbörsen (KZ)	910.50-920.00	901.50-911.00
Metallbörsen (KZ)	920.50-930.00	911.50-921.00
Metallbörsen (KZ)	930.50-940.00	921.50-931.00
Metallbörsen (KZ)	940.50-950.00	931.50-941.00
Metallbörsen (KZ)	950.50-960.00	941.50-951.00
Metallbörsen (KZ)	960.50-970.00	951.50-961.00
Metallbörsen (KZ)	970.50-980.00	961.50-971.00
Metallbörsen (KZ)	980.50-990.00	971.50-981.00
Metallbörsen (KZ)	990.50-1000.00	981.50-991.00
Metallbörsen (KZ)	1000.50-1010.00	991.50-1001.00
Metallbörsen (KZ)	1010.50-1020.00	1001.50-1011.00
Metallbörsen (KZ)	1020.50-1030.00	1011.50-1021.00
Metallbörsen (KZ)	1030.50-1040.00	1021.50-1031.00
Metallbörsen (KZ)	1040.50-1050.00	1031.50-1041.00
Metallbörsen (KZ)	1050.50-1060.00	1041.50-1051.00
Metallbörsen (KZ)	1060.50-1070.00	1051.50-1061.00
Metallbörsen (KZ)	1070.50-1080.00	1061.50-1071.00
Metallbörsen (KZ)	1080.50-1090.00	1071.50-1081.00
Metallbörsen (KZ)	1090.50-1100.00	1081.50-1091.00
Metallbörsen (KZ)	1100.50-1110.00	1091.50-1101.00
Metallbörsen (KZ)	1110.50-1120.00	1101.50-1111.00
Metallbörsen (KZ)	1120.50-1130.00	1111.50-1121.00
Metallbörsen (KZ)	1130.50-1140.00	1121.50-1131.00
Metallbörsen (KZ)	1140.50-1150.00	1131.50-1141.00
Metallbörsen (KZ)	1150.50-1160.00	1141.50-1151.00
Metallbörsen (KZ)	1160.50-1170.00	1151.50-1161.00
Metallbörsen (KZ)	1170.50-1180.00	1161.50-1171.00
Metallbörsen (KZ)	1180.50-1190.00	1171.50-1181.00
Metallbörsen (KZ)	1190.50-1200.00	1181.50-1191.00
Metallbörsen (KZ)	1200.50-1210.00	1191.50-1201.00
Metallbörsen (KZ)	1210.50-1220.00	1201.50-1211.00
Metallbörsen (KZ)	1220.50-1230.00	1211.50-1221.00
Metallbörsen (KZ)	1230.50-1240.00	1221.50-1231.00
Metallbörsen (KZ)	1240.50-1250.00	1231.50-1241.00
Metallbörsen (KZ)	1250.50-1260.00	1241.50-1251.00
Metallbörsen (KZ)	1260.50-1270.00	1251.50-1261.00
Metallbörsen (KZ)	1270.50-1280.00	1261.50-1271.00
Metallbörsen (KZ)	1280.50-1290.00	1271.50-1281.00
Metallbörsen (KZ)	1290.50-1300.00	1281.50-1291.00
Metallbörsen (KZ)	1300.50-1310.00	1291.50-1301.00
Metallbörsen (KZ)	1310.50-1320.00	1301.50-1311.00
Metallbörsen (KZ)	1320.50-1330.00	1311.50-1321.00
Metallbörsen (KZ)	1330.50-1340.00	1321.50-1331.00
Metallbörsen (KZ)	1340.50-1350.00	1331.50-1341.00
Metallbörsen (KZ)	1350.50-1360.00	1341.50-1351.00
Metallbörsen (KZ)	1360.50-1370.00	1351.50-1361.00
Metallbörsen (KZ)	1370.50-1380.00	1361.50-1371.00
Metallbörsen (KZ)	1380.50-1390.00	1371.50-1381.00
Metallbörsen (KZ)	1390.50-1400.00	1381.50-1391.00
Metallbörsen (KZ)	1400.50-1410.00	1391.50-1401.00
Metallbörsen (KZ)	1410.50-1420.00	1401.50-1411.00
Metallbörsen (KZ)	1420.50-1430.00	1411.50-1421.00
Metallbörsen (KZ)	1430.50-1440.00	1421.50-1431.00
Metallbörsen (KZ)	1440.50-1450.00	1431.50-1441.00
Metallbörsen (KZ)	1450.50-1460.00	1441.50-1451.00
Metallbörsen (KZ)	1460.50-1470.00	1451.50-1461.00
Metallbörsen (KZ)	1470.50-1480.00	1461.50-1471.00
Metallbörsen (KZ)	1480.50-1490.00	1471.50-1481.00
Metallbörsen (KZ)	1490.50-1500.00	1481.50-1491.00
Metallbörsen (KZ)	1500.50-1510.00	1491.50-1501.00
Metallbörsen (KZ)	1510.50-1520.00	1501.50-1511.00
Metallbörsen (KZ)	1520.50-1530.00	1511.50-1521.00
Metallbörsen (KZ)	1530.50-1540.00	1521.50-1531.00
Metallbörsen (KZ)	1540.50-1550.00	1531.50-1541.00
Metallbörsen (KZ)	1550.50-1560.00	1541.50-1551.00
Metallbörsen (KZ)	1560.50-1570.00	1551.50-1561.00
Metallbörsen (KZ)	1570.50-1580.00	1561.50-1571.00
Metallbörsen (KZ)	1580.50-1590.00	1571.50-1581.00
Metallbörsen (KZ)	1590.50-1600.00	1581.50-1591.00
Metallbörsen (KZ)	1600.50-1610.00	1591.50-1601.00
Metallbörsen (KZ)	1610.50-1620.00	1601.50-1611.00
Metallbörsen (KZ)	1620.50-1630.00	1611.50-1621.00
Metallbörsen (KZ)	1630.50-1640.00	1621.50-1631.00
Metallbörsen (KZ)	1640.50-1650.00	1631.50-1641.00
Metallbörsen (KZ)	1650.50-1660.00	1641.50-1651.00
Metallbörsen (KZ)	1660.50-1670.00	1651.50-1661.00
Metallbörsen (KZ)	1670.50-1680.00	1661.50-1671.00
Metallbörsen (KZ)	1680.50-1690.00	1671.50-1681.00
Metallbörsen (KZ)	1690.50-1700.00	1681.50-1691.00
Metallbörsen (KZ)	1700.50-1710.00	1691.50-1701.00
Metallbörsen (KZ)	1710.50-1720.00	1701.50-1711.00
Metallbörsen (KZ)	1720.50-1730.00	1711.50-1721.00
Metallbörsen (KZ)	1730.50-1740.00	1721.50-1731.00
Metallbörsen (KZ)	1740.50-1750.00	1731.50-1741.00
Metallbörsen (KZ)	1750.50-1760.00	1741.50-1751.00
Metallbörsen (KZ)	1760.50-1770.00	1751.50-1761.00
Metallbörsen (KZ)	1770.50-1780.00	1761.50-1771.00
Metallbörsen (KZ)	1780.50-1790.00	1771.50-1781.00
Metallbörsen (KZ)	1790.50-1800.00	1781.50-1791.00
Metallbörsen (KZ)	1800.50-1810.00	1791.50-1801.00
Metallbörsen (KZ)	1810.50-1820.00	1801.50-1811.00
Metallbörsen (KZ)	1820.50-1830.00	1811.50-1821.00
Metallbörsen (KZ)	1830.50-1840.00	1821.50-1831.00
Metallbörsen (KZ)	1840.50-1850.00	1831.50-1841.00
Metallbörsen (KZ)	1850.50-1860.00	1841.50-1851.00
Metallbörsen (KZ)	1860.50-1870.00	1851.50-1861.00
Metallbörsen (KZ)	1870.50-1880.00	1861.50-1871.00
Metallbörsen (KZ)	1880.50-1890.00	1871.50-1881.00
Metallbörsen (KZ)	1890.50-1900.00	1881.50-1891.00
Metallbörsen (KZ)	1900.50-1910.00	1891.50-1901.00
Metallbörsen (KZ)	1910.50-1920.00	1901.50-1911.00
Metallbörsen (KZ)	1920.50-1930.00	1911.50-1921.00
Metallbörsen (KZ)	1930.50-1940.00	1921.50-1931.00
Metallbörsen (KZ)	1940.50-1950.00	1931.50-1941.00
Metallbörsen (KZ)	1950.50-1960.00	1941.50-1951.00
Metallbörsen (KZ)	1960.50-1970.00	1951.50-1961.00
Metallbörsen (KZ)	1970.50-1980.00	1961.50-1971.00
Metallbörsen (KZ)	1980.50-1990.00	1971.50-1981.00
Metallbörsen (KZ)	1990.50-2000.00	1981.50-1991.00
Metallbörsen (KZ)	2000.50-2010.00	1991.50-2001.00
Metallbörsen (KZ)	2010.50-2020.00	2001.50-2011.00
Metallbörsen (KZ)	2020.50-2030.00	2011.50-2021.00
Metallbörsen (KZ)	2030.50-2040.00	2021.50-2031.00
Metallbörsen (KZ)	2040.50-2050.00	2031.50-2041.00
Metallbörsen (KZ)	2050.50-2060.00	2041.50-2051.00
Metallbörsen (KZ)	2060.50-2070.00	2051.50-2061.00
Metallbörsen (KZ)	2070.50-2080.00	2061.50-2071.00
Metallbörsen (KZ)	2080.50-2090.00	2071.50-2081.00
Metallbörsen (KZ)	2090.50-2100.00	2081.50-2091.00
Metallbörsen (KZ)	2100.50-2110.00	2091.50-2101.00
Metallbörsen (KZ)	2110.50-2120.00	2101.50-2111.00
Metallbörsen (KZ)	2120.50-2130.00	2111.50-2121.00
Metallbörsen (KZ)	2130.50-2140.00	2121.50-2131.00
Metallbörsen (KZ)	2140.50-2150.00	2131.50-2141.00
Metallbörsen (KZ)	2150.50-2160.00	2141.50-2151.00
Metallbörsen (KZ)	2160.50-2170.00	2151.50-2161.00
Metallbörsen (KZ)	2170.50-2180.00	2161.50-2171.00
Metallbörsen (KZ)	2180.50-2190.00	2171.50-2181.00
Metallbörsen (KZ)	2190.50-2200.00	2181.50-2191.00
Metallbörsen (KZ)	2200.50-2210.00	2191.50-2201.00
Metallbörsen (KZ)	2210.50-2220.00	2201.50-2211.00
Metallbörsen (KZ)	2220.50-2230.00	2211.50-2221.00
Metallbörsen (KZ)	2230.50-2240.00	2221.50-2231.00
Metallbörsen (KZ)	2240.50-2250.00	2231.50-2241.00
Metallbörsen (KZ)	2250.50-2260.00	2241.50-2251.00
Metallbörsen (KZ)	2260.50-2270.00	2251.50-2261.00
Metallbörsen (KZ)	2270.50-2280.00	2261.50-2271.00
Metallbörsen (KZ)	2280.50-2290.00	2271.50-2281.00
Metallbörsen (KZ)	2290.50-2300.00	2281.50-2291.00
Metallbörsen (KZ)	2300.50-2310.00	2291.50-2301.00
Metallbörsen (KZ)	2310.50-2320.00	2301.50-2311.00
Metallbörsen (KZ)	2320.50-2330.00	2311.50-2321.00
Metallbörsen (KZ)	2330.50-2340.00	2321.50-2331.00
Metallbörsen (KZ)	2340.50-2350.00	2331.50-2341.00
Metallbörsen (KZ)	2350.50-2360.00	2341.50-2351.00
Metallbörsen (KZ)	2360.50-2370.00	2351.50-2361.00
Metallbörsen (KZ)	2370.50-2380.00	2361.50-2371.00
Metallbörsen (KZ)	2380.50-2390.00	2371.50-2381.00
Metallbörsen (KZ)	2390.50-2400.00	2381.50-2391.00
Metallbörsen (KZ)	2400.50-2410.00	2391.50-2401.00
Metallbörsen (KZ)	2410.50-2420.00	2401.50-2411.00
Metallbörsen (KZ)	2420.50-2430.00	2411.50-2421.00
Metallbörsen (KZ)	2430.50-2440.00	2421.50-2431.00
Metallbörsen (KZ)	2440.50-2450.00	2431.50-2441.00
Metallbörsen (KZ)	2450.50-2460.00	2441.50-2451.00
Metallbörsen (KZ)	2460.50-2470.00	2451.50-2461.00
Metallbörsen (KZ)	2470.50-2480.00	2461.50-2471.00
Metallbörsen (KZ)	2480.50-2490.00	2471.50-2481.00
Metallbörsen (KZ)	2490.50-2500.00	2481.50-2491.00
Metallbörsen (KZ)	2500.50-2510.00	2491.50-2501.00
Metallbörsen (KZ)	2510.50-2520.00	2501.50-2511.00
Metallbörsen (KZ)	2520.50-2530.00	2511.50-2521.00
Metallbörsen (KZ)	2530.50-2540.00	2521.50-2531.00
Metallbörsen (KZ)	2540.50-2550.00	2531.50-2541.00
Metallbörsen (KZ)	2550.50-2560.00	2541.50-2551.00
Metallbörsen (KZ)	2560.50-2570.00	2551.50-2561.00
Metallbörsen (KZ)	2570.50-2580.00	2561.50-2571.00
Metallbörsen (KZ)	2580.50-2590.00	2571.50-2581.00
Metallbörsen (KZ)	2590.50-2600.00	2581.50-2591.00
Metallbörsen (KZ)	2600.50-2610.00	2591.50-2601.00
Metallbörsen (KZ)	2610.50-2620.00	2601.50-2611.00
Metallbörsen (KZ)	2620.50-2630.00	2611.50-2621.00
Metallbörsen (KZ)	2630.50-2640.00	2621.50-2631.00
Metallbörsen (KZ)	2640.50-2650.00	2631.50-2641.00
Metallbörsen (KZ)	2650.50-2660.00	2641.50-2651.00
Metallbörsen (KZ)	2660.50-2670.00	2651.50-2661.00
Metallbörsen (KZ)	2670.50-2680.00	2661.50-2671.00
Metallbörsen (KZ)	2680.50-2690.00	2671.50-2681.00
Metallbörsen (KZ)	2690.50-2700.00	2681.50-2691.00
Metallbörsen (KZ)	2700.50-2710.00	2691.50-2701.00
Metallbörsen (KZ)	2710.50-2720.00	2701.50-2711.00
Metallbörsen (KZ)	2720.50-2730.00	2711.50-2721.00
Metallbörsen (KZ)	2730.50-2740.00	2721.50-2731.00
Metallbörsen (KZ)	2740.50-2750.00	2731.50-2741

The Morgan Bank

In Deutschland

Mainzer Landstrasse 46, 6000 Frankfurt 17
Cecilienallee 6, 4000 Düsseldorf

Kurt F. Viernitz
Senior Vice President and General Manager

Morgan Guaranty Trust Company of New York [The Morgan Bank] ist die bedeutendste Tochtergesellschaft von J. P. Morgan & Co. Incorporated mit Aktiva von über US-\$56 Milliarden.

Hauptverwaltung: 23 Wall Street, New York, N.Y. 10015

Niederlassungen, Vertretungen, Repräsentanten und Beteiligungsgesellschaften weltweit.

Konsolidierte Bilanz

in Millionen US-Dollar

	31. Dezember 1982	31. Dezember 1981
Aktiva		
Kassenbestand und Bankguthaben	\$ 4 856	\$ 4 433
Verzinsliche Forderungen an Kreditinstitute	7 924	8 408
Wertpapiere des Anlagevermögens		
Kurswert am: 31.12. 1982 \$5.707; 31.12. 1981 \$4.094	5 725	4 788
Kredite und Leasing-Finanzierungen	30 549	28 434
Akzeptkredite	3 898	3 079
Sonstige Aktiva	4 326	3 969
Summe der Aktiva	56 778	53 111
Passiva		
Gesamteinlagen	39 808	37 689
Aufgenommenes Zentralbankgeld und in Pension gegebene Wertpapiere	6 270	5 206
Sonstige Verbindlichkeiten aus aufgenommenen Geldern	1 823	3 032
Eigene Akzeptkredite	3 902	3 079
Langfristige Verbindlichkeiten	407	189
Sonstige Verbindlichkeiten	2 114	1 662
Eigenkapital		
Gesamtes Eigenkapital	2 454	2 254
Summe der Passiva	56 778	53 111

Wichtige Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

in Millionen US-Dollar

	1982	1981
Netto-Zinsertrag	\$ 946	\$ 726
Überschuss vor Gewinnen (Verlusten) aus dem Abgang von Anlagepapieren	413	357
Jahresüberschuss	362	321

Mitglied der Federal Reserve System und der Federal Deposit Insurance Corp.

Peine-Salzgitter

Ihr Partner für Stahl

- Wertpapier-Kenn-Nr. 620 200 -

Hiermit laden wir die Aktionäre unserer Gesellschaft ein zu der am Mittwoch, dem 11. Mai 1983, 11.00 Uhr, im Bildungszentrum P+S, Hemer Platz, Peine, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1981/82 mit dem Bericht des Aufsichtsrates.
2. Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1981/82.
3. Ergänzungswahl zum Aufsichtsrat.
4. Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 1982/1983.

Die vollständige Bekanntmachung der Tagesordnung mit Vorschlägen zur Beschlussfassung ist im Bundesanzeiger Nr. 57 vom 23.3.1983 veröffentlicht. Wir bitten, dieser Bekanntmachung die Erläuterungen zur Tagesordnung zu entnehmen. Im übrigen verweisen wir auf den unseren Aktionären von ihren Depotbanken zugehenden Geschäftsbericht, dem die Mitteilung gemäß § 125 AktG mit der ungekürzten Einladung beigefügt ist.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens Freitag, 6. Mai 1983, bei einer der in der vollständigen Einladung genannten

Hinterlegungsstellen hinterlegen und dort bis zur Beendigung der Hauptversammlung hinterlegt halten. Es kann auch in der Weise hinterlegt werden, daß Aktien mit Zustimmung einer der Hinterlegungsstellen für diese bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung im Sperrdepot gehalten werden. Auch kann bei einem Notar oder einer Wertpapiersammelbank hinterlegt werden. In diesem Fall ist der Hinterlegungsschein bis spätestens Sonnabend, 7. Mai 1983, unserer Gesellschaft einzureichen.

Über die Hinterlegung wird eine als Eintrittskarte dienende Bescheinigung ausgestellt.

Salzgitter, im März 1983

Stahlwerke
Peine-Salzgitter AG
Der Vorstand

Titelvermittlung und -kauf sind völlig legal

- aber Vertrauenssache -
Schicken Sie uns Ihr Vertrauen.

- Wir sind schon lange auf dem Markt.
- Wir geben uns mit voller Anschrift zu erkennen und werden nicht unter Chiffre etc.
- Wir sind eine große Firma mit langjähriger Erfahrung auf diesem Gebiet.
- Wir unterhalten weltweite Kontakte.
- Vermittelt werden können folgende Titel wie: Dr. Dr. h. c. Professor, Konsul, Senator, Ehrenbürger, Ordensritter, Adelsprädikate zur persönlichen oder gewerblichen Führung.
- Weitere Möglichkeiten auf Anfrage.
- Diskretion ist uns selbstverständlich.

AVI Treuhand

Frauenbergstraße 8, 7967 Bad Waldsee
Tel. 0 75 24 / 80 48 / 80 49 / 80 40, Telex 732 774 avb d

Wählen Sie jetzt den Aufschwung für Ihr Geld!

Die Börse ist in bester Stimmung. Das Kursbarometer steigt. Eine ganze Reihe deutscher Aktienwerte profitiert vom Konjunktur-Optimismus.

UNIFONDS beteiligt Sie an den Aktien ausgesuchter deutscher Spitzenunternehmen. UNIFONDS nutzt die Hausse-Phase. Für Anleger, die diesen Aufschwung nicht verpassen wollen, ist UNIFONDS jetzt der richtige Tip.

UNIFONDS erhalten Sie bei allen Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie bei Privat- und Regionalbanken. Oder fordern Sie unseren kostenlosen Informationsprospekt an.

Unter Ziel: Ihr Profit
Gesellschaft mit
Mörike Landstraße 47
6000 Frankfurt am Main 1



Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V.
- Präsident -
Alfredstraße 73
4300 Essen 1

Zum Thema Auslandsgeschäft

Rühle v. Lilienstern (Hrsg.)
Aufbau und Durchführung des Auslandsgeschäfts
420 Seiten, Gebunden, DM 118,-

Im vorliegenden Buch stellen 32 Experten aus der Wirtschaftspraxis in 30 Beiträgen Möglichkeiten und Probleme des Aufbaus und der Erweiterung des Auslandsgeschäfts dar. Es werden insbesondere mittelständische Unternehmen angesprochen, die ihre Auslandstätigkeiten erst beginnen oder auch intensivieren wollen.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Informations-Coupon

(einsenden an Alfred Metzner Verlag - Postfach 970148 - 6000 Frankfurt/M. 97)

Ich bitte um weitere Informationen zum Thema „Auslandsgeschäft“

Name/Vorname

Straße

PLZ/Ort

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Axelbert Brück

Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, München: Dr. Wilfried Riedel, Josef Grottel, Harald Pösch, Frankfurt: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamburg: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Köln: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Düsseldorf: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Stuttgart: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bonn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Wiesbaden: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Mainz: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Koblenz: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Trier: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Saarbrücken: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Ludwigshafen: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Neuwied: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Aachen: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Bielefeld: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Münster: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Hamm: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Paderborn: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, Detmold: Dr. Hans-Jürgen Kuntz, Klaus Götzel, Peter Wörner, B

[illegible]

[illegible]

ttwoch, 23. März 1983 - Nr. 69 - DIE WELT

Striptease vom Alten

blis - Neulich im Fernsehen vom "Alten" gab es einen merkwürdigen Zwischenfall. Die Beamten der Mordkommission durchsuchten ein Haus und stießen dabei auf den in Schauspielerkreisen sehr bekannten Hans-Joachim Harnsdorff. Der Mime sollte sich wahrscheinlich gerade ein bißchen frisch machen und muskelbepackt stand er mitten im Zimmer, und der alte sagte: "Hallo!" und "Auf Sie haben wir gerade noch gewartet", daß die Handschellen schnappen und nahm Harnsdorff mit ins "Rasidium".

Wohlgemerkt: Der Vorgang

atte nicht das geringste zu tun mit der gerade laufenden Kriminalroman- und verschwand aus dem Fernseher, ohne daß irgendwelche Auswirkungen auf die Lösung des anstehenden Falles gehabt hätte. Sein Striptease war eine gewissermaßen weiche Einlage, ein Muster ohne Wert, wenn man so will, man konnte sich des Eindrucks

nicht erwehren, als sei es einzig und allein darum gegangen, den Mann wieder einmal in voller Pracht einem Millionenpublikum vorzustellen. Vielleicht sucht er eine Rolle und hoffte, auf diese Weise an einen Agenten zu kommen.

Für kreative Drehbuchschreiber von Fernsehserien eröffnet sich hier ein weites Feld: der abendliche Kriminalroman, der Ermittlungsbüro für einermassen bekannten, aber zur Zeit engagierten Schauspielerkollegen. Der Mörder hat sich zunächst einmal in der Tür vertan, vertritt sich in ein fremdes Badezimmer, sagt verwirrt Verzeihung und entschwindet; in der Badewanne aber sitzt das Filmsternchen Soudo und läßt seine Reize spielen.

Oder Polizisten suchen im Wald nach der Tatwaffe und finden - ganz nebenbei - einen im Gras schlafenden Penner, der sich unwillig auf die Seite dreht und weiter schläft; es ist der Altmeist, XYZ, der sich so seiner zahlreichen Gemeinde in Erinnerung bringt. Wie gesagt, dem Kriminalroman sind bei diesem Spiel keine Grenzen gesetzt, und die Glaubwürdigkeit der Handlung kommt es ohnehin nicht an.

London: Ein Musical für Marilyn und anderes Wo blieben die Noten?

Londoner Westend wird dieser Tage der Star der Geschichte. Showbusiness-Superstar Marilyn Monroe wird am Adelphi-Theater von der hochbegabten Sängerin Stephanie Lawrence Musical-Heroine zu neuem Leben erweckt. Und zum anderen Ende der nicht zuletzt als Musical-Held unvergessene Publikums-Queen Rex Harrison zum langer als 75-jähriger zum Londoner Star zurück, als Captain Shot in Shaws "Haus Herenstod".

In "Sprechkathol", Liebreiz und neorealistisches Spiel, das Diana Rigg ist am Haymarket-Theater die Partnerin Harrison, der sich hier zum ersten Mal eine Bühnenrolle einen Vollwachsen ließ.

Ein Musical "Marilyn" apellieren Jacques Wilson und komponist Mort Garson bereits in ein Eingangschor: "Did you know Marilyn Monroe?" an das geheime Verständnis des Publikums: Mythos Marilyn soll wiederbelebt werden. Freilich erfährt man nichts Neues über die Monroe. Das Spiel spült die Stationen ihrer Karriere von der 15-jährigen Norma in durch die Ehen und die Bel der Steigbügelhalter bis hin zum Ruhm als Sexdof bis zum letzten Ende. Das geschieht inventionell und schematisch. Marilyn Monroe, jene berühmte Blondine mit dem kleinen n, von Hollywood zu einer Symbolfigur hochstilisiert wurde - Marilyn als Marionette also - dieser

entscheidende Aspekt für eine auch nur einigermaßen differenzierte Darstellung des Phänomens Marilyn, fiel unter den Tisch.

Diese Marilyn ist das seelisch beschädigte Geschöpf, das bei Pflegegebern aufwuchs, in Angstgeheim nach seiner Mutter ruft, die in eine Anstalt kam. Es ist die arme, gebeulte Marilyn, an der sich die anderen verständigen. Wenigstens versuchte man, die besondere Qualität Marylins durch einen bühnentechnischen Trick einzufangen: durch Einführung einer zweiten, ebenfalls "Kamerad" John Christie mit rauchiger, an den Popstar David Essex erinnernder Stimme. Er steht hinter dem Spiegel vor dem Marilyn als Teenager beim Betrachten ihrer Figur die Ahnung von ihrer Bestimmung zu Großem ankündigt, und er interpretiert ihre geheimsten Gedanken. Er ist, auf einem Kamerakran reitend, als Erzähler und Deuter des Geschehens präsent.

Die große Schwäche dieses Musicals ist - und das ist beinahe zentral - die Musik. Dem kanadischen Routinier Mort Garson fiel kein einziger Hitt ein, und damit fehlt der Show gleichsam der Lebensnerv. Garson bekannte, er habe vor dem Problem gestanden, die musikalischen Moden der vierziger und der fünfziger Jahre einzufangen und außerdem noch seine eigene Handschrift zu zeigen. Die Musik kommt selten über bloßen Effektschrei hinaus, was die Kritik der englischen Kritik erklären mag.

Zu ungetrübter Freude gibt nur Stephanie Lawrence in der Titelrolle Anlaß. Es macht nichts, daß diese herrlich tanzende, singende und spielende Künstlerin (sie hat bereits in der Rolle der "Evita" großen Ruhm geerntet) nur eine entfernte Ähnlichkeit mit Marilyn besitzt. Sie besitzt den Magnetismus der Sexdof, und sie hat die Pose der Monroe mit unglaublicher Virtuosität einstudiert.

Auch Regisseur John Dexter konnte Shaws hintergründige Analyse der geistigen Situation der Zeit in "Haus Herenstod" nicht zum erregenden Ereignis machen. Zwar spielt Rex Harrison den uralten Kapitän, der seine Seele dem Teufel verkauft, als Drahtseilakt zwischen Sensilität und Weisheit, und Diana Rigg als seine Tochter Helene hat noch heute Emma Peels Feuer. Aber es ist bezeichnend für die gegenwärtige Londoner Theaterszene, daß die besten Kräfte in Nostalgie-Übungen eingesetzt sind.



Am Anfang zu ungetrübter Freude: Stephanie Lawrence in der Rolle der "Marilyn" im Londoner Adelphi-Theater. FOTO: AP

do Lindbergs Konflikt mit Erich Honecker Honeys Unterindianer

gendwie muß der Udo Lindbergh in Panik geraten sein - ausgerechnet im deutschen Arbeiter-Bauern-Staat nämlich darf er nicht singen. Dabei hatte er sich schon Hoffnung auf eine Tournee gemacht, nachdem der dortige Staats-Verlag "VEB Lied der Zeit" in sogar in seinem "Best-Lexikon" namentlich erwähnt hatte, daß die Funktionäre stünden ihm zur Hand, wie auch, als er in einem plager eine "Rock'n'Roll-Arena" Jena" forderte.

Also versuchte es, die Nachtigall in Bitterbeck (Udo über Udo) in einem Liedchen für den deutschen Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker. Im "Sonderzug nach Pankow" - Renner in den ersten beiden Hitzeparaden - "nicht er, Honecker" despektierlich: "Ich hab' eine Flasche Cognac und die schmeckt sehr lecker, ich trink' ich dann ganz locker mit dem Erich Honecker und ich sag: Honecker, ich sing' für wenig Joney im Republikpalast, wenn er mich laßt..."

Oder auch: "Honey, ich glaub', du bist doch eigentlich auch ganz locker; ich weiß, tief in dir drin bist du doch eigentlich auch'n Rocker. Du ziehst ja doch auch gerne mal eine Lederjacke an und schließt dich ein auf'm Klo und hörst West-Adio - hallo Erich, kannst du mich örn, hallochen, hallo!"

Verboten können die DDR-"Funktionen" den Song nicht - denn es gibt ihn drüben offiziell nicht. Aber sie verbieten inzwischen den "Chaatanoga Choo

Choo" - die musikalische Unterlage für die Verhöhnung. Sie wissen sehr wohl, daß nicht nur Erich auf dem Klo Westradio hört, sondern viele Jugendliche das ganz offen tun. Die Reaktion von Lindbergh: Er schrieb jetzt einen offiziellen Brief nach Berlin-Ost, an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker (betr. Jodel-Lizenz für die DDR).

Da mokiert sich der Pop-Barde denn: "Hallo, Honey! Nachdem meine Freunde und ich schon seit Jahren verglichen versucht haben, über Euren Künstlerdienst, über jede Menge Unter-, Zwischen- und Flüsterhändler 'ne Auftrittsgenehmigung zu erhalten, wende ich mich nun direkt an Dich, lieber Erich, weil Du doch der Oberindianer bist und das Sagen hast. Du als Staatsratsvorsitzender hast viele Heavysachen um die Ohren und hast wahrscheinlich deshalb noch nicht die Zeit gefunden, um meinen Song zu antworten. Ich verstehe das, ich hab' auch immer viel zu tun. Nun hoffe ich aber, daß Du mir bald grünes Licht gibst für meine Reise ins rote Land. Wenn nicht, dann sei so lieb und laß mir von Deinen Unterindianern klar und klipp mitteilen, warum."

Und Udo schließt: Sieh das also nicht so eng und verkniffen, Genosse Honecker, und gib Dein ok für meine DDR-Tournee (Dein Fan-Club kann nur noch größer werden). Wegen der Einzelheiten schlage ich Pankow oder auch West-Berlin (gleich um die Ecke) vor."

Entdecker der Hormone, Retter der Max-Planck-Institute: Nobelpreisträger Adolf Butenandt wird 80

Aber ans große Geld kam er nie heran

Die goldenen zwanziger Jahre gingen ihrem Ende zu, als von Berlin aus ein Kuriosum eigener Art in Szene gesetzt wurde: der Welt größter Urin-Handel. Überall in Europa, bis hinunter zum Balkan, traten Unterhändler der Firma Schering an die Pferdetränke heran, um ihnen für gutes Geld hektoliterweise den Harn trüchtiger Stuten abzukufen. In großen Milchkannen, zur Vorsicht grün angestrichen, flossen jährlich 500 000 Liter in die Reichshauptstadt.

In Adlershof, einem Vorort Berlins, endete die "Eimerkette" in einem 20 000 Liter fassenden Holzbottich. Mit einer Dampfheizung wurde der nun schon fauligen Flüssigkeit das Wasser ausgetrieben. Der Gestank war bestialisch. Schering-Mitarbeiter hatten damals in der S-Bahn stets ihr "Knoblauch-Erlebnis". Man machte ihnen geradezu buchtartig Platz. Aber sie stanken für die Wissenschaft. Ein gewisser Adolf Butenandt, damals gerade 24 Jahre alt, hatte sich eine, wie sich später herausstellte, wissenschaftliche Großtat in den Kopf gesetzt: Er suchte nach Hormonen.

Die Beschäftigung mit diesen flüchtigen Stoffen galt damals als wissenschaftliches Roulette. Butenandt und seine ebenfalls junge Assistentin, Erika von Ziegner, wagten das Spiel - und gewannen. Aus dem eingedickten Urinkonzentrat, das ihnen die Schering-Werke aus Berlin zukommen ließen, isolierten sie nach zwei Jahren harter Arbeit eine winzige Menge feiner Kristalle - das reine Hormon "Östron", Ursprung aller weiblichen Geschlechtshormone, der "Östrogene".

Zehn Jahre später erhielt Butenandt dafür den Nobelpreis. Den zugehörigen Geldpreis - damals 50 000 Reichsmark - bekam Butenandt wegen der damaligen politischen Umstände nie. "Geld war ja nicht das Entscheidende", meint der Gelehrte heute mit der ganzen Würde des Alters. Er ist gerade 80 Jahre alt geworden.

Damals, vor einem guten halben Jahrhundert, bevor sich die weißen Kristalle wie Frankfurter in der Innentat der Retorte exportierten, hatte der hoffungsvolle Wissenschaftler in der Tat ganz andere Probleme. War die Substanz, der er nachspürte, wirklich das gesuchte Hormon? Den Beweis dafür traten die weiblichen Ratten und Mäuse im Keller des Instituts an. Sie mußten ihre Keimdrüsen drangeben, um dann als sensible Indikatoren zu funktionieren: Winzige Mengen des Konzentrates unter die Haut gespritzt setzten einen "Brunstzyklus" in Gang. Damit war klar: In der Retorte waren



Großer alter Mann der Grundlagenforschung: Prof. Adolf Butenandt. FOTO: EPA/100

weibliche Prägnanzstoffe, Hormone. Es dauerte noch einmal zwei Jahre, dann hatte Butenandt abermals Erfolg. Aus 15 000 Litern Männerharn stellte er das erste männliche Hormon, das "Andosteron", in reiner Form dar. Wenn gleich damals sicher noch niemand an eine so bedeutende und lukrative Anwendung der Hormonforschung wie die der öffentlichen Dialysestation, 1960 hatte er als Nachfolger von Otto Hahn die Präsidentschaft der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften übernommen. 1967 warnte er vor der Stagnation der wissenschaftlichen Forschung wegen fehlender Mittel. Die dramatischen Entwicklungen an den deutschen Hochschulen schmeckten dem hochkarätigen Wissenschaftler nicht. Laut und vernünftig trug er seit 1969 seine Forderung nach einer qualifizierten

medizinischen Fakultät der Universität München und übernahm außerdem die Leitung des Max-Planck-Instituts für Biochemie. Auch nach seiner Emeritierung 1972 behielt er hier einen Arbeitsplatz.

Internationales Aufsehen erregte Butenandt noch zweimal. 1959 als Biochemiker gelang ihm die erste Reindarstellung des Sexual-Lockstoffes des Seidenspinners, eines Dufthormons, das Schmetterlingsmännchen und -weibchen über Kilometer hinweg zusammenführt. Dieser Erfolg hatte praktische Bedeutung unter anderem für die Schädlingsbekämpfung und machte nicht zuletzt deswegen Furore.

Und dann rückte Butenandt im Zusammenhang mit der Hochschulreform in den Brennpunkt der öffentlichen Diskussion. 1960 hatte er als Nachfolger von Otto Hahn die Präsidentschaft der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften übernommen. 1967 warnte er vor der Stagnation der wissenschaftlichen Forschung wegen fehlender Mittel. Die dramatischen Entwicklungen an den deutschen Hochschulen schmeckten dem hochkarätigen Wissenschaftler nicht. Laut und vernünftig trug er seit 1969 seine Forderung nach einer qualifizierten

J. P. Ponnelles "Parsifal"-Inszenierung in Köln Gründlich entrümpelt

Der "Parsifal"-Film von Hans Jürgen Syberberg, die Bayreuther Jubiläumssinszenierung von Gottfried Friedrich und der entscheidende Frankfurter Interpretationsversuch von Ruth Berghaus bilden den Vergleichsmaßstab, dem Jean-Pierre Ponnelle sich in Köln gegenüberübersah. Ponnelle, der sich seit seiner ersten Opernregie vor rund 20 Jahren ("Tristan und Isolde" in Düsseldorf) immer wieder mit Wagner auseinandersetzt, entzog sich mit einer radikalen Kehrtwendung den kritischen Schiedsrichtern.

Nach dem Motto: Zurück zu den Quellen" versuchte Ponnelle die Wagner-Exegesen der Studier- und Philosophiestuben hinter sich zu lassen, obwohl er im Detail durchs aus erkennen läßt, wie gut er die tiefgründigen Analysen eines Adorno, Boulez oder Wagners gelesen hat. Dank Ponnelle gibt es in Köln endlich einmal einen "Parsifal zum Kennenlernen". Man mag eine solche Annäherung als Illustrativ oder unkritisch bemängeln - und mancher Premierenbesucher ließ das deutlich vernehmen! Doch der Kölner "Parsifal" ist wie ein reinigendes Gewitter, das die Dunstwolken und Staubschichten der Wagner-Exegese wegwäscht. Er zeigt eine Kundry auf der Bühne, die nach Lebensalter und stimmlicher Verfassung eine in der Tat jugendliche Verführerin ist.

Ponnelles Erzählstil wird ideal ergänzt durch den Dirigenten John Pritchard. Man kann sich gewiß eine erhabeneren oder analytischeren Lesart der Partitur vorstellen, kann aber eine dramatischere und sensiblere Interpretation, als sie Pritchard mit dem Gürzenich-Orchester gelingt. Ponnelle und Pritchard haben nicht nur für Köln eine bedeutende Aufführung zu Wege gebracht. Die scheinbare Einfachheit und Gradlinigkeit der Parsifals zum Anfangen" bietet das Fundament zu einer neuen, an den Erfordernissen des Theaters orientierten Deutung.

ALBIN HÄNSEROTH

KULTURNOTIZEN

Brüssels Marionettentheater "Toone" zeigt bis 9. April täglich Michel de Ghelderodes Passionspiel.

Ottokar Runes Film "Der Schnüffler" ist bei dem Festival des Humoristischen Films in Grenoble mit dem Publikumspreis ausgezeichnet worden.

Die "Würzburger Festspiele '83" finden vom 23. bis 28. Juli auf der Festung Marienberg statt.

Niki de Saint-Phalle und Jean Tinguely schufen die jüngste Paris-Brummenanlage beim Centre Pompidou.

Das Pariser Musée des Arts Décoratifs zeigt bis 30. April sowjetische Pioniere der Fotografie.

Der Sixtina-Saal im Dresdener Zwinger mit seinem Prunkstück, der "Sixtinischen Madonna" von Raffael, ist jetzt wiedereröffnet worden.

Der Vertrag des Intendanten der Berliner Festspiele, Ulrich Eckhardt, wird um weitere sechs Jahre verlängert.

Dankenswerte Publikation: Gotik in Finnland Waffen draußen lassen!

Gotik in Finnland", das klingt hochklingend. Denn wo soll es schon hochaufragende Dome im Land der tausend Seen geben? Wer biligt den Finnen überhaupt eine Bautradition zu, die über den Klassizismus des 19. Jahrhunderts, wie er sich durchaus eigenwillig in Helsinki darbietet, hinausgeht? Und doch trägt der schmale Band mit Fotografien und knappen Texten von Rolf und Helvi Wendler den Titel "Gotik in Finnland" zu Recht. Er stellt vier wichtige Steinkirchen vor, die zwischen dem 13. und 16. Jahrhundert entstanden und von denen die drei in Hollola, Vanaja und Hattula noch heute benutzt werden, während in Pälkäne nur die Ruine erhalten blieb.

Es sind schlichte, rechteckige Bauten, ein- oder dreischiffig, denen auf der einen Längsseite die Sakristei, auf der anderen das Waffenhaus angefügt wurde. Dieses Waffenhaus war nicht der Ort der Auf, sondern der Abrüstung. Hier legten die Kirchenbesucher ihre Waffen ab, bevor sie das Kirchen Schiff betreten. Drei der Kirchen wurden aus mächtigen Feldsteinen errichtet; nur die Giebel sind mit Backsteinen verziert. Einzig die Heilig-Kreuz-Kirche von Hattula ist (neben der Domkirche von Turku) eine der beiden reinen Backsteinkirchen in Finnland. Ohne großen Aufwand jedoch mit eindrucksvollen Bildern werden diese Kirchen und ihre geschnitzte Innenausstattung hier vorgestellt.

PETER JOVISHOFF

Die beiden Bände erschienen im Münchner Verlag B. Wenzinger, der sich mit der einen Hälfte seines Programms auf Finnland-Literatur spezialisiert hat. Da gibt es noch eine Sammlung von deutschen und finnischen Kinderversen von Lea Koch-Arvo, "Enten tenten, herum herum..." oder mit Lechn aus Finnland von Trudolf Hofmann. Alle diese Bücher sind zweisprachig, deutsch und finnisch.

Mit deutschem Vokabular begnügen sich demgegenüber die beiden mit vielen Zeichnungen bedruckten Kochbücher "Finnische Küche für Kenner" und "Finnische Backspezialitäten", die anschaulich die kulinarische Folklore darbieten. So eröffnen diese sechs schmalen und preiswerten Bände beinahe beiläufig Einblicke in die Eigenarten einer - nicht zuletzt wegen der schwierigen Sprache - leider nur allzu wenig bekannten Kultur. Es ist zu hoffen, daß die Idee des Münchner Verlags auf ein Interesse stößt, das eine Fortsetzung erlaubt.



St. George-Kirche in der Eingangshalle der 1480 erbauten gotischen Kirche in Hollola. FOTO: WENZINGER VERLAG

JOURNAL

Graphik-Auktion für polnisches Theater

Ch. O. Marburg. Um den vielen, aus politischen Gründen geflüchteten polnischen Schauspielern beim Aufbau eines eigenen Theaters in Deutschland zu helfen, hat der Kieler Buch- und Kunst antiquar Bernd Schramm im Kieler Stadtmuseum eine überaus erfolgreiche Benefiz-Auktion durchgeführt. Entgegen vielen Erwartungen waren auf der 206 Nummern umfassenden Versteigerung zahlreiche Kaufwillige erschienen, die fast das gesamte Angebot zu erstaunlichen Preisen wegkauften. So konnte Schramm für A. Paul Webers signierte Original-Lithographie "Flüsternde Männer" 450 Mark erzielen. Noldes Farblithographie "Ältere Herren" von 1926 brachte 900 Mark. Insgesamt reichte das finanzielle Ergebnis dieser Auktion zugunsten der "Initiative Polnisches Theater" natürlich nicht aus. Aber es ist eine erhellende Privatinitiative mit überraschend gutem Erfolg, die Anerkennung verdient.

Günter Kunert wird neuer "Stadtschreiber"

dpa, Frankfurt. Zum zehnten "Stadtschreiber" von Bergen ist einstimmig der Schriftsteller Günter Kunert gewählt worden. Der Preis gilt als der originalste Literaturpreis der Bundesrepublik. Deutschland und ist mit 24 000 Mark und freier Wohnung für die Dauer eines Jahres im Frankfurter Vorort Bergen-Enkheim dotiert. In der Jury-Begründung heißt es, Kunert habe in seinen poetischen Werken "ein anschauliches und überzeugendes Bild des Menschen unserer Zeit" entworfen. Vorgänger von Günter Kunert waren Wolfgang Koeppen, Karl Kraus, Peter Rühmkorf, Peter Härtling, Peter Bichsel und zuletzt Jurek Becker.

Attenboroughs "Gandhi" mit Preisen überhäuft

dpa, London. Richard Attenboroughs Film "Gandhi" hat bei der jährlichen Preisverleihung der Britischen Akademie für Film und Fernsehen alle Hauptpreise erhalten: Er wurde als bester Film ausgezeichnet, der Hauptdarsteller Ben Kingsley als bester Schauspieler und Attenborough selbst als bester Regisseur. Darüber hinaus verlieh die Akademie Attenborough den Sonderpreis für eine Leistung, die auf der Leinwand oder auf dem Bildschirm einen bleibenden Eindruck hinterläßt. Kingsley erhielt zusätzlich den Preis für den besten neuen Film. Darsteller - vor der Titelfolge in "Gandhi" - war er Kinogängern unbekannt gewesen.

143-Kilogramm-Kristall in der UdSSR gezeichnet

Wb, Charkow. Ein 143 Kilogramm schwerer Kristall ist von sowjetischen Wissenschaftlern des Unionsforschungsinstituts für Monokristalle in Charkow gezeichnet worden. In der Natur wurden derartige Riesenkristalle bisher noch nicht gefunden. Kristalle solcher Größenordnung wie der gezeichnete sind vor allem in der optischen Industrie gefragt.

Vasarely-Stiftung in Budapest

ly, Budapest. Eine Vasarely-Stiftung in Budapest will der seit 1930 in Paris lebende Maler Victor Vasarely errichten, die vierde nach New York, Oslo und Godes. Als Grundstock sollen jene 400 Werke dienen, die der 1908 in Ungarn geborene Maler dem ungarischen Staat geschenkt hat.

Venedig zeigt chinesische Kulturschätze

dpa, Venedig. In Venedig soll vom Juni bis zum Jahresende die bisher größte im Westen veranstaltete Ausstellung archaischer Funde aus China stattfinden. Sie wird unter dem Motto "7000 Jahre in China" stehen. Mit mehr als 100 Exponaten, die zu einem großen Teil China bisher noch nie verlassen haben, soll die Ursprünge der Kultur des asiatischen Landes bis zur Han-Dynastie (206 vor Christus bis 220 nach Christus) dokumentiert werden.

Plakate gegen Rassentrennung

AFP, Paris. 15 Künstler aus elf Staaten, unter ihnen Roy Lichtenstein, Robert Rauschenberg (beide USA) und der Deutsche Wolf Vostell, haben auf Anregung der Pariser Galerie Maeght Plakate gegen die Apartheid entworfen. Von jedem Entwurf werden außer den in großer Auflage geplanten Drucken 100 Lithographien hergestellt. Die Originale werden je nach "Kurswert" des Künstlers zwischen 1000 und 10 000 Franc pro Stück verkauft.

Kanarische Pflanzenwelt nach Marburg versetzt

wm, Marburg. Das Warmhaus im Botanischen Garten der Universität Marburg vermittelt jetzt allen Besuchern einen umfassenden Überblick über die Pflanzenwelt der Kanarischen Inseln. Der Botanische Garten verfügt bereits seit längerer Zeit über eine Sammlung von ursprünglichen Wildpflanzen dieser atlantischen Inselwelt, die jedoch der Öffentlichkeit in den Aufzuchtbehältern bisher kaum zugänglich war.

1,5 Millionen Mark für hundert neue Hessen

Per Staatsvertrag wurde baden-württembergischer Grenzort dem Nachbarland zugeschlagen / Volksfest für Neubürger

H. KANNENBERG, Lampertheim
Hundert Baden-Württembergische Einwohner des Grenzortes Rennhof im Städte-Dreieck Lampertheim-Heppenheim-Weinheim (Bergstraße) zählen die Tage bis zum Sommer. Spätestens im Juni dieses Jahres werden sie zu Hessen. Der „Kaufpreis“ von 1,5 Millionen Mark, abzuführen an die bisherige baden-württembergische Muttergemeinde Hemsbach, liegt zur Ausschüttung bereit bei der Stadtkasse von Lampertheim/Hessen, das die Rennhof als neue Bürger vereinnahmt.

Der Staatsvertrag, staatsrechtliche Grundlage des Handels mit hundert Bürgern und 31 Hektar Landfläche, wurde letzte Woche von den Landesregierungen von Baden-Württemberg und Holger Börner (Hessen) in Bonn unter-

zeichnet. Jetzt steht noch das formale Placet der Regierungspräsidenten von Darmstadt und Karlsruhe, danach der Segen der Landesbeider Länder aus. In Wiesbaden, wo der Landespolitische Ausschuss im allgemeinen schief hängt, haben SPD, CDU und Grüne bereits Einverständnis signalisiert. Die hundert „Neu-Hessen“ sollten, sobald juristisch alles unter Dach und Fach ist, von ihren alten und neuen „Schirmherren“ mit einem gewaltigen Volksfest gefeiert werden.

Im Alltag der Neu-Hessen ändert sich durch den „Grenzübertritt“ nur wenig. Einige Haus- und Grundbesitzer werden vom Papierkrieg entlastet. Seit jeher führte die Landesgrenze mitten durch Häuser und Äcker. Die Eigentümer mussten ihre Grundsteuer je nach Anteil an Baden-Württemberg und

Hessen aufteilen. Glücklicherweise waren dabei die Haken und die Hebesätze gleich. Auch andere kommunale Steuern wie die Gewerbesteuer gleichen sich in Hessen und Baden-Württemberg. Für die „verkauften“ baden-württembergischen Landesbürger ändert sich also nur die Steueranschrift. Alle anderen Fäden zwischen Bürger und Staat oder Kommune bleiben durch den Grenzwechsel unberührt. Gisbert Dieter, Bürgermeister von Lampertheim auf hessischer Seite, „Wasser, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung, Schulen, Kindergarten, Straßenbau sind von jeher für Rennhof von Hessen aus dirigiert und finanziert worden.“ Die Rennhof revanchierten sich als behördlich verwaltete Baden-Württemberg mit stiller Weisheit zum hessischen Umland. Sie kauften ein in hessischen Nachbarstädten, schickten ihre Kinder in

hessische Schulen und träumten jahrzehntlang davon, offiziell die Seite zu wechseln.

1981 waren Stuttgart und Wiesbaden soweit: Sie fragten die hundert Grenzländer in einer Bürgerversammlung, ob sie Baden-Württemberg bleiben oder Hessen werden wollten. Dreiviertel entschieden sich für den Grenzwechsel. Lampertheims Bürgermeister Dieter: „Jetzt haben die Rennhof zwar drei Kilometer weiter bis zu ihrem Rathaus, doch wir empfangen sie mit offenen Armen.“ Daß dies keine politische Pflichtübung, sondern laute Wahrheit ist, beweisen die Zahlen: Lampertheim hat sich sieben „Überläufer“ 15 000 Kosten lassen. Freute sich Ministerpräsident Späth, ganz nebenbei habe man dem sozialdemokratischen Kollegen Börner 80 CDU-Wähler untergejubelt.

Minister rät dem Todesschützen zur Aussage

PETER SCHMALZ, München
Die Ermittlungen gegen den Gaultinger Todesschützen kommen nur langsam voran. Der 30-jährige Polizeibeamte Friedrich K., der in der Nacht zum Sonntag im Jugendzentrum von Gaulting den 14-jährigen Schüler Jürgen Bergbauer erschossen hat, verweigert nach wie vor jede Auskunft. „Ich kann ihn nicht zur Aussage zwingen“, meinte dazu gestern Bayerns Innenminister Karl Hillermeier. „Aber ich würde es auch in seinem Interesse für besser halten, wenn er unter Hinweisung eines Anwalts aussagt.“

Nach bisher bekanntgegebenen Erkenntnissen hat der Beamte ohne Anruf auf den Jungen, den er offenbar für einen Einbrecher hielt, geschossen und ihn tödlich getroffen. Erst nach drei Schüssen, von denen einer den Jungen ins rechte Auge traf, rief der Todesschütze über Funk nach dem Notarzt. Dann gab er seinen beiden Kollegen, die während der Schüsse auf der anderen Seite des Hauses waren, wortlos die Pistole.

Ungeklärt ist, warum die Polizei erst 14 Stunden nach den Schüssen die Mutter des Toten informierte, obwohl das Kind kurz nach der Tat identifiziert gewesen sein soll. Innenminister Hillermeier mußte vor der Landtagspresse zugeben, daß darüber drei Tage nach dem Vorfall noch nicht informiert ist. Er mußte auch eingestehen, daß der Mutter von staatlicher Seite noch keine Hilfe bei der Abwicklung der Beerdigung angeboten wurde. In einem Brief an Marianne Bergbauer habe er aber seine „tiefste Betroffenheit und Trauer“ ausgedrückt. Der Schüler wird morgen beerdigt.

Ein Pflaster schützt vor der Herzattacke

„Nitradisc“ hilft vor allem Angina-pectoris-Patienten

DW, München
Neu eingeführt wird in diesen Tagen in der Bundesrepublik die Nitradisc-Haftscheibe von der G. D. Searle, München. Die aufgeklebte Haftscheibe gibt mehr als 24 Stunden lang gleichmäßig Nitroglycerin durch die Haut in den Blutkreislauf ab. Damit kann man erfolgreich koronare Herzkrankheiten und vor allem Angina-pectoris-Anfällen vorbeugen. Der Wirkstoff befindet sich bei dem speziell entwickelten und in den USA patentierten MDD-System (Micro-Drug-Delivery) in einer Vielzahl winziger Mikrokammern, die in einer flexiblen Kunststoffmasse eingebettet sind. Je nach Bedarf stehen zwei verschiedene Dosierungen zur Verfügung.

Eine Beschädigung der Nitradisc-Haftscheibe hat keine Nachteile. Der Wirkstoff läuft nicht aus, und damit kommt es weder zu einer Überdosierung, noch wird der 24-Stunden-Schutz unterbrochen. Da Nitradisc wasserresistent ist, kann der Träger damit auch bedenkenlos baden oder duschen.

ANGELA HECK, Bonn
Dieses „Herzpflaster“ – ein gleiches wurde von der Firma Ciba Geigy in den Handel gebracht – bringt deutliche Vorteile für diejenigen Patienten, die zur Vorbeugung eines Herzinfarkts ständig mit den sogenannten Nitro-Präparaten behandelt werden müssen. Der durch das Pflaster über 24 Stunden in relativ geringer, aber ausreichender Menge freigesetzte Wirkstoff beugt den gefährlichen Her-

zattacken wirksam vor. Gleichzeitig sind aber die Nachteile geringer, die mit der sonst notwendigen regelmäßigen Tabletteneinnahme verbunden sind. Dazu zählt vor allem der Blutdruckabfall und der dadurch entstehende schon legendäre Nitrat-Kopfschmerz. Solche Nebenwirkungen, die zwar meist nicht gefährlich, für den Patienten jedoch äußerst unangenehm sind, können dank des neuen „transdermalen“ therapeutischen Systems weitgehend reduziert werden. Für Herzkrankte ist es eine große Erleichterung, von der regelmäßigen Tabletteneinnahme unabhängig zu werden.

Die Ärzte sehen einen weiteren Vorteil der Herzpflaster darin, daß sie zusätzlich die „Compliance“ steigern, das heißt, daß die Zuverlässigkeit der Einhaltung einer notwendigen Behandlung mehr als bisher gewährleistet werden kann. Mit Hilfe dieses neuen therapeutischen Systems sollen in Zukunft aber auch andere Medikamente ohne lästiges Tablettenschlucken über die Haut direkt ins Blut gelangen können. Beispielsweise arbeitet die pharmazeutische Industrie daran, sich des transdermalen therapeutischen Systems zu bedienen, um auch Hochdruckmittel in dieser Verabreichungsform anbieten zu können. Dies wäre ein wichtiger Beitrag gerade für die Behandlung des Bluthochdrucks, der bei der geregelten Einnahme oft zu hohen Risiken für den Patienten führt. Ob sich die insgesamt recht billige Therapieform aber durchsetzen wird, bleibt abzuwarten.

In Polens Wäldern tobt der Krieg gegen die Wilderer

J. G. G. Warschau

In Polen grassiert ein „Freizeitvergnügen“, das die Sicherheitskräfte des Landes nicht in den Griff bekommen: Wilddieberei.

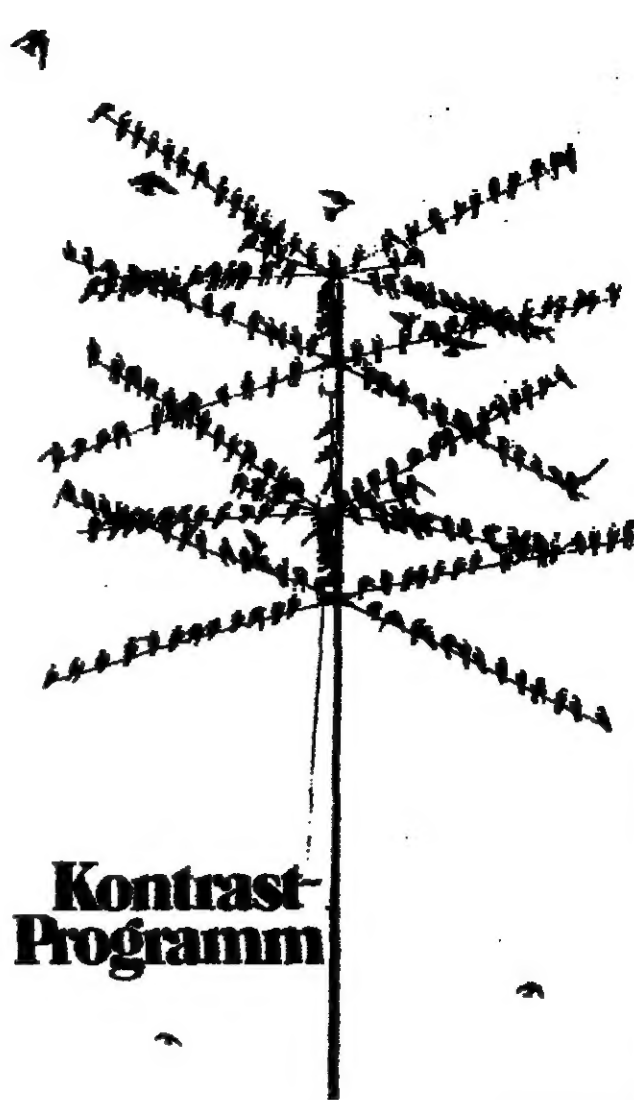
1981 wurden, berichtete jetzt die Warschauer Boulevardzeitung „Kulisy“, 178 Wilddiebe verurteilt. Nur 17 wurden hingerichtet, die übrigen wurden in Gefängnissen, wie das Blatt kommentierte.

Die Wilderer, die von der Schußwaffe rücksichtslos Gebrauch machen, wenn sie erappt werden, sind zur „Plage der Wälder“ geworden. Die Männer haben sich zu Banden zusammengelassen und schielen auf alles, was sich bewegt. Es soll sogar schon Tote gegeben haben.

Neben Jägern und staatlichen Forstbeamten sehen sich die Wilderer auch der „Waldwacht“ gegenüber, einer speziellen Polizeieinheit.

Bewaffnet sind die Jagdfreier besonders häufig mit einer sowjetischen MP vom Typ „Djagrow“. Das Wild – Wisente, Elche, Gamsen, ja sogar Bären, aber auch Bussarde und Habichte, die zu Tausenden abgeschossen werden – stammt aus allen Revieren des Landes, die besonders bewachten Nationalparks eingeschlossen.

Für die Behörden besteht kein Zweifel, daß das Problem bereits grenzüberschreitende Ausmaße angenommen hat. Ganze Dörfer treiben mit der illegalen Devisenhandlung und verschleiben die Waren über die Grenze Richtung tschechoslowakische Tatna.



Kontrastprogramm

FOTO: KEYSTONE

Der Winter trotz dem Kalender

AP, Frankfurt
Einen Tag nach Frühlingsanfang herrschten gestern in weiten Teilen Deutschlands wieder winterliche Verhältnisse, die im morgendlichen Berufsverkehr zu erheblichen Behinderungen führten. Die Temperaturen lagen am Morgen nur knapp über dem Nullpunkt. Vor allem in Norddeutschland, Nordrhein-Westfalen und Nordhessen sowie in Baden-Württemberg und Bayern war der Straßenverkehr durch Schneematsch stark beeinträchtigt. Zudem machten Sturmböen mit Geschwindigkeiten von mehr als 100 Stundenkilometern den Autofahren schwer zu schaffen. Auf dem Feldberg (Schwarzwald) wurden Spitzengeschwindigkeiten bis zu 134 Stundenkilometern gemessen. Die Meteorologen rechnen auch für die kommenden Tage mit nassem und kühlem Wetter sowie Nachfrösten in den Mittelgebirgsregionen.

15 000 Bittbriefe gestohlen

dpa, Ransbach
Rund 15 000 Bittbriefe von Wundergläubigen haben Diebe in der Nacht zu gestern aus dem Rathaus der Gemeinde Ransbach (Landkreis Südsüdwestfalen) gestohlen. Durchschnittlich zehn bis 20 Mark sollen in jedem der Briefe gewesen sein, mit denen Heilungsuchende um Wasser aus der angeblich heilkräftigen „Wunderquelle“ baten.

Hubschrauber-Absturz

rt, Venedig
Beim Absturz eines irakischen Militärhubschraubers in der Nähe von Venedig sind acht Soldaten ums Leben gekommen. Die Maschine war auf dem Weg zur Überholung in Mailand.

Landebahn für Raumfähre?

AFP, Moskau
Sowjetische Techniker bauen derzeit in der Nähe von Wolgograd eine Landebahn, die von Raumfähren genutzt werden könnte. Das berichtet die amerikanische Fachzeitschrift „Aviation Week and Space Technology“ in ihrer neuesten Ausgabe. Weiter heißt es, daß die Sowjets einen wiederverwendbaren Kleintransporter erproben.

Kokain-Fang

AP, München
Insgesamt 2,8 Kilogramm Kokain im Verkaufswert von rund zwei Millionen Mark sind im Reisegepäck eines 31-jährigen Bolivianers auf dem Flughafen München-Riem sichergestellt worden. Nach auf dem Flughafen konnte auch der Abholer des Reisegepäckes, ein Deutsch-Bolivianer, festgenommen werden.

Deutscher vor Militärgericht

AFP, Ankara
Der stellvertretende Lufthansa-Direktor in der Türkei, Franz Reig, steht wegen „separatistischer Propaganda“ vor einem Militärgericht in Ankara. Ihm droht Haft bis zu drei Jahren. Die Anklage stützt sich auf eine Lufthansa-Luftkarte, in der türkische Gebiete am Schwarzen Meer dem griechischen Hoheitsgebiet zugeschrieben wurden.

Arztge

Das beste ist: eine gute Versicherung.

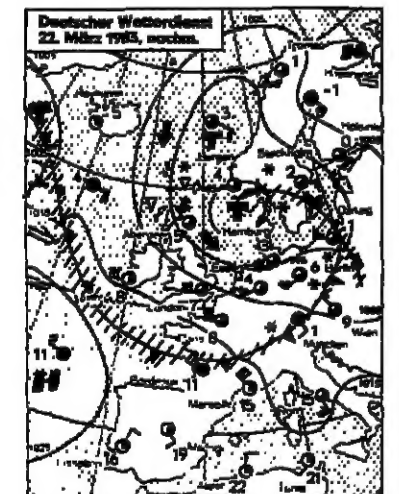
Jederzeit Sicherheit
SIGNAL
VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZT

„Nach Laboruntersuchungen in den Vereinigten Staaten sind die Skelette von 20 Männern, sechs Frauen, zehn Kindern und zehn Tieren jetzt nach Italien zurückgekehrt.“ Aus der WELT

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: An der Südküste eines Tiefs über Südskandinavien fließt zunächst noch polare Meeresluft nach Deutschland ein. In der zweiten Tageshälfte greift das über Island gelegene Tief mit seinem Frontensystem die Bundesgebiete über und bringt eine vorübergehende Milderung.



Temperatur am Dienstag, 13. Uhr:
Berlin 6° Köln 12°
Bonn 6° Kopenhagen 4°
Dresden 4° Las Palmas 7°
Essen 4° London 7°
Frankfurt 5° Madrid 15°
Hamburg 3° Mailand 15°
Köln 3° Mailand 15°
München 1° Moskau 0°
Stuttgart 6° Nizza 15°
Augsburg 22° Oslo 15°
Amsterdam 6° Paris 6°
Athen 17° Prag 5°
Barcelona 16° Rom 15°
Brüssel 6° Stockholm 2°
Budapest 11° Tel Aviv 21°
Bukarest 18° Tunesien 21°
Helsinki 0° Wien 9°
Istanbul 10° Zürich 7°

Ladung macht die Cap Anamur flott

Rei, Bonn
Das Komitee Cap Anamur/Deutsche Notärzte e. V. hofft, eine geeignete Ladung für die Fahrt seines neuen Rettungsschiffes „Cap Anamur II/Goel“ von Europa ins Südchinesische Meer zu bekommen. So wird es möglich, die Reise in den Golf von Thailand, wo die Not der aus Vietnam fliehenden Menschen am größten ist, nicht aus Spendenmitteln zu finanzieren.

Das Schiff wird unter französischer Flagge laufen, nicht nur, weil französische Ärzte das Projekt mittragen, sondern weil Frankreich eine Aufnahmeerlaubnis für aus See notgerettete Flüchtlinge gegeben hat.

(Spenden-Konto: Siebenmal die 2 bei der Stadtparkasse in Köln; Stichwort: Komitee Cap Anamur)

Das Komitee ist aber nicht nur mit der Entscheidung des Hilfsschiffes beschäftigt, es kümmert sich auch in Verbindung mit der deutschen israelischen Parlamentariergruppe, um die Verbesserung der Zustände in den Palästinaerlagern in Libanon. So wurde unter anderem im Lager Raschidiye zusammen mit anderen Hilfsorganisationen die Stromversorgung wiederhergestellt.

Computer contra Rezeptbetrug

Modellversuch der AOK Heilbronn für mehr Transparenz im Gesundheitswesen

KING-HU KUO, Stuttgart

Die Kriminalisierung im Gesundheitswesen nimmt immer mehr zu. Dieser Ansicht ist der Geschäftsführer der Ortskrankenkassen Württemberg-Baden, Willy Wurster. Neuestes Beispiel: Ein AOK-Direktor habe jetzt festgestellt, daß in drei Fällen Rezepte für bereits verstorbene Patienten verschrieben und abgerechnet worden seien. Um die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen nicht zu gefährden, nannte Wurster keine weiteren Einzelheiten.

Auch der Bekämpfung dieser Kriminalität soll ein Modellversuch der AOK Heilbronn und Emmendingen dienen. Der Stuttgarter Gesundheits- und Sozialminister Dietmar Schlee (CDU) stellte diesen bundesweit, bisher einmaligen Modellversuch vor. Ähnliche Vorhaben sind zwar auch in Dortmund und Lindau geplant, der Modellversuch im „Ländle“ sei jedoch umfassender.

Die bisherige „Anonymität des Leistungs- und Kostengeschehens im Gesundheitswesen“, so Schlee, wirke „kostenfremdend“ und sei deshalb gerade in den letzten Jahren immer mehr zu einem „sozialpolitischen Sprengsatz“ geworden.

Der Modellversuch sieht nun eine Individualisierung vor. Mit Hilfe der modernen Datentechnik werden künftig alle Beteiligten (Ärzte, Optiker, Masseure usw.), aber auch jeder Versicherte einzeln erfasst.

Damit hat die Krankenkasse erstmalig die Möglichkeit, genau festzustellen, wieviel Leistungen der einzelne Arzt und Patient verschrieben bzw. in Anspruch genommen hat. Ferner können die Kassen auch registrieren, ob und wieviel Parallelbehandlungen vom Arzt (durch Überweisungen) oder vom Versicherten in der Wege getätigt wurden. „Globalisierte“ dieser Kostenstruktur, so Schlee, sei die „Verbesserung der Wirtschaftlichkeit“. Denn nunmehr könnten die Krankenkassen sowohl auf die Leistungs-„Verordnungen“ (Ärzte usw.) als auch auf den unwirtschaftlich handelnden Patienten Einfluß nehmen.

Als Beispiele nannte der Minister: Stellt die Kasse einen Arzneimittelgebrauch eines Versicherten fest, der bei mehreren Medikamenten Rezepten einholt, so könne er jetzt „gerügt“ werden. Die Ärzte, die nicht wissen konnten, daß sie denselben Patienten wegen dersel-

ben Krankheit behandeln, werden ihrerseits entsprechend informiert.

Geht ein weiterführender Versicherter wegen dieser Störungen zu oft zum Arzt, wird ihm die Kasse künftig mitteilen, wieviel seine Arztbesuche gekostet haben. Zumindest der gesundheits- und kostenbewusste Versicherte werde dann einsehen, daß er auch ohne Arztbesuch die witterbedingten Störungen ertragen könne, hofft der Minister.

Schlee versichert, daß der Datenschutz bei diesem Modellversuch, der im 3. Quartal dieses Jahres anlaufen wird, gewährleistet sei. Die jetzt zusammengefaßten Daten seien ohnehin bei den Kassen vorhanden, bisher seien sie lediglich noch nicht individuell zusammengefaßt worden. Erste Gespräche mit der engagierten baden-württembergischen Datenschutzbeauftragten Ruth Lenz hätten schon stattgefunden.

Für dieses Modell müssen jährlich bei den genannten AOK 3,6 Millionen Belege zusammengeführt und ausgewertet werden. Das Land gewährt den Kassen für die Kosten des Modellversuchs für 1983 und 1984 Zuschüsse in Höhe von 1,6 Millionen DM.

Finanzierungs-Schätze: kurze Laufzeit - gute Zinsen

Sie suchen eine gewinnbringende Geldanlage. Aber Sie möchten Ihr Geld nicht lange festlegen. Sie können beides haben: kurze Laufzeit von 1 oder 2 Jahren und sicheren, festen Zinsgewinn mit Finanzierungs-Schätzen des Bundes.

Sie zahlen z. B. 898,- DM ein und erhalten nach zwei Jahren 1.000,- DM zurück. Ihr Zinsertrag: 102,- DM. Das sind 5,53% Rendite pro Jahr. Bei einjähriger Laufzeit beträgt

2 Jahre Laufzeit
5,53% Rendite

die Rendite 4,88% (heutige Zinsverhältnisse).

Eine vorzeitige Rückgabe ist nicht möglich. Finanzierungs-Schätze gibt es ab 1.000,- DM bei allen Landeszentralbanken, bei Banken und Sparkassen. Dort erhalten Sie auch ausführlichere Informationen. Oder senden Sie den Coupon ein.

Die „kurz & gut“ Anlage

An den Informationsdienst für Bundeswertpapiere
Postfach 23 28 6000 Frankfurt 1 Tel.: (06 11) 55 07 07
Bitte schicken Sie mir weitere Informationen über Finanzierungs-Schätze.

Name: _____
Adresse: _____

هكذا من المال